



Der 8. Mai 1945 –
Chancen für ein neues Deutschland

Dialog Heft 13

Der 8. Mai 1945 –
Chancen für ein neues Deutschland

Dialog in der PDS

Landesverband Brandenburg

Heft 13

Der 8. Mai 1945 – Chancen für ein neues Deutschland

Herausgeber: Landesverband Brandenburg der PDS
Arbeitsgruppe Geschichte

Autoren der einzelnen Beiträge:

Prof. Dr. phil. habil. Kurt Finker

Dr. phil. Erhard Moritz

Doz. Dr. sc. päd. Hans-Dieter Scheermann

Prof. Dr. phil. habil. Manfred Uhlemann

An der Beratung der Arbeitsgruppe haben außer den Autoren teilgenommen:

Doz. Dr. phil. habil. Werner Bethge

Dr. phil. Ludwig Einicke

Wolfgang Preller

Joachim Schulz

Dr. phil. Werner Stang

Redaktionsschluss: April 2005

Satz und Layout: Reinhard Frank

Der 8. Mai 1945 –
Chancen für ein neues Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Einleitung zum Dialog	7
Kurt Finker	
1. Der 8. Mai 1945 in der deutschen Öffentlichkeit (Geschichtsschreibung, Publizistik, Politik)	12
1.1. Ursachen und Hintergründe des 8. Mai 1945	12
1.2. Antifaschistischer Grundkonsens – aber getrennte Entwicklungswege in Deutschland	19
1.3. Der 8. Mai 1945 in historischer Sicht	27
Literaturverzeichnis Kapitel 1	30
Erhard Moritz	32
2. Berlin 1945. Zur letzten Schlacht für Befreiung und Frieden in Europa	32
Vom Eroberungskrieg zum Kampf um Zeit	32
Vorbereitungen auf die Entscheidungsschlacht	34
Wer erobert Berlin?	35
Beginn der Berliner Operation	38
Entsatzangriffe	40
Durchhaltegenerale	44
Teilkapitulationen anstelle der bedingungslosen Gesamtkapitulation	46
Befreiung?	47
Literaturverzeichnis Kapitel 2	48
Hans-Dieter Scheermann	50
3. Die Vereinbarungen der Siegermächte des II. Weltkrieges zur Nachkriegsentwicklung Deutschlands	50
3.1 Der Hintergrund der alliierten Vereinbarungen	50
3.2 Von der Atlantik-Charta bis zum Potsdamer Abkommen	52
3.3 Die Errichtung der Besatzungszonen und die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates	65
3.4. Sechzig Jahre danach – ein Resümee	68
Literaturverzeichnis Kapitel 3	71
Manfred Uhlemann	72
4. Möglichkeiten und Grenzen für die Gestaltung eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands mit sozialistischer Perspektive	72
4.1. Historische Erfahrungen und neue Anforderungen	72
4.2. Aufbau neuer Verwaltungsorgane	75
4.3. Kommunistische und Sozialdemokratische Programmerkklärungen	79
4.4. Widersprüchliche gesellschaftliche Neuansätze	85
Literaturverzeichnis Kapitel 4	91

Einleitung zum Dialog

Die im Mai 1945 durch die Armeen der Antihitlerkoalition erkämpfte Befreiung der Völker Europas vom faschistischen deutschen Imperialismus hat die Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts maßgeblich beeinflußt. Sie wirkt bis in die Gegenwart und veranlaßt uns nach 60 Jahren die damit verbundenen historischen Vorgänge erneut zu betrachten. Wir können dabei auf die umfangreiche geschichtspropagandistische Tätigkeit anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes zurückgreifen, müssen aber neue Forschungen und Einsichten berücksichtigen.

In den Gesprächen wird man das ganze Spektrum, wie es die Resolution des letzten PDS – Parteitages „Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“ erfaßte, im Blick haben, man kann sich aber auch auf einzelne Aspekte konzentrieren. Da wir im vergangenen Jahr mit dem Dialogheft 11 die Diskussion auf den antifaschistischen Widerstandskampf in Potsdam und der Provinz Brandenburg 1933 bis 1945 gelenkt hatten, möchten wir mit dem vorliegenden Heft auf die mit der Befreiung gegebenen Chancen für die Gestaltung eines neuen Deutschlands aufmerksam machen. Wir beziehen uns soweit wie möglich auf die Mark Brandenburg und die Jahre 1945/46.

In Verbindung mit dem kommenden 60. Jahrestag der Gründung der SED sehen wir hierbei eine Gelegenheit, viele der seit 1989 aufgeworfenen Fragen zur Geschichte der sozialistischen Bewegung wieder aufzugreifen und den Erneuerungsprozeß als Partei des demokratischen Sozialismus zu befördern. Das neue PDS Parteiprogramm hebt am Beginn des Abschnittes „I. Sozialismus – Ziel, Weg und Werte“ hervor: „Die Erfahrungen der DDR einschließlich der Einsicht in die Ursachen ihres Zusammenbruchs verpflichten uns, unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken.“¹

Bei diesen Beratungen werden die gegenwärtigen besorgniserregenden Vorgänge in der kapitalistischen Welt manches erhellen, sie dürfen aber nicht die Möglichkeiten und Erfordernisse der Nachkriegsjahre zudecken und den Blick auf eigenes Versagen versperren. Wichtig erscheinen die Einsichten in den realen Verlauf der Geschichte und die daraus abgeleiteten Erkenntnisse für damalige und gegenwärtige Maßnahmen. Einen be-

sonderen Stellenwert erhalten für die PDS die Fragen nach den positiven Ansätzen und den Fehlentscheidungen zur Gestaltung einer sozial gerechten Gesellschaft, die wir heute als demokratischen Sozialismus verstehen.

Im Beschluß des Potsdamer PDS – Parteitages zum 60. Jahrestag heißt es: „Das deutsche Volk hat sich nicht selbst befreit. Umso bedeutsamer, daß in Deutschland der alle Parteien und Konfessionen übergreifende Schwur von Buchenwald: ‚Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!‘ zum gemeinsamen Handlungsprinzip wurde. Nahezu alle demokratischen Kräfte in Deutschland griffen ihn 1945 auf.“² Diese Position einer doch beachtlichen Anzahl von Bürgern unseres Landes war eine Grundlage für die Neugestaltung Deutschlands. Die Aktivisten der ersten Stunde befanden sich in allen antifaschistischen Gruppierungen. Im besonderen Maße kamen sie aus den Kreisen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die der verhängnisvollen Entwicklung des deutschen Reiches unter der Nazidiktatur entschlossenen Widerstand entgegengesetzt hatten. Die totale Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus stärkte Hoffnungen auf eine sozialistische Perspektive und bot die Möglichkeit, Versäumnisse der Novemberrevolution und der Weimarer Republik nachzuholen.

Programmatische Aussagen kommunistischer, sozialdemokratischer, christlicher und anderer antifaschistisch – demokratischer Führungskräfte aus dem Jahre 1945 bringen gemeinsame und unterschiedliche Positionen zum Ausdruck. Wir sollten sie zueinander sowie zur Politik der Besatzungsmächte in Beziehung setzen und vor allem die Bemühungen um die Realisierung erkunden.

Damals wie auch heute noch mußte die verbrecherische Politik faschistischer imperialistischer „Neuordnung Europas“ und die Mitschuld des deutschen Volkes bewußt gemacht werden. Besonders galt es, den Anteil der herrschenden „Eliten“ in den Reihen der Großbourgeoisie, des Bankkapitals, des Großgrundbesitzes, des Militärs, der Justiz, der Feinde der demokratischen Republik im Beamtentum aufzudecken und die Verantwortlichen für Faschismus und Krieg zur Verantwortung zu ziehen.

Die faschistische Kriegführung und die brutale rassistische Ausrottungspolitik bestimmten die Entscheidungen der Siegermächte. Bedingungslose Kapitulation, Errichtung eines Besatzungsregimes, Reparationen,

Gebietsverluste und die Umsiedlung Deutscher ergaben mehr als wir bisher vermuteten, ungünstige Bedingungen für einen revolutionären Prozeß zur Gestaltung einer sozial gerechten sozialistischen Gesellschaft in Deutschland. Die Siegermächte waren in erster Linie darauf bedacht, die Gefahren, die von Deutschland ausgegangen waren zu bannen, die Schuldigen zu bestrafen und Wiedergutmachung einzufordern. Das betraf im hohen Maße die durch den faschistischen Überfall besonders geschädigte Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges getragen hatte.

Chancen für ein neues demokratisches und friedliches Deutschland ergaben sich jedoch aus dem im Potsdamer Abkommen formulierten Grundkonsens der Siegermächte: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen.“³

Das Dialogheft ist in vier Teile gegliedert. Diese stehen durch die Thematik miteinander in Beziehung, wurden aber nach den Möglichkeiten und Intentionen der Autoren in eigener Verantwortung gestaltet. Es ergibt sich somit nicht eine in sich geschlossene Darstellung, so daß auch die Diskussion nach den einzelnen selbständigen Schwerpunkten oder zu übergreifenden Fragen geführt werden kann. Die von mir im Folgenden benannten Fragen verstehe ich als Denkanstöße zur jeweiligen Thematik, die allerdings nur partiell durch die Ausführungen der Autoren zu beantworten sind.

Eine solche übergreifende Frage wäre die nach den 1945 und 1946 erkennbaren Chancen und Erfordernissen für die Gestaltung eines antifaschistisch demokratischen Deutschlands mit sozialistischer Perspektive. Für den ersten Schwerpunkt „Der 8. Mai 1945 in der deutschen Öffentlichkeit“ ergeben sich Fragen nach der damaligen und späteren Sicht auf die Befreiung vom Faschismus in programmatischen Aussagen, geschichts-

wissenschaftlichen Schriften und Medien mit Rückschlüssen auf die Verfasser und die Wirkungen im Volk. Hierbei könnte auch die Entstehung und Prägung des faschistischen und neofaschistischen Gedankenguts in der alten BRD und im heutigen Deutschland verfolgt werden.

Der zweite Schwerpunkt „Berlin 1945. Zur letzten Schlacht für Befreiung und Frieden in Europa“ ermöglicht die Diskussion über die faschistische Kriegführung und die Bestrebungen, der bedingungslosen Kapitulation zu entkommen. Bezogen auf die umfangreiche Geschichtspopaganda in Film und Fernsehen ergeben sich Fragen nach inneren Widersprüchen im faschistischen System und zur realen Haltung der alten Eliten in den Reihen der Großbourgeoisie, des Bankkapitals, des Großgrundbesitzes, im Militär, in der Justiz und im Beamtentum, die das faschistische Regime mit getragen hatten.

Der dritte Schwerpunkt über „Die Vereinbarungen der Siegermächte des II. Weltkrieges zur Nachkriegsentwicklung Deutschlands“ regt an zu Fragen nach den damit gegebenen Möglichkeiten für eine grundlegende Erneuerung Deutschlands sowie nach den Gemeinsamkeiten und Gegensätzen zwischen den Verbündeten. Hier ließen sich auch, in Verbindung mit dem nachfolgenden vierten Schwerpunkt, Fragen nach den Ursachen der Spaltung Deutschlands anknüpfen, obwohl das Potsdamer Abkommen von einer einheitlichen Entwicklung Deutschlands ausging. Dabei kann man darüber nachdenken, ob die Teilung Deutschlands nicht eher die europäische Sicherheit begünstigte, statt sie zu gefährden und ob sich dadurch nicht Gelegenheit zu einem nützlichen Wettbewerb zwischen zwei Gesellschaftsmodellen bot.

Der vierte Schwerpunkt „Möglichkeiten und Grenzen für die Gestaltung eines antifaschistisch–demokratischen Deutschlands mit sozialistischer Perspektive“ provoziert eine Reihe von Fragen, die sicher sehr kontrovers zu diskutieren sind: Konnte überhaupt im Osten Deutschlands bei enger Bindung an die Sowjetunion und unter den Bedingungen des 1947 entbrannten kalten Krieges ein sozialistisches Beispiel gestaltet werden? War ein gemeinsames Handeln sozialistischer Kräfte von Ost- und Westdeutschland möglich und wodurch wurde es verhindert? Welche Maßnahmen konnten unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungszone und der Kon-

frontation mit dem westdeutschen und internationalen Kapitalismus für eine demokratische sozialistische Gesellschaft durchgesetzt werden?

Manfred Uhlemann

Anmerkungen:

- 1) Programm, Beschluß der 2. Tagung des 8. Parteitages der PDS am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, Berlin 2003, S.5.
- 2) Zum 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Resolution der 1. Tagung des 9. Parteitages der PDS.
- 3) Das Potsdamer Abkommen, Berlin 1984, S.185.

Kurt Finker

1. Der 8. Mai 1945 in der deutschen Öffentlichkeit (Geschichtsschreibung, Publizistik, Politik)

1.1. Ursachen und Hintergründe des 8. Mai 1945

Der 8. Mai 1945, der Tag der bedingungslosen Kapitulation des Oberkommandos der Wehrmacht, wurde zunächst von der Mehrheit des deutschen Volkes durchaus nicht als „Tag der Befreiung“ empfunden. Sorgen um die täglichen Lebensbedürfnisse, Mangel nahezu an allem, Flüchtlings- und Vertreibungsschicksal, Wohnungsnot, Verhaftungen, Vergewaltigungen, Gefangenschaft bestimmten noch lange Zeit den Alltag. Die Sieger verkündeten mit historischem Recht: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden ... Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krimdeklaration über Deutschland [Jalta]“, hieß in dem Bericht über die Potsdamer Konferenz 1945.¹ „Es ist unser unbeugsamer Wille“, so der Bericht über die Dreimächtekonferenz von Jalta Februar 1945, „den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu stören ... Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten, aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.“² In allen Besatzungszonen begann die „Entnazifizierung“ mit der Verhaftung führender Nazifunktionäre, mit dem Verbot der NSDAP und der ihr angeschlossenen Organisationen, mit dem Verbot der Verbreitung faschistischer Ideologie, insbesondere in den Schulen und Massenmedien.

Die Bestrafung der Naziverbrecher war folgerichtig, war aber nur eine Seite des Problems, das das deutsche Volk insgesamt betraf. Schon während des Krieges, aber natürlich verstärkt nach Kriegsende, gewann die Frage nach den Ursachen dieser Katastrophe eine wachsende Rolle und damit auch – zuerst bei wenigen, dann aber doch zunehmend – nach der eigenen Position, nach der eigenen Mitschuld. Hier sei vorab schon ange-

merkt, daß diese Diskussion in den folgenden Jahren vor allem in West, aber auch in Ost bald abebbte. Bereits Ende der 40er Jahre wurden die Deutschen von ihren bisherigen Feinden, den nunmehrigen Verbündeten, sowohl von den USA als auch von der Sowjetunion, nicht mehr in erster Linie als reumütige Nazisünder, sondern als gut geschulte und kampferprobte Partner gebraucht. Das war allerdings nun schon eine Frage des internationalen Kräfteverhältnisses, des „Ost-West-Konfliktes“ geworden. Dennoch blieb die Frage: *Wie konnte es geschehen ?*

Die KPD hatte in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 eine klare Antwort darauf gegeben, die heute wieder besonders aktuell ist und darum ins Gedächtnis gerufen werden soll, in der auch bereits der Begriff „Befreiung“ zum erstenmal auftaucht: „Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus, die Keitel, Jodl und Konsorten. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens ...

Die Welt ist erschüttert und zugleich von tiefstem Haß gegen Deutschland erfüllt angesichts dieser beispiellosen Verbrechen, dieses grauenerregenden Massenmordens, das von Hitlerdeutschland als System betrieben wurde. Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, deutsches Volk, was wäre mit dir geschehen?

Aber auf der Seite der Vereinten Nationen, mit der Sowjetunion, England und den Vereinigten Staaten an der Spitze, stand die Sache der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Fortschritts. Die Rote Armee und die Armeen ihrer Verbündeten haben durch ihre Opfer die Sache der Menschheit vor der Hitlerbarbarei gerettet. Sie haben die Hitlerarmee zerschlagen, den Hitlerstaat zertrümmert und damit auch Dir, schaffendes deutsches Volk, Frieden und Befreiung aus den Ketten der Hitlersklaverei gebracht.

Um so mehr muß in jedem deutschen Menschen das Bewußtsein und die Scham brennen, daß das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt ...

Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können. Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer

infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampf zu führen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.“³

Im Juni 1945 begann in den westlichen Besatzungszonen Kurt Schumacher (1895-1952; 1930 bis 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD, 1933 bis 1945 insgesamt fast 10 Jahre in Nazihaft) mit der Wiederbegründung der SPD und entwickelte sich bald zum anerkannten Führer der Partei. Im Juni 1945 trat er mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem er seine eigene Partei rühmte und die Errichtung des Sozialismus als Konsequenz aus der Geschichte proklamierte: „Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei in Deutschland gewesen, die an der großen Linie der Demokratie und des Friedens ohne Konzessionen festgehalten hat. Darum kann nur sie allein von sich sagen, daß die Grundsätze ihrer Politik ihre Prüfung vor dem Richterstuhl der Geschichte bestanden haben. Alle anderen Richtungen in Deutschland sind mehr oder weniger schuld an dem Aufkommen des Nazismus, haben entweder seine geistigen und politischen Grundlagen oder seine praktischen und taktischen Voraussetzungen geschaffen ...

Auf der Tagesordnung steht heute als der entscheidende Punkt die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und die Überführung der Produktionsmittel aus der Hand der großen Besitzenden in gesellschaftliches Eigentum, die Lenkung der gesamten Wirtschaft nicht nach privaten Profitinteressen, sondern nach den Grundsätzen volkswirtschaftlich notwendiger Planung ... Die Verstaatlichung der Großindustrie, der Großfinanz und die Aufsiedlung des Großgrundbesitzes sind volkswirtschaftlich eine absolute Notwendigkeit. Vor allem sind der Bergbau, die Schwerindustrie, die Energiewirtschaft, das Verkehrswesen, ein sehr großer Teil der Verarbeitungsindustrie sowie die Versicherungs- und Bankwirtschaft nicht nur sozialisierungsreif, sondern müssen sozialisiert werden, wenn die deutsche Wirtschaft ausreichend funktionieren soll ... *Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrag hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt.* Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich große Vermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln können, ist die Demokratie nicht gesichert. Die ungeheure Wirtschaftskraft der Konzerne muß in die Hand der Allgemeinheit gelegt werden, sonst wirkt sie sich als politische Macht gegen den neuen

Staat aus. Die besonderen Voraussetzungen der deutschen Klassenpsychologie und die zwangsmäßigen Gegebenheiten der deutschen Geschichte werden den Großbesitz immer wieder veranlassen, sein Geld in politische Macht umzusetzen, die er dann gegen die Demokratie und den Frieden anwendet. *Die Demokratie ist erst in einem sozialistischen Deutschland gesichert.*⁴ Aber nur kurze Zeit später spielten solche Überlegungen in der Politik der SPD keine Rolle mehr!

Mit der „neuen“ Sicht auf die Geschichte befaßte sich auch der ehemalige Zentrumspolitiker Konrad Adenauer (1876-1967; 1933 als Kölner Oberbürgermeister von den Nazis zwangspensioniert, 1934 und 1944 kurze Zeit verhaftet, 1949 erster Bundeskanzler, 1950 Bundesvorsitzender der CDU) bei einem Vortrag in der Universität Köln am 24. März 1946: „Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die Bonzen, die hohen Militärs oder die Großindustriellen tragen allein die Schuld. Gewiß, sie tragen ein volles Maß an Schuld ... Aber breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen, hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und folgende im deutschen Volk nicht möglich gewesen.

Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert ...

Die großen äußeren Erfolge, die, wenn auch historisch gesehen nur für kurze Zeit dem Bismarckschen Reich, seiner Auffassung vom Staat und der Macht beschieden waren, die schnell zunehmende Industrialisierung, die Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten und die damit verbundene Entwurzelung der Menschen machten den Weg frei für das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk. Die materialistische Weltanschauung hat zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt.

Die materialistische Weltauffassung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in sehr großem Umfange beigetragen ... Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden

Anbetung der Macht und Mißachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen ... Der Nationalsozialismus hat den stärksten geistigen Widerstand gefunden in denjenigen katholischen und evangelischen Teilen Deutschlands, die am wenigsten der Lehre von Karl Marx, dem Sozialismus, verfallen waren!

... Das deutsche Volk muß in seinem ganzen Denken und Fühlen umerzogen werden. Das ist auch eine wesentliche Aufgabe der politischen Parteien. Diese Aufgabe kann aber nur von einer weltanschaulich fundierten Partei wirklich gelöst werden.“⁵

Die Frage nach den Ursachen und den Hauptschuldigen für den deutschen Niederbruch und nach den möglichen Perspektiven beschäftigte damals viele bürgerlich-nichtfaschistische Politiker, Historiker, Publizisten und andere (Von den Nazi-Intellektuellen ist hier nicht die Rede). Nach meinen bisherigen Feststellungen erschienen allein in den deutschen Westzonen von Ende 1945 bis Ende 1946 etwa 50 Bücher und Broschüren zu diesem Thema, nicht gerechnet die zahllosen Artikel in Zeitungen und Zeitschriften. Unter den Autoren mit ihren Veröffentlichungen fand sich der Philosoph Karl Jaspers, der sein Buch „Die Schuldfrage“ nannte. Der Historiker Friedrich Meinecke bekundete in seinem Buch „Die deutsche Katastrophe“ u. a. seine Ratlosigkeit: „Die deutsche Geschichte ist reich an schwer lösbaren Rätseln und an unglücklichen Wendungen. Aber dies uns heute gestellte Rätsel und die von uns heute erlebte Katastrophe übersteigt für unser Empfinden alle früheren Schicksale dieser Art.“; der Historiker Gerhard Ritter, der sich wegen seiner Beziehungen zu Goerdeler 1944/45 selbst in Gestapohaft befunden hatte, veröffentlichte die Schrift „Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung“, in der er u. a. verkündete: „Gott und den Satan sehen wir heute wieder ganz deutlich miteinander ringen, und es bleibt, soweit unser Blick das Kampffeld zu überschauen vermag, oft recht zweifelhaft, wer von beiden sich als der Stärkere erweist – erst der Endausgang, ..., wird dereinst das wahre Machtverhältnis ans Licht bringen. Bis dahin aber scheint die Macht des Bösen und des blinden Zufalls weit größer als die der sittlichen Vernunft.“⁶. Der Kulturosoziologe Alfred Weber nannte sein Buch „Abschied von der bisherigen Geschichte“ und warnte darin vor dem „Flügel Schlag dunkler dämonischer Mächte“ und verlautbarte, daß nur durch Ausrichtung auf die „Schicht des Transzendenten und Metaphysischen“ der drohende heutige Nihilismus überwunden werden könne. Der Theolo-

ge Romano Guardini erklärte in seiner Schrift „Der Heilbringer in Mythos“: Entweder verharren in der Haltung des Abfalls von Gott, dann bleibt die Welt auf dem „Weg des Verderbens“, oder: „Wendung zur Heimkehr zu Gott, das heißt aber die Rückkehr zur Offenbarungswirklichkeit Gottes in Jesus Christus“.. Auch der katholische Publizist Eugen Kogon, der 1946 mit seinem Buch „Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager“ eine eindrucksvolle, auf eigene Erlebnisse in sieben Jahren Nazihaft gestützte Darstellung vorgelegt hatte, kam ohne die „Stimme des Herrn“ nicht aus: „Von einem Hitler verführt, hat das deutsche Volk die mannigfache mahnende Erscheinung des Herrn nicht erkannt. Von den Stimmen der Staatsanwälte betäubt, erkennt es ihn auch heute als Richter nicht. Aber hat Er denn nicht schweigend geprüft, gewogen und durch die Geschichte selbst sein Urteil gesprochen?“⁷

Die Frage des „Abfalls“ vom Christentum als Hauptursache der deutschen Katastrophe spielte auch weiterhin in Geschichtsschreibung und Öffentlichkeit eine große Rolle. Der Erlanger Theologieprofessor Walter Künneth veröffentlichte 1947 einen umfangreichen Band unter dem Titel „Der große Abfall. Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum“, in dem es u. a. hieß: „Die Frage nach den letzten Ursachen des deutschen Untergangs ist nur dann richtig gestellt, wenn man den Mut hat, bis zur religiösen Frage vorzustoßen. Verzichtet man aber darauf, dann muß man die eigentliche und gültige Antwort schuldig bleiben. Ist die dem ‚mitteleuropäischen Raum‘ übergebene ‚große, größte Gabe‘ das Christentum und besteht die These zu Recht: ‚Recht und Christentum sind die beiden Quadersteine, auf denen die europäischen Kulturvölker emporstiegen – oder an denen sie zerschellen werden. Hier liegt das tiefste Maß aller Dinge‘ (Hans Schlange-Schöningen: Am Tage danach, Hamburg 1946, S. 13) ... Im Gegensatz zu dieser religiösen Blindheit muß die dringliche Aufgabe gerade darin gesehen werden, von der religiösen Frage aus den Hebel anzusetzen Die religiöse Frage überhaupt ist als der Schlüssel zum Verständnis der umwälzenden Zeitereignisse zu erkennen. Damit empfangen die Einzelfeststellungen erst ihren Hintergrund und ihre innerste Ordnung, und damit wird das Phänomen selbst in seinen eigentlichen Wesen verstanden ...

Der Abfall vom biblischen Gottesglauben, die Auflösung der damit gegebenen letzten Bindungen und die Verdrängung des in ihm gesetzten Gewissensanspruches aus der Seele ist der entscheidende Wendepunkt in

der menschlichen Psyche. Diese Abkehr von Gott umschließt die prinzipielle Offenheit für das Mächtigwerden der Dämonie ... In dem Augenblick, in dem die Unabhängigkeit von Gott proklamiert wird, entsteht die Abhängigkeit von der widergöttlichen Geistesmacht, die in der Seele die Verführung zum Abfall bewirkt ... Nur eine einzige Stelle gab es im deutschen Raum, an dem eine ganz andere Stimme laut wurde als der Schrei der Parteireden und der Radiopropaganda, und diese Stelle war die christliche Kirche. Schon ihre bloße Existenz war wie ein Gotteswunder inmitten einer gottlosen Welt, ihr Wort die einzige Kunde der Wahrheit, die Kirche die einzige Stelle, welche überhaupt noch Widerstand leisten konnte, und darum wurden auch die christlichen Gotteshäuser allein zu den Stätten echter Freiheit.“⁸

Es fällt auf, daß diese – hier von mir ausgewählten, aber jederzeit um viele vermehrbaren – Autoren die Ursachen der deutschen Katastrophe ausschließlich im psychologisch-ideologisch-religiösen Bereich sehen, im „Flügel Schlag dämonischer Kräfte“, in der Herrschaft des Satans, im „Abfall von Gott“ usw., daß aber die entscheidende sozial-ökonomische und daraus resultierende politische Machtfrage für sie keine Rolle spielt. Demzufolge sei die Überwindung der satanischen Katastrophe ausschließlich durch religiöse Neubesinnung und Inbrunst möglich.

Anders klang die damals wohl recht einsame Stimme des Schweizer Theologen Karl Barth (1886-1968), der nach seiner Tätigkeit als Theologieprofessor in Göttingen, Münster und Paderborn 1935 wegen seiner antifaschistischen Haltung aus Deutschland ausgewiesen worden war und während des Krieges zu den Förderern der Bewegung „Freies Deutschland“ in der Schweiz gehörte. Im Frühjahr 1945 hielt er u. a. den Vortrag „Wie können die Deutschen gesund werden?“, der auch veröffentlicht wurde. Er empfahl einen „christlichen Realismus“ und sagte dazu konkret: „Ist Ihnen bekannt, daß es in der Schweiz eine von deutschen Menschen aller Parteien und Richtungen getragene ‚Bewegung Freies Deutschland‘ gibt, die sich den Zusammenschluß und die Verständigung aller für eine aufbauende Politik in der armen Heimat der Nachkriegszeit aufgeschlossenen Deutschen in der Schweiz zum Ziel gesetzt hat? Ich sage Ihnen, was ich zu allen von Ihnen mir erreichbaren Landsleuten sage: Sie sollten, statt sich unter irgend eine Trauerweide zu setzen, dieser Sache sich anschließen, sie zur ihrigen machen, sie stark machen helfen. Jeder freie Deutsche – und nach den in Ihrem Brief ausgesprochenen Gesinnun-

gen betrachte ich Sie als einen solchen – sollte das tun. Fürchten Sie sich nicht, wenn Sie dort auch ein paar Kommunisten begegnen! Sie werden im künftigen Deutschland auch mit Kommunisten leben müssen. Tun Sie es in aller Freiheit schon jetzt! Die Adresse heißt: ‚Bewegung Freies Deutschland‘, Postfach Fraumünster, Zürich. Entschuldigen Sie, daß ich Sie so bedränge. Aber ich kann als Schweizer fast nicht zusehen, wie viele Deutsche sich über ihr Vaterland zwar Gedanken über Gedanken machen, den praktischen Schritt aber, der sie schon heute und hier zum Handanlegen führen könnte, vermeiden oder ich weiß nicht auf wann verschieben: als ob alles noch dringlicher werden könnte, als es heute wahrhaft geworden ist!.“⁹

Ich weiß es nicht, welche Wirkung diese Worte hatten, ob sie damals überhaupt nach Deutschland gelangt sind. Sie bleiben trotzdem ein Dokument des verantwortungsbewußten politischen Realismus, der eine wirklichkeitsnahe Perspektive eröffnete.

1.2. Antifaschistischer Grundkonsens – aber getrennte Entwicklungswege in Deutschland

Bei allen politischen Kräften, die nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland das politische Leben entwickelten, bestand Übereinstimmung darüber, den Faschismus in seinen Organisationen und seiner Ideologie auszurotten und nicht wieder zuzulassen. In der SBZ fand dies seinen klarsten Ausdruck in der Erklärung des Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 14. Juli 1945, in der es hieß: „Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten. Die Vertreter der vier Parteien beschließen, unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbstständigkeit, die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen“. Als „Hauptaufgaben“ wurden genannt:

„1. Zusammenarbeit im Kampf zur Säuberung Deutschlands von den Überresten des Hitlerismus und für den Aufbau des Landes auf antifaschistisch-demokratischer Grundlage. Kampf gegen das Gift der Naziideologie wie gegen alle imperialistischen Gedankengänge.

2. Gemeinsame Anstrengungen zu möglichst raschem Wiederaufbau der Wirtschaft, um Arbeit, Brot, Kleidung und Wohnung für die Bevölkerung

zu schaffen.

3. Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates.

4. Sicherung der Freiheit des Geistes und des Gewissens sowie der Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung.

5. Wiedergewinnung des Vertrauens und Herbeiführung eines auf gegenseitiger Achtung beruhenden Verhältnisses zu allen Völkern. Unterbindung jeder Völkerverhetzung.

Ehrliche Bereitschaft zur Durchführung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden und Anerkennung unserer Pflicht zur Wiedergutmachung.“¹⁰

Diese Ziele und Prinzipien bestimmten damals die Politik in allen Bereichen der SBZ und auch darüber hinaus. An der Spitze der Parteien und neuen Staatsorgane standen in der Mehrheit Menschen, die ihre antifaschistische Haltung schon vor dem 8. Mai 1945 bewiesen hatten: *KPD*: Wilhelm Pieck (Vorsitzender der KPD, 1933-1945 Exil in Frankreich und der SU); Walter Ulbricht (1933 Illegalität, danach Exil in Frankreich und der SU); Franz Dahlem (1933-1939 Exil in Frankreich, davon 1937-1939 Kämpfer in den Internationalen Brigaden in Spanien, 1939-1942 Internierungslager in Frankreich, 1942-1945 Gestapohaft und Haft im KZ Mauthausen); Anton Ackermann (1933/34 Illegalität in Deutschland, 1935-1945 Exil in der Tschechoslowakei, Frankreich, Spanien, SU), Otto Winzer (1934-1945 Exil in Frankreich und der SU); *SPD*: Erich W. Gniffke (sozialdemokratischer Widerstandskämpfer, 1938/39 inhaftiert); Otto Grotewohl (braunschweigischer Landesminister a. D., 1933 gemäßregelt, 1938 und 1939 in Untersuchungshaft); Helmut Lehmann (Anfang 20. Jhdt. Mitbegründer der sozialdemokratischen Arbeiterjugendbewegung, 1933 gemäßregelt und inhaftiert, 1935 und 1944 erneut in Haft); Otto Meier (1933/34 Polizeiaufsicht, 1939 inhaftiert, 1944 im KZ Sachsenhausen); *CDU*: Andreas Hermes (März 1933 verhaftet, 1934 4 Monate Gefängnis, 1944 erneute Verhaftung, Januar 1945 zum Tode verurteilt, aber befreit); Walter Schreiber (zeitweilig inhaftiert); Paulus van Husen (Kreisauer Kreis, 1944/45 inhaftiert); Jakob Kaiser (christliche Gewerkschaftsbewegung, Goerdeler-Gruppe, 1944/45 Illegalität, u. a. auch in Potsdam-Babelsberg); Rudolf Pechel (antinazistischer Publizist, 1942-1945 inhaftiert), Otto Nuschke (1944/45 Illegalität); Theodor Steltzer (Kreisauer Kreis, 1944/45 inhaftiert, zum Tode verurteilt, aber gerettet); *LDPD*: Waldemar Koch (als Dozent an der TH Berlin 1934 von den Nazis entlassen); Eugen Schiffer

(Reichsminister a. D., politisch und rassistisch verfolgt, überlebte im Berliner Jüdischen Krankenhaus); Wilhelm Külz (Reichsminister a. D., 1933 als Oberbürgermeister von Dresden zwangspensioniert, mehrmals verhaftet).

Zu den moralisch-politischen Grundlagen des antifaschistischen Neuaufbaus in der SBZ/DDR gehörten von Anfang an – im Gegensatz zu den Westzonen – die Auseinandersetzungen mit der Nazivergangenheit und die Würdigung des antifaschistischen Widerstandskampfes.

Doch die sozialökonomisch-politisch-ideologische Entwicklung in Deutschland nahm unterschiedliche Wege, die – wie schon gesagt – vorrangig nicht von den deutschen Antifaschisten, sondern von den Großmächten in Ost und West und ihrer Machtpolitik bestimmt wurden.

Im Aufruf der KPD vom 11. Juni 1946 hieß es noch. „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.

Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen Rechten und Freiheiten für das Volk.“¹¹

Tatsächlich aber wurde seit Ende der 40er Jahre die Entwicklung in Ostdeutschland immer mehr nach dem sowjetisch-stalinistischen Sozialismusmodell ausgerichtet, was ihrer ökonomischen Effizienz und politisch-ideologischen Attraktivität durchaus nicht dienlich war. Die Entwicklung in der SBZ/DDR vollzog sich in Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die UdSSR besaß 1945 große Autorität, sie hatte die Hauptlast des Krieges getragen und die größten Opfer gebracht. Ihr gewachsenes Prestige förderte zugleich das Ansehen Stalins, bedeutete Vitalisierung des Stalinismus, zumal das Ausmaß seiner Verbrechen in Ostdeutschland kaum bekannt war oder als imperialistische Propaganda zurückgewiesen wurde. Hatte doch selbst der alte Antikommunist Winston Churchill ihm am 17. Februar 1945 geschrieben: „Ich bete darum, daß es Ihnen noch lange vergönnt sein möge, die Geschicke Ihres Landes zu leiten, das seine ganze Größe unter Ihrer Führung offenbart hat.“¹² Die Autorität der Sowjetunion beruhte nicht nur auf ihrer Rolle als Besatzungsmacht, sie war auch durch ihre historische Leistung und ihre Opfer untermauert – und dies nicht nur

bei Kommunisten!

„Die Konstituierung des politischen Systems der DDR vernachlässigte“, wie der Berliner Historiker Siegfried Prokop treffend schrieb, „wie spätestens seit den Listenwahlen im Oktober 1950 offenbar wurde, die Demokratie als Zivilisationserrungenschaft der Menschheitsgeschichte. Am Beginn der 50er Jahre baute die SED ihr Machtmonopol im politischen System der DDR nach sowjetischem Vorbild weiter aus ... Es ging ihr darum, ein *vorgegebenes Gesellschaftsmodell* zu realisieren.“¹³

Für die herrschenden Kreise der USA bedeutete das Kriegsende die bisher einmalige Chance, ihren Herrschaftsbereich bedeutend auszudehnen, waren sie doch die einzige Großmacht, die gestärkt aus dem Krieg hervorgegangen war. Der ehemalige amerikanische Vizepräsident Al Gore beschrieb sehr offenherzig, wie es gelang, den Jahrzehnte währenden Ideenkrieg zwischen den beiden Systemen zu gewinnen. Offen legte er dar, daß der amerikanischen Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine langfristig angelegte strategische Konzeption zugrunde lag: „Ermöglicht wurde dies durch den bewußten und gemeinsamen Entschluß von Männern und Frauen in den Staaten der ‚freien Welt‘, die Niederlage des kommunistischen Systems zum *zentralen Organisationsprinzip* nicht nur der Regierungspolitik, sondern *der ganzen Gesellschaft* zu machen.

Das heißt nicht, daß dieses Ziel alle Gedanken beherrscht oder jeglicher staatlicher Entscheidung Pate gestanden hätte, aber der Widerstand gegen den Kommunismus bildete den Grundzug praktisch aller geopolitischen Strategien und Sozialpolitiken, die der Westen seit dem Zweiten Weltkrieg entworfen hat. Der Marshallplan etwa war in erster Linie dazu gedacht, Westeuropas Widerstandskraft gegen die Ausbreitung der kommunistischen Idee zu stärken. Dieselbe Zielrichtung hatten McArthurs Konzept zum gesellschaftlichen und ökonomischen Wiederaufbau Japans und Trumans Entscheidung des Jahres 1947, Griechenland und der Türkei massive Wirtschaftshilfe zukommen zu lassen. Auch die Nato und andere Militärpakte unter Führung der USA entstanden aus dem genannten Grundprinzip. Das Eintreten der USA für Freihandel und Entwicklungshilfe war teilweise uneigennützig, aber hauptsächlich durch den Kampf gegen den Kommunismus motiviert. Natürlich war diese Politik mitunter schmerzhaft, kostspielig und kontrovers. Die Kriege in Korea und Vietnam, das atomare Wettrüsten, Waffenlieferungen an Diktatoren, die mit Ausnahme des Antikommunismus sämtliche amerikanischen Ideen ablehnten – diese und prak-

tisch alle außen- und militärpolitischen Entscheidungen wurden getroffen, weil sie demselben Kerngedanken gehorchten, wenn auch auf eine Weise, die gelegentlich mangelndes Urteilsvermögen erkennen ließ ... Als die Sowjetunion 1957 mit dem Start des Sputnik ein technologisches Meisterstück lieferte, gingen die USA erstmals zur Bildungsförderung auf Bundesebene über – nicht etwa weil der Präsident und die Kongreßmehrheit den Eigenwert eines verbesserten Bildungssystems anerkannt hätten, sondern wegen der Bedeutung naturwissenschaftlich-technischer Qualitäten im Kampf der Systeme. Gleichzeitig leiteten wir das amerikanische Raumfahrtprogramm ein, nicht etwa weil die Kongreßmehrheit auf einmal den Drang verspürt hätte, das Weltall zu erkunden, sondern weil das Programm im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Kommunismus gesehen wurde ... Diese Einsatzbereitschaft führte mitunter zu schrecklichen Exzessen: Die Verleumdungskampagnen des McCarthyismus sowie Experimente, die Menschen radioaktiver Strahlung aussetzten, sind nur zwei Beispiele dafür, daß Übereifer tragische Folgen haben kann. Aber der Hauptpunkt bleibt, daß praktisch alle Programme danach beurteilt wurden, ob sie mit unserem Grundprinzip übereinstimmten. Sogar so weit auseinanderliegende Strategien wie die Grüne Revolution zur Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in der Dritten Welt einerseits und die Unterstützung europäischer Gewerkschaften durch die CIA [! – K. F.] wurden konzipiert, weil sie dabei halfen, unser *Kernziel* zu erreichen.“¹⁴

In diesem Rahmen beförderte die 1948 verkündete und bald danach in Kraft gesetzte „Wirtschaftshilfe“ der USA, bekannt unter dem Begriff Marshall-Plan, den wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland. Die SBZ/DDR litt dagegen unter den Schwierigkeiten des Neuaufbaus aus eigener Kraft, unter dem härteren sowjetischen Diktat – was den meisten der aufbauwilligen und tätigen „Freunden der Sowjetunion“ nicht bewußt war – und der Last der – angesichts des Krieges nicht unberechtigten, aber nahezu von der SBZ/DDR allein zu tragenden – Reparationen sowie des immer größer werdenden Beitrages zur militärischen Stärkung des Warschauer Paktes. Gleichzeitig brachten die westlichen Stör- und Boykottmaßnahmen (separate Währungsreform 1948 und damit faktische Spaltung Deutschlands 13 Jahre vor der „Mauer“!, Handelsboykott, ökonomisch gestützte diplomatische Isolierung¹⁵) zusätzliche Schwierigkeiten. In vielen materiellen Bereichen herrschte ständig Mangel. In der BRD dagegen stiegen modernisierte Produktion und damit auch die Konsumtion schnell-

ler, die für kapitalistische Verhältnisse normale Arbeitslosigkeit sank hier von 11 % im Jahre 1950 auf 0,7 % im Jahre 1965. Nicht wenige DDR-Bewohner erlagen diesem Druck: In der Zeit von 1. Januar 1950 bis 13. August 1961 siedelten 2.557.697 Menschen – darunter viele auf Staatskosten hochqualifizierte Werktätige, auch Akademiker – aus der DDR in die BRD über.¹⁶ Es zogen auch Menschen in die umgekehrte Richtung, aber deren Zahl lag etwa bei 400 000. Die Schwierigkeiten fanden u.a. ihren Ausdruck in der grobschlächtigen, verhängnisvollen Blockade Westberlins durch die sowjetischen Besatzungsbehörden von Juni 1948 bis Mai 1949, in den Arbeiterunruhen am 17. und 18. Juni 1953 und in der Errichtung der Mauer am 13. August 1953. „Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik,“ stellte der Parteivorstand der PDS zum 40. Jahrestag des Mauerbaues 2001 fest.¹⁷

Diese Vorgänge verfestigten das ohnehin im Westen vorherrschende anti-kommunistische Geschichtsbewußtsein. Stalinistischer Dogmatismus und subjektive Unfähigkeit der SED-Führung diskreditierten darüber hinaus den Antifaschismus und beförderten die weitere Versteifung des Antikommunismus, indem man den 17. Juni als „faschistischen Putsch“ und die „Mauer“ als „antifaschistischen Schutzwall“ deklarierte. Es war so, wie es der Historiker Christoph Kleßmann charakterisierte: „Der Marshall-Plan bildete den entscheidenden Katalysator, an dem nicht nur Europa sich spaltete, sondern auch die bestehenden gesamtdeutschen Verbindungen zwischen Parteien und Gewerkschaften zerbrachen. Von da an wurden deutlich die Weichen gestellt für eine Integration in die sich nun beschleunigt ausbildenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Blöcke, so daß seit 1947/48 die innere Entwicklung der Westzonen und der sowjetischen Zone getrennt behandelt wird. Diese jeweilige innere Entwicklung wurde nachhaltig bestimmt von den Ebenen und Formen der äußeren Integration, setzte aber gleichzeitig ihre eigene Dynamik frei. Der mit Zwang und Gewalt durchgesetzten Stalinisierung der DDR auf nahezu allen Gebieten seit Anfang der fünfziger Jahre entsprachen in der Bundesrepublik neben der ‚Restauration‘ alter Besitz- und Organisationsstrukturen und einer fatalen Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit subtilere Integrationsklammern im sozialpolitischen und ideologischen Bereich... Zweifellos lassen sich viele sozialpolitische Errungenschaften nur aus der

Systemkonkurrenz mit der DDR und aus entsprechenden Legitimationsbedürfnissen herleiten. Insofern hat die Teilung des Landes in einem vermittelten Sinne auch spezifische innenpolitische Dimension. Diese Anstrengungen und Erfolge lassen sich jedoch schwerlich ohne die positiven Impulse und die intensiven Neuordnungsdebatten und -entwürfe der vierziger Jahre verstehen, die zwar in ihrer Gesamtheit scheiterten, aber doch nicht ohne Wirkung blieben.¹⁸

Zu einem Sachwalter der Restauration in Westdeutschland avancierte Konrad Adenauer. Persönlich durchaus kein NS-Sympathisant, hatte er jedoch keine Skrupel, in großer Zahl Nazis zur Wiedererrichtung der alten Machtverhältnisse in Dienst zu nehmen, wenn sie ihm „kompetent“ erschienen. Bereits im Dezember 1948 forderte er von General a. D. Hans Speidel, der als Generalstabschef des Generalfeldmarschalls Erwin Rommel am Rande der Verschwörung vom 20. Juli 1944 gestanden hatte, aber von einem militärischen Nazi-„Ehrengericht“ freigesprochen worden war, ein Memorandum zur Frage einer deutschen Wiederbewaffnung, das dieser zusammen mit dem jetzt ebenfalls in Adenauers Diensten stehenden Nazidiplomaten Herbert Blankenhorn ausarbeitete. Am 29. August 1950 verlangte Adenauer in einem „Sicherheitsmemorandum“ von der Alliierten Hohen Kommission die Verstärkung der westeuropäischen Streitkräfte mit BRD-Beteiligung, dem die Westmächte grundsätzlich zustimmten. Bis 1958 waren auch die letzten von den Westalliierten verurteilten Naziverbrecher wieder in Freiheit, darunter auch mehrere zum Tode verurteilte. Um sich der Soldatenstimmen zu versichern, umgab sich Adenauer, selber dem Militärischen abhold und nie Soldat gewesen, mit Nazigenerälen. Im Dezember 1952 empfing er den von den Briten wegen des Massakers in den Ardeatinischen Höhlen (Italien) zum Tode verurteilten, im Oktober 1952 freigelassenen Generalfeldmarschall Albert Kesselring (der nach seiner Freilassung Bundesführer der 1951 wiederbegründeten militaristischen Soldatenorganisation „Stahlhelm“ wurde), im Juli 1953 den von den Briten wegen Kriegsverbrechen zu 18 Jahren Gefängnis verurteilten, im Mai 1953 freigelassenen Generalfeldmarschall Erich von Manstein. Im Juni 1953 besuchte er das Gefängnis Werl (Westfalen), wo er Gespräche mit den dort einsitzenden Generaloberst Nikolaus von Falkenhorst und General der Waffen-SS Kurt Meyer („Panzermeyer“, der bis zum Tode „führertreu“ blieb¹⁹) pflegte und anschließend im Kabinett berichtete, daß sie „ordentlich untergebracht“ seien. Als sich die Stimmen gegen die wachsende

Zahl von Nazis im Bonner Apparat mehrten, antwortete er: „Es gibt ein rheinisches Wort, das besagt: ‘Man schüttet kein dreckiges Wasser aus, wenn man kein reines hat!’“²⁰ So waren bis 1965 ehemalige Nazis in folgender Größenordnung tätig: 21 Minister und Staatssekretäre, 100 Generale und Admirale der Bundeswehr, 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter, 245 leitende Diplomaten, 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes.²¹

Zwar paßten sich diese Nazi- und Kriegsverbrecher verbal dem parlamentarischen System an und gaben sich als Demokraten, doch besaß ihr Wirken besonderen Einfluß. Sie verstärkten das rechtskonservative Element, verharmlosten die faschistische Terrorherrschaft (schon allein durch ihre Stellung in leitenden Positionen) und machten sie in den Augen der Öffentlichkeit, besonders in der jungen Generation, „salonfähig“, leugneten die Naziverbrechen bzw. wälzten sie ausschließlich auf Hitler und einige SS-Führer ab, trennten das angeblich rein „Soldatische“ vom „Politisch-Ideologischen“, erklärten Hitler zum Alleinschuldigen für die Niederlage und deren Folgen und betrieben vehement Wiederherstellung und Ausbau der alten Besitz- und Machtverhältnisse. Ihre massenhaft verbreiteten Geschichtsfälschungen förderten Konservierung und Wiedererstarken rechtsextremistischer Kräfte, lieferten diesen ihre heute verbreiteten volksverhetzenden Parolen. Viele waren von Anfang an im Wiederaufbau des militärischen Potentials involviert, wie Speidel berichtete: „Ein großer Teil der gefangenen Generale und Generalstabsoffiziere hatte sich bereit erklärt, ihre Kampferfahrungen ... dem einstigen Gegner zur Verfügung zu stellen.“ Ein Grund dafür war, bei der Geschichtsschreibung des zweiten Weltkrieges „ins rechte Licht rücken zu können, was vorher oft verzerrt wiedergegeben war“, d. h. in Gegenwart und Zukunft das Geschichtsbild der Nazigeneräle verbreiten zu können. Der zweite Grund, nach Speidel, lag darin, daß „die Gemeinsamkeit mit geistigen und politischen Werten des Westens zunehmend erkannt wurde und daher eine *Zusammenarbeit mit der führenden und uns schützenden Macht des Westens, Amerika, bejaht* wurde.“²² Es lockten also auch die neuen Pfründe, so, als hätte es keinen 8. Mai 1945 gegeben!

Bereits Ende der 40er Jahre verstärkte sich in den politischen Erklärungen und in der westdeutschen Geschichtsliteratur die Tendenz, eine Trennung der militärischen Vorgänge von den politischen Entscheidungen vorzunehmen: Die deutschen Soldaten (einschließlich der Waffen-SS) hätten tapfer

und ehrenhaft gekämpft, nur seien sie von Hitler politisch fehlgeleitet und überdies militärisch schlecht geführt worden. Mit dem Heranrücken der Front an die Reichsgrenzen 1944/45 hätte dieser Krieg sogar den Charakter eines gerechten Verteidigungskrieges gegen die drohende Gefahr der bolschewistischen Unterdrückung, Ausraubung, Vernichtung, Vergewaltigung usw. gewonnen! – Von dieser Position aus war natürlich der 8. Mai 1945 keine „Befreiung“ und wird heute verstärkt in rechtsextremistischen Parteien, Vertriebenen- und Soldatenverbänden und sicher auch in Teilen der Bevölkerung nicht als eine solche bewertet, sondern als beklagenswerte Niederlage und Ausplünderung, an der Hitler, Stalin und sogar auch USA-Präsident Roosevelt – wegen seines „tragischen Irrtums“, des Bündnisses mit Stalin, – schuld seien.

1.3. Der 8. Mai 1945 in historischer Sicht

Es war ein langer und widerspruchsvoller Prozeß der Herausbildung einer richtigen Einschätzung, der noch nicht abgeschlossen ist.

Erwähnenswert, weil heute nahezu vergessen: Der damalige Bundespräsident Walter Scheel sagte bereits am 6. Mai 1975 in der Schloßkirche in Bonn: „Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei. Wir atmeten auf, als dann das Ende kam. Aber wir vergessen nicht, daß die Befreiung von außen kam, daß wir, die Deutschen, nicht fähig waren, selbst dieses Joch abzuschütteln ... Der 8. Mai ist ein widersprüchlicher Tag in der deutschen Geschichte.

Die deutsche Tragik beginnt im Jahre 1933, nicht im Jahre 1945.“²³

Diese Worte fanden aber damals in Westdeutschland wenig Gehör. Erst die Ausführungen des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag vom 8. Mai 1985 lösten größere Diskussion mit Zustimmung und Ablehnung aus: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte.

Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“²⁴

Diese realistischen Einschätzungen sind richtig, bleiben aber bis heute nicht unwidersprochen, im Gegenteil, sie werden weiterhin zur nationalistischen Verhetzung mißbraucht, mit denen wir uns nach wie vor auseinandersetzen müssen, weil ein Teil der jungen Generation unter dem Einfluß von Rechtsextremisten steht und auch in der Schule nicht immer ein wahrheitsgetreues Geschichtsbild erhält. 1985 äußerte der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete Lorenz Niegel u. a.: „Wenn die deutsche Jugend linken und rechten Sektierern zum Opfer fällt, dann ist die Schuld bei denen zu suchen, die ständig auf Deutschland herumtrampeln. Ein gespaltenes Deutschland und eine dreigeteilte Jugend, das ist das Ergebnis. Menschen in Deutschland – diesseits und jenseits der sogenannten Staats- bzw. Demarkationsgrenze, die den 8. Mai bewußt erlebt haben, werden sich an die Not und die Schmach erinnern, die sie und ihre Angehörigen durchgemacht haben: Unnötige Gefangenschaft, Ausplünderung, Vertreibung, Vergewaltigung, Hunger und Tod nach dem 8. Mai ... Der Tag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht war für Millionen deutsche Menschen, die so unschuldig waren wie irgendeiner, der unter der nationalsozialistischen Herrschaft gelitten hatte [!- K.F.], der Beginn von Gefangenschaft und Internierung, von Ausplünderung und Vergewaltigung, von Entrechtung und Vertreibung, von Hunger und Tod. Für Soldaten und Zivilisten, für Frauen und Kinder; für die überwältigende Mehrheit unseres Volkes konnte dieser Tag kein Tag der Befreiung sein. Der 8. Mai 1945 war und ist im Erleben unseres Volkes einer der traurigsten Tage, ein Tag der tiefsten Demütigung, zumal er dem persönlichen Elend unsere Ächtung als Nation und die Verweigerung unserer staatlichen Einheit hinzufügte. Der 8. Mai 1945 ist der traurigste Jahrestag des Beginns der deutschen Spaltung und der weiteren Unterdrückung vieler deutscher Landsleute unter das kommunistische System.“²⁵ Solche Auffassungen, vor zwanzig Jahren ausgesprochen, sind auch heute noch im Umlauf und dienen den Rechtsextremisten zur Vervollständigung ihres Vokabulars.

Seit Jahren verstärkt sich die Tendenz, die entscheidende Rolle der Sowjetunion bei der Zerschlagung des Faschismus zu bestreiten (u. a. Ignorierung von Stalingrad) und dafür den Westalliierten, insbesondere den USA, diese Rolle zuzumessen. Den bisherigen Höhepunkt erreichten diese Bestrebungen bei den Feierlichkeiten und Veranstaltungen zum 60. Jahrestag der alliierten Landung an der französischen Küste 1944 („D-Day“). Diese heutigen Geschichtsfälschungen widersprechen selbst frü-

heren Äußerungen westlicher Politiker, wofür hier die Botschaft Präsident Roosevelts an Stalin zum 25. Jahrestag der Roten Armee am 23. Februar 1943 zitiert werden soll: „Die Rote Armee und das russische Volk haben mit Gewißheit die Streitkräfte Hitlers auf den Weg der endgültigen Niederlage gebracht und sich die dauernde Bewunderung des Volkes der Vereinigten Staaten erworben.“²⁶

Der 8. Mai 1945 war nicht nur der Tag des Sieges über einen Aggressor, obwohl ihn schon allein diese Charakterisierung bedeutend machen würde; aber er war mehr, er hatte welthistorischen Dimensionen. Was wäre zu erwarten gewesen, wenn es den Sieg über den Faschismus nicht gegeben hätte? Eine sehr treffende Antwort auf diese Frage formulierte der Jenaer Historiker und Spezialist für die Geschichte des deutschen Faschismus Manfred Weißbecker während der Wissenschaftlichen Konferenz „Befreiung – wovon, wodurch, wofür?“ am 8. April 1995 in Seelow, also an historischem Ort: „Das ‚Europa unterm Hakenkreuz‘ wäre ein Kontinent ohne Juden gewesen, ohne Sinti und Roma, ein Reich mit Vernichtungsstätten für alle, die sich nicht zur ‚Herrenrasse‘ oder zur Sklavenmasse hinsortieren ließen. Hitlers Sieg war gedacht als Ausgangspunkt für die Entstehung jenes Zustandes, den er den Deutschen als die ‚wahre nationalsozialistische Volksgemeinschaft‘ verhieß, einer Ordnung von kapitalistischem Charakter mit unangetastetem Privateigentum an den Produktionsmitteln, aber von neuartigem Typ politischer Herrschaft. Zur Oberschicht der deutschen Gesellschaft, die sich im Ergebnis veränderter Wechselwirkungen zwischen ökonomischer Macht und politischem Regime zweifellos selbst zu wandeln begonnen hätte, sollte eine männliche Elite von politischen Wirtschaftsführern, von Militärs und Technikern, von Wissenschaftlern und Künstlern gehören, die privilegiert und geschützt, mit Titeln beladen und mit Orden geschmückt, vor allem aber in materiellem Reichtum leben konnte. Als Basis dieser Gesellschaft war die Volksmasse der Deutschen gedacht: diszipliniert und militarisiert, sich unausgesetzt reichlich vermehrend und bevorrechtigt gegenüber allen, die nicht zur ‚Herrenrasse‘ gehören durften. Selbst politisch rechtlos hätten Millionen aus ihrer Stellung im System von Herrschenden, Ausbeutenden, Unterdrückenden und Versklavenden einen ihnen zugemessenen Nutzen ziehen können. Ihnen waren in den pyramidenförmigen Strukturen des deutschen Imperiums Plätze ‚an der Sonne‘ zugedacht, Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, Zugriffe auf viele Annehmlichkeiten, die technischer Erfindergeist

und wirtschaftliches Gewinnstreben hervorzubringen vermögen. Ihnen den ‚Volkswagen‘, den ‚Volkspflug‘, die ‚Volksschreibmaschine‘ – den Verklavten die Kopftücher, die Glasperlen und den Fusel. So konturierte sich das Zukunftsbild einer ‚nationalsozialistischen Moderne‘.²⁷

LITERATURVERZEICHNIS KAPITEL 1

- ¹ Das Potsdamer Abkommen und andere Dokumente aus der Zeit des zweiten Weltkrieges. Kleine Dokumentensammlung. Hrsg. von Prof. Dr. Karl Bittel. Kongreß-Verlag Berlin, 1. Aufl. 1949; 8, veränderte Aufl. 1961 (850.-870. Tausend). S. 85.
- ² Ebenda, S. 52 ff. Hervorhebungen von mir – K.F.
- ³ Deutsche Volkszeitung, Berlin, 13. Juni 1945. In: Dokumente zur Geschichte der SED. Band 2 1946 bis 1971. Dietz Verlag, Berlin 1989, S. 7 – 10.
- ⁴ Turmwächter der Demokratie. Ein Lebensbild von Kurt Schumacher. Bd. II, Reden und Schriften. Hrsg. von Arno Scholz und Walter G. Olischewski. Berlin 1953, S. 33-39. Hervorhebungen von mir – K.F.
- ⁵ Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Grundlagen, Unterrichtsmodelle, Quellen und Arbeitshilfen für die politische Bildung. Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hrsg. von Günther Rüter. Bonn 1989, S. 697 ff.
- ⁶ Ritter: Geschichte als Bildungsmacht, S. 14-16.
- ⁷ Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. München 1946, S. 325.
- ⁸ Walter Künneht: Der große Abfall. Eine geschichtstheologische Untersuchung der Begegnung zwischen Nationalsozialismus und Christentum. Friedrich Wittig Verlag, Hamburg 1947, S. 167 f.
- ⁹ Karl Barth: Wie können die Deutschen gesund werden? Evangelischer Verlag A.G. Zollikon-Zürich 1945, 2. Auflage, S. 15.
- ¹⁰ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 6. Berlin 1966, S. 358 f.
- ¹¹ Dokumente zur Geschichte der SED, Band 2. Berlin 1989, S. 12.
- ¹² Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945. Berlin 1961, S. 374.
- ¹³ Siegfried Prokop: Die führende Rolle der SED als Problem der DDR. In: Streiflichter zur Geschichte der DDR. Leipzig 1993, S. 21.
- ¹⁴ Al Gore: Wege zum Gleichgewicht. Frankfurt/M., 1994, S. 269. Zitiert in: D. Dahn: Westwärts, S. 116,117.
- ¹⁵ Werner Kilian: Die Hallstein-Doktrin – der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955-1973. Duncker & Humblot. Berlin 2001. Siehe auch die Rezension von Hans Voß in: Neues Deutschland, 18. Mai 2001, S. 10.
- ¹⁶ Wolfgang Benz. Unter Mitarbeit von Edelgard Bially, Gisela Gerdes, Jana Richter, Angelika Schardt, Juliane Wetzels: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR. Chronik. Dokumente. Bilder. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1990.

- ¹⁷ Erklärung des Parteivorstandes zum 13. August 2001. In: Neues Deutschland, 3. Juli 2001, S.5.
- ¹⁸ Ch. Kleßmann: Doppelte Staatsgründung, S. 15 f. Hervorhebungen von mir – K.F.
- ¹⁹ Siehe dazu den autobiographischen Bericht seines Sohnes: Kurt Meyer: Geweint wird, wenn der Kopf ab ist. Annäherungen an meinen Vater – „Panzermeyer“, Generalmajor der Waffen-SS. Mit einem Nachwort von Heinrich von Trott zu Solz. Freiburg/Basel Wien 1998.
- ²⁰ Peter Koch: Konrad Adenauer. Eine politische Biographie. Wissenschaftliche Mitarbeit Klaus Körner. Reinbek bei Hamburg 1988, S. 434.
- ²¹ Siehe auch: Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Hrsg.: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland/Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin 1965; Die Wahrheit über Oberländer. Braunbuch über die verbrecherische faschistische Vergangenheit des Bonner Ministers. Hrsg. vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1960; Globke und die Ausrottung der Juden. Über die verbrecherische Vergangenheit des Staatssekretärs im Amt des Bundeskanzlers Adenauer. Hrsg. vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1960; Weißbuch über die Kriegsverbrechen des Generalinspektors der Bundeswehr General Heinz Trettner. Hrsg.: Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, Berlin 1964; Julius Mader: Die graue Hand. Eine Abrechnung mit dem Bonner Geheimdienst, Berlin 1960; Gestern Hitlers Blutrichter. Heute Bonner Justizelite. Ausschuß für deutsche Einheit, Berlin 1957.
- ²² Hans Speidel: Aus unserer Zeit. Erinnerungen. Berlin-Frankfurt/M.-Wien 1977, S. 239. Hervorhebungen von mir – K.F.
- ²³ Ulrich Gill/Winfried Steffani: Eine Rede und ihre Wirkung. Verlag Rainer Röhl, Berlin 1986, S. 65.
- ²⁴ Ebenda, S. 176.
- ²⁵ Ebenda, S. 161, 162
- ²⁶ Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman 1941-1945. Berlin 1961, S. 523 f.
- ²⁷ Manfred Weißbecker: 50 Jahre danach: Befreiung – wovon, wodurch, wofür? Das Bild des 8. Mai 1945 in den geistig-politischen Auseinandersetzungen um Faschismus und Antifaschismus. In: 50 Jahre danach – Der 8. Mai in den geistig-politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart. Drei Vorträge. Potsdam 1995, S. 12.

Erhard Moritz

2. Berlin 1945. Zur letzten Schlacht für Befreiung und Frieden in Europa

Am 16. April 1945 begann an Oder und Neiße die Berliner Operation der Sowjetarmee, die Entscheidungsschlacht zur Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa. Berlin war nur noch 60 km entfernt.

Amerikanische Verbände hatten am 12. April die Elbe bei Magdeburg erreicht und bei Barby einen starken Brückenkopf gebildet. Es waren noch 120 km bis Berlin.

Die Einengung des Kampfgebietes ermöglichte den Alliierten die Intensivierung des Luftkrieges durch den zusätzlichen Einsatz operativ-taktischer Fliegerkräfte.

Vom Eroberungskrieg zum Kampf um Zeit

Nach über fünf Jahren stand der am 1. September 1939 mit der Lüge von einem polnischen Überfall auf den Sender Gleiwitz entfesselte Krieg, der zu einem Weltkrieg wurde, in Europa vor seinem Ende. Die Pläne der aggressiven Führungskreise des faschistischen Deutschlands, durch einen hemmungslosen Eroberungs- und Vernichtungskrieg die Vorherrschaft in der Welt zu erreichen, waren bereits gescheitert.

Mit diesem Krieg, auch von den Militärs euphorisch begonnen, hatten sie unermessliches Leid über das friedliche Europa gebracht. Die Völker bezahlten dafür mit Millionen Kriegstoten und unermesslichen Kriegsschäden. Sie erlitten eine brutale Besatzungsherrschaft mit drakonischer Unterdrückung, Vertreibung und hemmungsloser Ausbeutung, Völkermord einschließlich Holocaust, mit Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern, Verschleppung zur Zwangsarbeit, Vernichtung politischer Gegner, Partisanen und Intellektueller, Mord an Hunderttausenden sowjetischen Kriegsgefangenen durch Hungertod, durch Mord an italienischen Militärinternierten und viele andere Verbrechen, die die Blutspur des Krieges kennzeichneten.¹ Dagegen hatten sich die Völker und Staaten zu entschlossenem Widerstand formiert. Sie wehrten sich gegen den Aggressor mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Das deutsche Volk, vom faschistischen Regime durch chauvinistische, antikommunistische, militaristische, rassistische (speziell antisemitische),

geopolitische und andere Parolen bewusst irreführt, aber auch und zunehmend durch Terror nach innen gefügig gemacht, lernte das Kriegselend insbesondere durch die rasch wachsende Zahl von Kriegstoten und Verletzten, durch riesige Kriegsschäden und Entbehrungen kennen. In diesem Krieg traf die durch das Wettrüsten und durch den Krieg entfesselte Militärtechnik weitaus mehr als im ersten Weltkrieg auch das Hinterland und die Bevölkerung, vor allem durch den Bombenkrieg. Schließlich gehörten dazu auch die unbeschreiblichen Leiden der Massenflucht vor Kampf- inferno und Übergriffen von Soldaten, zynisch von der Naziführung ausgebeutet für die Aufrechterhaltung des Kampfwillens der Soldaten und der Bevölkerung.²

Obwohl die faschistische Führung spätestens seit 1942 wusste, dass Deutschland durch das schnell wachsende Kriegspotential der Antihitlerkoalition von einem „Hammer zum Amboß“ geworden und die „Festung Europa“ unhaltbar war, setzte sie weiter auf die militärische Karte in der Hoffnung, möglicherweise durch einen Verhandlungsfrieden doch noch einen Kriegsgewinn einzufahren. Nach der Niederlage bei Kursk äußerte Hitler Ende August 1943 gegenüber dem Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Dönitz: „die kommenden Monate werden harte Kriegszeiten“. Dönitz stimmte dem zu, meinte aber, man müsse „mit aller Härte durchhalten und Möglichkeiten für eine Spaltung der Gegner ... suchen“.³ So erwarteten sie, dass die politischen Ziele der Westalliierten und der Sowjetunion Reibungsflächen schaffen könnten - wie beispielsweise auf dem Balkan oder in Polen - und die Gesamtlage beeinflussen würden. Wenn man dazu noch, so der stellvertretende Chef des Wehrmachtführungsstabes, General Winter am 19. Januar 1945, nach der Ardennenoffensive alle verfügbaren militärischen Kräfte gegen die Sowjetarmee werfen würde, wären zumindest Teilerfolge möglich und eine politische Lösung des Konfliktes erreichbar.⁴ Auf diplomatischer Ebene wurde, um in antisowjetisch eingestellten Kreisen der USA und Großbritanniens Gehör zu finden, in geheimen Sondierungen auf die Gefahr verwiesen, dass die Sowjetunion, wenn sie nach Mitteleuropa vorstoßen würde, ein außerordentlich großes politisches und militärisches Gewicht bekäme. Nur Deutschland wäre in der Lage, eine solche Entwicklung aufzuhalten. Diese Bemühungen blieben weitgehend ergebnislos. Sie zeigen jedoch, auf welchem Hintergrund die militärischen Entschlüsse zur Verlängerung des Krieges beruhten. Der Faktor Zeit wurde für die Strategie zu einem tragenden Element.⁵

Eine große Ernüchterung mussten jedoch für die Führungskreise Nazi-deutschlands die Ergebnisse der Krimkonferenz der Großen Drei vom 4.-11. Februar 1945 sein, in der eine Spaltung zwischen ihnen nicht auftrat, dagegen die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation Deutschlands erneut unterstrichen wurde: „Dem deutschen Volk wird seine Niederlage noch teurer zu stehen kommen, wenn es versucht, seinen hoffnungslosen Widerstand fortzusetzen“, hieß es in der Abschlusserklärung der Konferenz.⁶ Die Entschlossenheit, den Sieg in kürzester Zeit zu Ende zu bringen, war unverkennbar.

Vorbereitungen auf die Entscheidungsschlacht

Trotz deutlicher Unterlegenheit an Soldaten und Kampftechnik sowie des Verlustes weiterer kriegswirtschaftlicher Zentren hielt sich in den deutschen Stäben weiterhin eine Hoffnung auf einen Abwehrsieg, durch den die „unnatürlich feindliche Allianz politisch auf das Stärkste belastet“ werden könnte. Dem deutschen Feldheer mit 5,5 Millionen Mann standen 12 Millionen Mann der Antihitlerkoalition, einen deutschen Panzer fast 3, einem deutschen Kampfflugzeug mehr als 4 der Verbündeten gegenüber. Außerdem verfügte die Antihitlerkoalition über größere Reserven und bedeutend mehr Treibstoff und Munition.

Möglicherweise hatten die deutschen Militärs die Erfahrungen aus den Operationen im Winter/Frühjahr 1945 vor Augen, die sich, mit großer Härte nun als Vaterlandsverteidigung geführt, länger hinzogen: so die Ostpreußen-Operation (13. Januar bis 25. April), die Ostpommern-Operation (10. Februar bis 4. April) und auch die wechselvollen Kämpfe um Budapest und am Balaton (von Ende Oktober 1944 bis Anfang April 1945). Sie wussten aber auch, dass sich die Sowjetarmee auf Grund dieser und eigener Erfahrungen (Leningrad, Moskau) zwei Monate lang auf diese Operation vorbereitete und der Aufmarsch der dafür notwendigen Kräfte und Mittel vor allem in der Hauptstoßrichtung erfolgte.

Infolge des unerwartet tiefen Vorstoßes der Sowjetarmee in der Weichsel-Oder-Operation und der Bildung eines Brückenkopfes bei Kienitz am 31. Januar 1945 und der daraus resultierenden unmittelbaren Gefährdung der Reichshauptstadt durch einen Entscheidungsschlag, verlegte die Wehrmachtführung danach der Sowjetarmee an die sowieso stets personell und materiell bevorzugte Hauptfront⁷ zur Stärkung der Oderverteidigung noch über 55 Divisionen und spezielle Heerestruppen, Kriegs-

schulen und rückwärtige militärische Formationen, Flakbatterien und Fliegerkräfte von anderen Fronten. Zusätzlich wurden Arbeitsdienst- und HJ-Divisionen formiert sowie aus der übrigen männlichen Bevölkerung zwischen sechzehn und sechzig Jahren wenig kampfkraftige Volkssturmeinheiten als letztes Aufgebot mobilisiert. Mit Unterstützung der Wehrmacht sollten Werwolf-Gruppen im Hinterland der Sowjetarmee eingesetzt werden.

Zu Beginn der Berliner Operation betrug das Kräfteverhältnis zwischen den sowjetischen und deutschen Verbänden an

Soldaten	2,5 Mill. : 1 Mill.
Geschützen und Granatwerfern	41.600 : 10.400
Panzern	6.200 : 1.500
Flugzeugen	7.500 : 3.300.

Beschleunigt wurde der Ausbau eines tiefgestaffelten Verteidigungssystems von der Oder bis zur Hauptstadt mit geeigneten Städten und Orten als Stützpunkte, als Berlin selbst zum Verteidigungsbereich für einen "fanatischen Straßen- und Häuserkampf" vorbereitet. So genannte Ordnungstruppen, SS-Formationen und Standgerichte hatten durch sofortige Ahndung mit Todesstrafen durch Erschießen oder Erhängen jede Lähmung des Widerstandswillens der Soldaten und Bevölkerung zu brechen, Widersetzlichkeiten von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern mit Waffengewalt zu ersticken. Häftlinge wurden in den Konzentrationslagern ermordet oder auf die berüchtigten Todesmärsche geschickt.

Wer erobert Berlin?

Ob anglo-amerikanische Armeen durch ein Vorgehen über die Elbe Berlin selbst einnehmen würden war zunächst unklar. Bis Mitte April dauerten die Kämpfe zur Vernichtung der Heeresgruppe B im Ruhrkessel an. Die 11. Armee leistete bis zum 23. April im Harz heftigen Widerstand, die neu aufgestellte 12. Armee unter General Wenck und ergänzt durch Arbeitsdienstdivisionen, Kriegsschulen, HJ- und Volkssturmeinheiten zog sich hinhaltend kämpfend an die Elbe-Mulde-Linie zurück. Ob sich der Tod Roosevelts am 12. April 1945 militärisch auswirken würde, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht ersichtlich. Allerdings trug ein Schild am Verbindungssteg zum Brückenkopf Barby den vielsagenden Namen „Harry S. Truman-Bridge - Gateway to Berlin“.

Dieser Brückenkopf wurde gegen alle Angriffe hartnäckig verteidigt und

erweitert. Intensiv wurde auch das nahe gelegene Magdeburg attackiert, das sich erst einem schweren Luftangriff am 16. April zwei Tage später ergab. Verbände der 21. Armeegruppe unter Montgomery erreichten weiter nördlich die Elbe bei Lauenburg am 19 und am 24. April bei Harburg. Die schweren Luftangriffe der Anglo-Amerikaner mit strategischen Bombern wurden nun ergänzt durch taktische Fliegerkräfte in Mitteldeutschland bis zum 20. April fortgesetzt. Sie zerstörten auch noch Potsdam am 14. April sowie eine Reihe mittlerer und kleiner Städte, beeinträchtigten aber auch das für den Truppennachschub wichtige Verkehrswesen und unterstützen damit die anlaufende Berliner Operation der Sowjetarmee.⁸ Tieffliegerangriffe terrorisierten aber auch die Bevölkerung und die Flüchtlinge auf den Landstraßen.

Angesichts der militärischen Lageentwicklung im März/April 1945 stand außer Frage, dass die Einnahme der Hauptstadt Berlin den Schlusspunkt des fast fünfeinhalbjährigen Krieges gegen Nazideutschland bilden würde. Der immer noch andauernde heftige Widerstand und die Mobilisierung der letzten Kräfte und Mittel durch die faschistische Führung ließ einen schweren Kampf erwarten. Die Einnahme der Hauptstadt Nazideutschlands war natürlich von außerordentlicher politischer Symbolik. Sie verschaffte dem Sieger besonderes Ansehen in der Völkergemeinschaft und bedeutendes politisches Gewicht in der Mitte Europas, besonders für die Nachkriegsgestaltung dieses Kontinents. Deshalb stand auch diese Seite des Krieges mit im Hintergrund der militärischen Planungen der drei Großmächte.

Am 1. April 1945 informierte Stalin im Hauptquartier die Oberbefehlshaber der 1. Belorussischen Front Shukow und der 1. Ukrainischen Front Konew über ein Fernschreiben des Oberbefehlshabers der anglo-amerikanischen Streitkräfte in Europa Eisenhower, in dem dieser mitteilte, dass er auch Vorbereitungen für die Einnahme Berlins treffe. Eine starke Gruppierung unter den britischen Oberbefehlshaber Montgomery werde nördlich des Ruhrgebiets auf kürzestem Wege dorthin vordringen.⁹ Darauf hatte auch der britische Premier Churchill gedrängt, damit die Russen in Europa nicht mehr besetzten als unbedingt nötig.

Es ist wahrscheinlich, dass die erwähnte Information Stalins die bereit laufenden sowjetischen Vorbereitungen auf die Berlin-Operation noch beschleunigt hat. Diesen Sieg wollte sich die Sowjetunion nicht nehmen lassen, denn sie hatte entscheidend dazu beigetragen, die Hauptkräfte des

Aggressors zu zerschlagen. Es musste für die sowjetischen und auch polnischen Soldaten eine große Genugtuung sein, am Ende dieses schrecklichen Krieges, unter dem ihre Völker am stärksten gelitten hatten, ihre Fahnen in Berlin zu hissen.

Eisenhower selbst hatte bereits am 20. Januar in seinen operativen Überlegungen Berlin als Endziel ins Auge gefasst, vor allem wenn es „billig“ zu erreichen sei. Am 15. April, also einen Tag vor Beginn der Berliner Operation der Sowjetarmee, nahm er trotz britischen Einspruchs von seinen Berlinplänen Abstand, da seine Verbände an der Elbe noch nicht die für eine solche Operation ausreichende Stärke hätten und die geschätzten Verluste von 100.000 Mann ein zu hoher Preis seien. Nun zielten seine Planungen auf die Besetzung Süddeutschlands, um dort die Schaffung eines weiteren deutschen Widerstandszentrums zu verhindern. Außerdem war ein Vorgehen in Richtung Österreich und die Randgebiete der Tschechoslowakei beabsichtigt, um auch in diesem für Europa politisch wichtigen Raum militärisch präsent zu sein. Sein sicherlich mit Churchill abgestimmtes späteres Anerbieten an Moskau, das Gebiet links der Moldau und Elbe von deutschen Truppen zu säubern, hätte auch Prag berührt und wurde deshalb sowjetischerseits abgewiesen.¹⁰

Der Aufmarsch der Armeen der Antihitlerkoalition an Elbe und Oder beunruhigte die Naziführung zusehends, denn die Entscheidung über das Schicksal Berlins und die Aufspaltung im Zentrum Deutschlands stand unmittelbar bevor. Bereits nach der Weichsel-Oder-Operation war am 12. Februar ein Befehl des Generalstabschefs des Heeres erlassen worden, unter „strengster Geheimhaltung“ mit der Verlegung von Teilen des Oberkommandos des Heeres aus der Führungszentrale im Bunker von Wünsdorf/Zossen nach Thüringen und vor allem nach Bayern durch Bahntransport zu beginnen.¹¹ Bald folgten auch Transporte von anderen Dienststellen und Ministerien, Konzernleitungen und Banken mit ihren Gold-, Devisen und Banknotenreserven, z. T. aber auch nach Norddeutschland. Nun hatte sich aber die Lage weiter verschärft.

Neben dem Verlust dieser politischen Bastion stand damit auch der Ausfall der strategisch-operativen Führungszentrale auf dem Spiel. Die Naziführung dachte aber selbst in einem solchen Falle nicht daran, den Krieg zu beenden, sondern wollte ihn in dem noch großen von ihr beherrschten Machtbereich auch nach der Aufspaltung Deutschlands fortsetzen. Dafür wurden militärische Führungsstellen in Bayern und Schleswig-Holstein

vorbereitet. Am 15. April gab Hitler den Befehl zur Einrichtung solcher Führungsstellen, um die sich gegebenenfalls die Armeen der jeweiligen Heeresgruppen für die Fortsetzung der Verteidigung konzentrieren sollten.¹²

Es gehört wohl zu den seltsamen Zufällen in der Geschichte, dass am 10. April der deutschen Führung eine britische Denkschrift „Eclipse“ in die Hände gefallen war (angeblich erbeutet), die Karten zu den geplanten Besatzungszonen in Deutschland und Österreich sowie die Sektoreneinteilung für Berlin enthielt. Die Kenntnis solcher Karten konnte für die weitere Operationsführung, aber auch für die Einrichtung solcher Befehlsstellen von Nutzen sein.

Generalfeldmarschall Kesselring sollte den Führungsstab im Süden und Großadmiral Dönitz den im Norden übernehmen, allerdings abhängig davon, wohin sich Hitler begab und selbst den Oberbefehl übernahm. Sie sollten dort nach seinen Weisungen den Kampf unter Ausschöpfung des gesamten Kriegspotentials einschließlich der noch besetzten Gebiete Tschechoslowakei, Österreich, Norditalien, Dänemark und Norwegen leiten. Offensichtlich hatte Hitler die Absicht, notfalls nach Süden ausweichen, um von seinem Berghof in Berchtesgaden mit darunter vorbereiteten festungsähnlichen Stollenanlagen aus den Kampf im Alpenraum (auch Alpenfestung genannt) weiterzuführen.¹³

Beginn der Berliner Operation

Am 16. April eröffnete die Sowjetarmee die Berliner Operation mit dem Angriff der 1. Belorussischen Front auf die Seelower Höhen und der 1. Ukrainischen Front über die Neiße bei Muskau – Forst sowie zwei Tage später mit der 2. Belorussischen Front bei Schwedt. Nach einem viertägigen schweren verlustreichen Kampf gelang der Durchbruch bei Seelow in Richtung Berlin, die Aufspaltung der Oderverteidigung der 9. Armee in drei Teile sowie der Ansatz zur Umfassung der Stadt im Norden. Günstiger verliefen die Kampfhandlungen der 1. Ukrainischen Front mit einem Stoß gegen Berlin von Südosten her und zur Unterstützung der südlichen Umfassung der Stadt. Die 2. Belorussische Front durchbrach die deutsche Verteidigung im Norden und stieß in Richtung Mecklenburg vor, so dass sie den Angriff auf Berlin im Norden abdeckte.

Am 20. April begann mit dem Durchbruch sowjetischer Verbände durch die äußere Sperrzone auf der Linie Bernau, Werneuchen, Königswuster-

hausen der Kampf um das Stadtgebiet. Die äußere Verteidigungszone begann mit der Stadtgrenze; das nächste größere Hindernis war der Damm des S-Bahnringes; dahinter lagen die innere Verteidigungszone mit dem Stadtkern und schließlich das Regierungsviertel mit der Reichskanzlei, die „Zitadelle“. Ein weit verzweigtes Stellungssystem mit zahlreichen Flak- und Luftschutzbunkern und Hindernissen sowie Minensperren waren vorbereitet worden und die Besatzung auch durch Heereseinheiten verstärkt worden.¹⁴ Die Stärke der Besatzung betrug etwas 200.000 Mann, dazu im benachbarten Potsdam über 10.000 Mann.

Je weiter die sowjetischen Verbände auf das Stadtgebiet vordrangen, umso heftiger wurde die Gegenwehr im Gewirr des Häusermeeres. Speziell für den Städtekampf zusammengestellte Kampfgruppen mussten den verlustreichen Nahkampf um Straßen, Plätze, einzelne Gebäude, Bahnhöfe und U-Bahn-Schächte, vor allem um die zahlreichen Luftschutz- und Flakbunker, führen, der im Zentrum immer erbitterter wurde. Kapitulationsangebote lehnte die faschistische Führung ab. Die Bevölkerung, die schon jahrelang den Bombenkrieg durchlitten hatte, erlebte nun auch noch das Inferno des Landkrieges mit weiteren Zerstörungen und vielen Toten und Verletzten, die kaum noch versorgt werden konnten, mit Hunger und Durst, da die Wasser-, Strom- und Gasleitungen ausfielen. Für die sowjetischen Führungsstäbe entstand deshalb sofort die ebenso schwierige Aufgabe, das Überleben der Berliner zu sichern. Über zehn Tage und Nächte dauerte dieses Ringen. Auf sowjetischer Seite fielen 30.000 Soldaten, auf deutscher sicher weitaus mehr, da auch viele Berliner und Flüchtlinge unter den Häusertrümmern starben.

Das zweite operative Ziel des sowjetischen Oberkommandos war, Berlin durch einen Ring einzuschließen, um Entsatzangriffe von außen abzuwehren. Dieser Ring wurde am 25. April von Truppen der 1. Belorussischen Front und der 1. Ukrainischen Front bei Ketzin geschlossen. Nun begann die Abwehr deutscher Gegenangriffe.

Das dritte Ziel war der Durchbruch in Richtung Treuenbrieten-Wittenberg zur Elbe, um Entsatzangriffe von Süden abzufangen. Diese Aufgabe hatten Verbände der 1. Ukrainischen Front zu erfüllen. Im Norden führte die 2. Belorussische Front die Offensive in Richtungen Elbe.

Als sich am 20. April Verbände der 1. Ukrainischen Front von Südosten her Baruth näherten, mussten die zentralen militärischen Führungsstäbe des Oberkommandos der Wehrmacht und des Heeres aus ihrem Führungs-

bunker in Wünsdorf/Zossen die Flucht ergreifen und in die Luftschutzschule nach Wannsee bzw. nach Krampnitz bei Potsdam verlegen. Damit war die wichtigste feste Führungszentrale des Oberkommandos der Wehrmacht und des Oberkommandos des Heeres (OKH) ausgeschaltet. Noch bestand Verbindung zu Hitler im Bunker der Reichskanzlei. Da die Landverbindung nach Süddeutschland immer schmaler wurde, erhielten die Teile des OKW, die die Führungsstelle B in Bayern besetzen sollten, den Befehl, schleunigst durch den engen Schlauch zwischen den sich nähernden Fronten nach Süden abzurücken. Dies gelang nur noch an Treuenbrietzen vorbei über die Autobahn nach Wittenberg, Meißen und nach Berchtesgaden. Auch andere Dienststellen und Nazifunktionäre nahmen in langen Fahrzeugkolonnen diesen Weg, manche sogar noch bis 24. April durch Niemandsland. Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe Göring floh über Werder und Belzig nach Bayern. Damit war ein äußerst wichtiges strategisches Ziel der Armeen der Antihitlerkoalition erreicht worden: Deutschland und der gesamte noch große besetzte Machtbereich Nazideutschlands war aufgespaltet und damit die deutsche Verteidigung geschwächt und die Rüstungswirtschaft empfindlich getroffen. Der Endkampf erreichte eine neue Phase, auch wenn Berlin noch nicht ausgeschaltet war.

Für die 12. Armee unter General Wenck, die immer noch den Abwehrkampf an der Elbe gegen die Amerikaner führte, entstand die Gefahr, von sowjetischen Verbänden an ihrem linken Flügel im Raum Wittenberg angegriffen zu werden. Auf ihre Anfrage an das OKW, gegen welchen Gegner sie kämpfen sollte, erhielt sie den Befehl, vorerst zum Schutz gegen Ostens eine starke Reserve bei Jüterbog zu bilden.

Am 25. April begegneten sich sowjetische und US-amerikanische Truppen bei Torgau und Pretzsch.

Entsatzangriffe

Am 22. April kam es zu einem für die deutsche Kriegführung einzigartigen Entschluss. Der Oberbefehlshaber der 12. Armee Wenck meldete dem OKW seinen Eindruck, dass die Amerikaner an der Elbefront im Raum Havelberg nur noch einen „Demarkationslinienaufmarsch“ durchführten und stehen blieben. Der Chef des Wehrmachtsstabes Jodl machte Hitler daraufhin den Vorschlag, „die gesamte Front gegen die Angelsachsen umzudrehen“, d.h., die an der Elbe eingesetzten Kräfte dieser Armee unter Führung des OKW in den Kampf um Berlin zu werfen, ganz gleich, wie

die Amerikaner reagieren würden. Nur schwache Sicherungskräfte sollten an der Elbe zurückbleiben, die Divisionen in den Raum Belzig/Treuenbrietzen in Marsch gesetzt werden.¹⁵ Diesem Vorschlag, der mindestens ein Erkundungstest über die weiteren Absichten der Amerikaner hinsichtlich Berlins oder sogar direkt eine Einladung zum Weitermarsch war, stimmte Hitler zu. Die Auslandspresse berichtete über diese Sensation an der Elbe

Möglicherweise spielte die Aussicht, auch von dieser Seite her die Schlacht um Berlin mit weiteren Verbänden zu unterstützen, eine Rolle für den am selben Tage gefassten Entschluss Hitlers, in der Hauptstadt zu bleiben. Allerdings war zu diesem Zeitpunkt, als die sowjetischen Armeen auch in Richtung Mecklenburg, die amerikanischen bereits über Nürnberg nach Bayern und die britischen in Nordwestdeutschland zur Elbe vorstießen, abzusehen, dass nach der Aufgabe der Hauptstadt von keiner Stelle aus der Krieg erfolgreich fortgesetzt werden konnte. Für Berlin gab es immer noch die in der Reichskanzlei beschworene Aussicht auf ein Gelingen der Entsatzoperation oder des Verteidigungskampfes, was eventuell politisch zu nutzen war. Schließlich glaubte die Naziführung auch, dass die Anwesenheit Hitlers die Verteidiger und die Entsatztruppen zum höchsten Einsatz anspornen würde. Hitler habe den Befehl über alle zur Verteidigung Berlins angetretenen Kräfte übernommen, ließ Goebbels als Reichsverteidigungskommissar verlautbaren: „Diese Tatsache gibt dem Ringen um Berlin das Gepräge eines Kampfes von europäischer Bedeutung. Alle Verteidiger der Reichshauptstadt sind jetzt nur noch vom Willen beseelt, den bolschewistischen Todfeind, wo immer er auftaucht, vernichtend zu schlagen.“¹⁶

Hitler gab dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) Keitel und Jodl den Befehl, nach Berchtesgaden zu fliegen, um von dort aus die Gesamtoperationen zu leiten. Beide hielten es aber für zweckmäßiger, diese Aufgabe aus Gefechtsständen in der Nähe Berlin zu lösen. Keitel begab sich, um die Entsatzoperationen zu koordinieren und zu beschleunigen, noch nachts zum Gefechtsstand der Wenck-Armee in Reetzerhütten bei Wiesenburg, um den Angriff zu besprechen. Wenck sollte den südöstlich der Hauptstadt kämpfenden Verbänden der 9. Armee entgegenstoßen und nach der Vereinigung der beiden Armeen mit ihr gemeinsam nach Berlin durchbrechen.¹⁷ Ebenso sollten das Korps Steiner bei Oranienburg und das Korps Holste bei Nauen, deren Stäbe Keitel und Jodl ebenfalls persönlich aufsuchten, den Entsatzangriff vom Norden her führen.

Es entbrannten heftige Kämpfe mit den sowjetischen Armeen, die den Einschließungsring um Berlin am 25. April bei Ketzin geschlossen hatten und den deutschen Soldaten bei Durchbrüchen immer wieder Sperrriegel entgegensetzten. Noch drängender wurden die Befehle Keitels, insbesondere an die 12. und die 9. Armee, sich zu vereinigen. Doch die 9. Armee, die, aufgesplittert in wandernde Kessel, große Verluste erlitt und schließlich am 26. April in Halbe ihren Todesstoß erhielt, war nicht mehr in der Lage, geschlossen durchzubrechen. Nur etwa 20.000 Soldaten erreichten in kleineren Gruppen entkräftet die 12. Armee bei Beelitz. Der Vorstoß der 4. Panzerarmee aus dem Raum Löbau/Görlitz am 20. April nach Norden in den Rücken der 1. Ukrainischen Front konnte zwar Anfangserfolge erringen, scheiterte aber ebenfalls nach wenigen Tagen.

Auch von Dönitz verlangte Hitler, den Kampf um Berlin als „deutsche Schicksalsschlacht“ durch Heranführung von Truppen aus seinem nördlichen Befehlsbereich, darunter Marineverbände, über den Land-, Luft- und Seeweg zu unterstützen. Doch angesichts des Tempos der Operationen der 2. Belorussischen Front in Mecklenburg erreichten nur wenige Truppen Berlin. Von Süden her war ebenfalls keine Unterstützung mehr zu erwarten, da die Begegnung sowjetischer und amerikanischer Einheiten am 25. April bei Torgau Rochadebewegungen deutscher Truppen verhinderten.

Am 28. April, als in Berlin der innere Verteidigungsring durchbrochen wurde, sank im Führerbunker in der Reichskanzlei die Hoffnung auf einen Erfolg der Angriffe von außen. Der Generalstabschef des Heeres Krebs, der sich bei Hitler befand, glaubte nur noch 48 Stunden durchhalten zu können. Deshalb sollte auf Befehl Hitlers die Wenck-Armee und die 9. Armee noch einmal zu größten Anstrengungen getrieben werden. Am 29. April, um 23 Uhr nachts, ließ Hitler durch Funkspruch erneut nachfragen, wo die Einsatzarmeen stünden.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich auch bei Prenzlau für die 3. SS-Panzerarmee eine Krise angebahnt. Ihre Abwehrfront war am 28. April von der 2. Belorussischen Front durchbrochen worden, so dass hier die Truppen auf Lychen-Neubrandenburg-Anklam zurückwichen. Damit wurden nördliche Einsatzangriffe auf Berlin illusorisch. Als auch noch General Wenck am 29. April, 23.30 Uhr, meldete, die 12. Armee sei auf der ganzen Front in die Abwehr gedrängt und deshalb ein Angriff auf Berlin nicht mehr möglich, entschied Keitel sofort: Wenn die 12. Armee „trotz der hohen moralischen und geschichtlichen Verantwortung, die wir alle dafür tragen“, die

Fortsetzung des Angriffs auf Berlin für undurchführbar halte, müsse sie den Durchbruch über die untere Havel zur Abwehr der sowjetischen Offensive in Magdeburg vorbereiten; Hitler solle darüber entscheiden.¹⁸

Die Antwort Keitels auf Hitlers nächtlichen Funkspruch, durchgegeben am 30. April um 1 Uhr, lautete:

„1. Spitze Wenck liegt südlich Schwielow-See fest. Starke Sowjetangriffe in gesamter Ostflanke.

2. 12. Armee kann daher Angriff auf Berlin nicht fortsetzen.

3. 9. Armee mit Masse eingeschlossen. Gepanzerte Gruppe nach Westen durchgebrochen. Verbleib nicht gemeldet.

4. Korps Holste von Brandenburg über Rathenow nach Kremmen in die Abwehr gedrängt.

Angriff auf Berlin an keiner Stelle mehr fortgeschritten, nachdem auch gesamte Heeresgruppe Weichsel von nördlich Oranienburg über Brandenburg bis Anklam in schwerem Abwehrkampf.

Ich habe durch Frontbesuche Tag und Nacht mit meinen Offizieren das Äußerste aufgeboten, Bedeutung der Aufgabe klargemacht und letzte Hingabe durchgesetzt, die auch an allen Stellen gezeigt wurde.“¹⁹

Mit diesem Funkspruch gestand Keitel den Misserfolg der von ihm geleiteten Einsatzangriffe ein. Damit war Hitlers Untergang entschieden. Angesichts der militärischen Lage sah Hitler für sich in der Reichskanzlei keinen Ausweg mehr aus dieser Lage und beging am 30. April 1945, 15.30 Uhr, Selbstmord, nachdem er Dönitz, einen seiner treuesten Anhänger, testamentarisch zum Nachfolger bestimmt hatte. Am Vortage hatte er erfahren, dass sein engster Verbündeter, der Faschistenführer Mussolini, von italienischen Partisanen erschossen worden war. Ein bedenkenswerter historischer Zufall.

In diesen Tagen, als ein Durchbruch nach Berlin immer unwahrscheinlicher wurde und Hitler als Staatsoberhaupt und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht zusehends an Handlungsfähigkeit verlor, brach in der Nazi-führung der Zusammenhalt zusammen. Göring hatte bereits nach seiner Ankunft in Berchtesgaden am 23. April angefragt, ob er, wie vorgesehen, als Hitlers Nachfolger die Gesamtführung des Reiches übernehmen solle. Hitler ließ ihn verhaften und aus der Partei ausstoßen. Einer seiner treuesten Anhänger und Hauptverantwortlicher für den Holocaust, Reichsführer SS Himmler, der am selben Tag in Lübeck über den schwedischen Konsul den Westalliierten Waffenstillstandsverhandlungen anbot, wurde, als die

internationale Presse darüber berichtete, aller Ämter enthoben. Wenige Tage später, am 26. April, nahm der Kommandierende General des XX. Armeekorps Koehler Verbindung mit dem Kommandeur der 83. US-Infanteriedivision auf, um ihn zu bitten, 6.000 Schwerverwundete und auch 1.500 Frauen mit Kindern in seinen Bereich westlich der Elbe bringen zu dürfen. Dahinter standen zweifellos mehr als humanitäre Absichten.²⁰ Der stellvertretende Chef des Wehrmachtführungsstabes Winter fragte aus der Leitstelle B in Bayern am 29. April bei Jodl an, wer Hitlers Nachfolger im Falle seines Todes werden würde.

Hitler selbst nannte als Grund seines Selbstmordes in seinem privaten Testament, dass er und seine wenige Stunden vorher geheiratete Frau, um der Schande des Absetzens oder Kapitulation zu entgehen, aus dem Leben scheiden müssten, also vor allem den militärischen Grund. In seinem politischen Testament verlangte er von seinen Nachfolgern entsprechend dem verbrecherischen Credo seiner Politik die „peinliche Einhaltung der Rassen-gesetze“ und den „unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum“.²¹

Durchhaltegenerale

In engem zeitlichen Zusammenhang mit dem Selbstmord Hitlers am 30. April, 15.30 Uhr, stehen mehrere Befehle Keitels für die weitere Operationsführung. Keitel war offensichtlich als Chef des OKW über die Entwicklung im Bunker der Reichskanzlei auf dem Laufenden. Ein Tag vorher überbrachte der Luftwaffenadjutant v. Below einen Abschiedsbrief Hitlers, in dem er Keitel noch einmal aufforderte, weiter am Ziel festzuhalten, dem deutschen Volk Raum im Osten zu gewinnen. Wesentlicher aber war, dass Keitel im Zusammenhang mit der Benachrichtigung Hitlers über das Scheitern des Einsatzversuches über fünf Ordonnanzoffiziere den Befehlshabern in Mecklenburg befahl, die Front an der Mecklenburgischen Seenplatte zum Stehen zu bringen. Dadurch sollte der Abzug der Wenck-Armee nach Norden zur Stützung der Front ermöglicht werden. Eine halbe Stunden nach dem Selbstmord Hitlers beauftragte er den Führungsstab B in Bayern, einen großen Ring aller Heeresgruppen dieses Befehlsbereichs mit Schwerpunktfront nach Osten zu bilden, „um möglichst viel Raum vor dem Bolschewismus zu retten ... Kampf um politischen Zeitgewinn muss fortgesetzt, jeder Versuch einer politischen oder militärischen Auflösung mit rücksichtsloser Gewalt niedergeschlagen werden. Nur dadurch können wir dem Volke Hilfe und

Rettung vor der Anarchie bringen.“²²

Aus diesen Befehlen geht hervor, dass die Chance, nach Hitlers Tod eine sofortige Beendigung der Kampfhandlungen zu erreichen, von den Durchhaltegeneralen nicht genutzt wurde. Obwohl auch im OKW bekannt wurde, dass vielerorts in ganz Deutschland der Widerstand gegen den Krieg und gegen weitere Zerstörung von antifaschistischen politischen und kirchlichen Kreisen, auch mit Unterstützung von Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen, zunahm und weiße Fahnen trotz Terrors von Seiten der SS, Hitlerjugend, Werwolf und Nazifanatikern angebracht wurden, sollte der Kampf unbedingt fortgesetzt werden. Selbst im von sowjetischen Verbänden eingeschlossenen Breslau wehrten sich Einwohner, insbesondere Frauen, gegen die Fortsetzung des Kampfes.²³ Auch Wehrmachtseinheiten begannen sich aufzulösen, einzelne Soldaten desertierten. In München verweigerte eine Dolmetscherkompanie den Gehorsam und rief über einen Sender zum Aufstand auf.²⁴

Der Angriff der 2. Belorussischen Front war auch an der Mecklenburgischen Seenplatte nicht aufzuhalten. Keitel und Jodl mussten sich mit dem Führungsstab fluchtartig über Dobbin in Richtung Schleswig-Holstein nach Neustadt-Plön-Mürwitz zurückziehen, um dort mit Dönitz, der als Nachfolger Hitlers eine geschäftsführende Regierung etabliert hatte, zusammenzuarbeiten. Auch Dönitz erklärte in einem Tagesbefehl an die Wehrmacht am 1. Mai, dass Hitler gefallen und einen Heldentod gefunden habe. Er selbst wolle den „Kampf gegen die Bolschewisten so lange fortsetzen, bis die kämpfende Truppe und bis Hunderttausende von Familien des deutschen Ost- raumes vor der Versklavung oder Vernichtung gerettet sind.“²⁵ Diese „Rettungs“parole, von der Naziführung zur Erhaltung der Kampfmoral der Soldaten ständig missbraucht, war zu diesen Zeitpunkt schon völlig absurdum geführt, da die Mehrheit der Ostdeutschen bereits von der Front überrollt worden war und sowohl die amerikanischen als auch die britischen Armeen es ablehnten, Flüchtlinge auf das von ihnen besetzte Gebiet durchzulassen, so z.B. auch bei der Wenck-Armee an der Elbe. Ihr war der Durchbruch nach Mecklenburg nicht mehr gelungen, so dass sie sich im Raum Tangermünde in die amerikanische Gefangenschaft begab. Ein Sonderfall in dieser Armee war die gut ausgerüstete Division z.b.V. des Obersten Gaudeker, die ihren Verteidigungsabschnitt heimlich verließ und von den Amerikanern aufgenommen wurde. Es waren Spezialisten für V-Waffen, die als Geheimnisträger nicht in sowjetische Hände fallen sollten.

Teilkapitulationen anstelle der bedingungslosen Gesamtkapitulation

Als sich die 2. Belorussische Front und die britische 2. Armee auf der Linie Wismar-Wittenberge trafen, waren die Tage der Dönitzregierung gezählt. Sie versuchte immer noch durch Separatkapitulationen im Westen die gleichzeitige Gesamtkapitulation aller Heeresgruppen zu unterlaufen, um den amerikanischen Armeen die Möglichkeit zu geben, große Teile Süddeutschlands und Österreichs zu besetzen,²⁶ und möglichst zahlreiche Verbände an die anglo-amerikanischen Linien heranzuführen und ihnen dort den Übergang in die Kriegsgefangenschaft zu ermöglichen. Das gelang am 2. Mai in Italien, für Nordwestdeutschland, den Niederlanden und Dänemark am 5. Mai.

Die Kapitulation der Heeresgruppen auf dem Balkan, in Österreich und in der Tschechoslowakei mit über 2 Millionen Mann, so hoffte Jodl, sollte dagegen hinausgezögert werden. Doch General Eisenhower forderte ultimativ eine Gesamtkapitulation, den Vertrag am 7. Mai im Beisein sowjetischer Vertreter in seinem Hauptquartier in Reims abzuschließen und die Kampfhandlungen am 8. Mai einzustellen. Jodl musste zustimmen, war aber sichtlich froh, dass dies an diesem Ort erfolgte. Die sowjetische Regierung war aber nicht bereit, dieses Datum zu akzeptieren, da die Sowjetarmee noch mit deutschen Truppen im Kampf stand und außerdem der Ort nicht die Tatsache berücksichtigte, dass der Krieg von Deutschland ausgegangen war und in Berlin die Entscheidungsschlacht für die Beendigung des Krieges stattfand, die mit der Kapitulation der Berliner Garnison am 2. Mai beendet worden war. Sie schlug deshalb Berlin für den endgültigen Abschluss der Gesamtkapitulation vor.

Damit war der 8. Mai und der Ort Berlin als Kompromiss angenommen und anstelle Jodls musste der Ranghöhere, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Keitel, die Kapitulationsurkunde in Berlin-Karlshorst unterschreiben. Das Oberkommando der Alliierten Expeditionstreitkräfte vertrat der Stellvertreter Eisenhowers Arthur W. Tedder, das Oberkommando der Roten Armee G.K. Shukow, die USA-Streitkräfte Carl A. Spaatz, die Streitkräfte Frankreichs der Oberkommandierende der französischen 1. Armee J. de Lattre de Tassigny. Der Abschluss der Urkunde in Reims wurde in Absprache der Alliierten als vorläufig bezeichnet. In der Sowjetunion wurde der 9. Mai als Tag des Sieges gefeiert.

Damit war der zweite Weltkrieg in Europa eigentlich beendet. Doch ging der Kampf, wie die Sowjetregierung befürchtet hatte, weiter.

Der am 5. Mai in Prag ausgebrochene Volksaufstand behinderte die Absicht der Heeresgruppe Mitte, in Richtung der an der Westgrenze der Tschechoslowakei stehenden amerikanischen Truppen durchzubrechen, um sich diesen zu ergeben. In Prag entbrannten hartnäckige Kämpfe, die erst nach dem Eintreffen von Verbänden der 1. Ukrainischen Front am 10./11. Mai beendet wurden. Auch danach versuchten kleinere deutsche Einheiten nach Westen durchzubrechen. In Jugoslawien dauerten die Kämpfe noch bis Mitte Mai an. Die deutschen Truppen kapitulierten vor den jugoslawischen Armeen.

In Schleswig-Holstein wurden die Dönitzregierung und die Reste des OKW, auf Druck der sowjetischen Regierung, am 23. Mai auf Befehl Eisenhowers aufgelöst und in die Haft geführt. Keitel war bereits am 13. Mai verhaftet worden.

Befreiung?

Der Sieg der Antihitlerkoalition über die Wehrmacht und das faschistische Deutschland insgesamt, dokumentiert im Text der Kapitulationsurkunden, brachte allen Menschen in Europa den Frieden. Dieses Ergebnis akzeptierten auch die Deutschen mit großer Erleichterung. Darin mischten sich Trauer und Zorn auch deshalb, weil selbst noch im letzten Jahr und vor allem in Berlin der Krieg ohne Rücksicht auf die Bevölkerung und die Soldaten skrupellos fortgesetzt worden war. Er hatte weiter zu unsinnigen Opfern, zu Leiden und Zerstörung geführt.

Dieser Sieg zerstörte auch das Naziregime, das alle diese Verbrechen, die eingangs charakterisiert wurden, in Europa, aber auch in Deutschland initiiert hatte. Darüber empfanden alle Völker, die unter diesem Regime gelitten hatten große Freude. Bei denen, die dieser Politik, oft auch unter Zwang oder Druck, geduldet hatten oder selbst beteiligt gewesen waren, vollzog sich die Erkenntnis der Befreiung allmählich, oft erst unter dem Eindruck der Anklagedokumente auf dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, später durch politische Auseinandersetzungen über die Vergangenheit und ihre Ursachen, vor allem aber durch die Neugestaltung des friedlichen Zusammenlebens mit den Nachbarvölkern, ein Prozess, der lange Zeit in Anspruch nahm.

Die von ehemaligen Wehrmachtsgeneralen in der Nachkriegszeit veröffentlichten Analysen über die „verlorenen Siege“ mit dem Hinweis auf die Alleinschuld Hitlers oder mit der Verklärung der Wehrmacht als eine mo-

ralisch gänzlich saubere Armee, ohne ihre Rolle als Instrument für einen imperialistischen Eroberungs- und Vernichtungskrieg einzubeziehen, verdunkeln die historische Wahrheit.²⁷

Am 60. Jahrestag der Befreiung dienen deshalb die Erinnerung an diese Jahre wie der Besuch von Friedhöfen und Gedenkstätten nicht einer Heldenverehrung, sondern sollen mahnen, solche unmenschlichen Geschehnisse schon im Ansatz zu verhindern.

LITERATURVERZEICHNIS KAPITEL 2

- ¹ Dazu: Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938-1945, achtbändige Dokumentation, hrsg. unter Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler, Berlin 1988-1996.
- ² Dazu neuerdings: Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939 bis 1945. 1. Halbbd.: Politisierung, Vernichtung, Überleben, hrsg. von Jörg Echternkamp, In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9, 1. Halbbd., München 2004.
- ³ Lagevorträge des Oberbefehlshaber der Kriegsmarine 1939-1945, hrsg. von Gerhard Wagner, München 1972, S. 537.
- ⁴ Der zweite Weltkrieg. Dokumente, ausgew. u. eingel. von Gerhard Förster u. Olaf Groehler, 3. überarb. u. erw. Aufl., Berlin 1989, S. 361f.
- ⁵ Siehe dazu: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd. 6: Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes (Juni 1944 bis zum 8. Mai 1945), Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Olaf Groehler, Berlin 1985, S. 456ff. (im Folgenden: DZWK).
- ⁶ Teheran, Jalta, Potsdam. Dokumentensammlung, Moskau 1979, S. 200.
- ⁷ Anfang Januar 1945 waren im Osten und auf dem Balkan 180 Divisionen, im Westen und in Italien 93, in Dänemark/Norwegen 16 und in Deutschland 10 eingesetzt (1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage der faschistischen Wehrmacht. Dokumente, ausgew. u. eingel. von Gerhard Förster u. Richard Lakowski, Berlin 1975, S. 35f.).
- ⁸ Siehe dazu: Olaf Groehler, Der Luftkrieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten, in: Brandenburg im Jahre 1945. Studien, hrsg. von Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt, Potsdam 1995, S. 19ff.
- ⁹ Marschall der Sowjetunion Iwan Stepanowitsch Konew, Das Jahr fünfundvierzig, Berlin 1969, S. 93f.
- ¹⁰ Geschichte des zweiten Weltkrieges 1939-1945 in zwölf Bänden, Bd.10: Die endgültige Zerschlagung des faschistischen Deutschland, Berlin 1982, S. 313ff.
- ¹¹ Zossen/Wünsdorf. Aus der Geschichte eines Militärstandortes, Wünsdorf 1994, gez. S. 11.
- ¹² 1945. Das Jahr der endgültigen Niederlage, a.a.O., S. 284f. Zur Konzentration der Heeresgruppen im Südraum: Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), zweiter Halbbd., Bd. 4 (Sonderausgabe), Bonn o.J., S. 1447 (im Folgenden: OKW KTB).
- ¹³ Zum Problem „Alpenfestung“ siehe Manfred Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich 1945, 2. neubearb. u. erw. Auflage, Wien 1984.
- ¹⁴ Dieter Dreetz/Hans Höhn, Die Zerstörung Berlins war von der Wehrmachtführung einkalkuliert, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1965/2, S. 174ff.
- ¹⁵ OKW KTB, a.a.O., S. 1453.
- ¹⁶ OKW KTB, a.a.O., S. 1262.
- ¹⁷ DZWK, S. 711ff.
- ¹⁸ Günther W. Gellermann, Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung. Aufstellung, Einsatz und Ende der 12. deutschen Armee im Frühjahr 1945, Koblenz 1984, S. 176.
- ¹⁹ Ebenda, S. 182f.
- ²⁰ Ebenda, S. 169f.
- ²¹ Zit. nach Walter Lüdde-Neurath, Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches, 3. wesentlich erw. Aufl., Göttingen-Berlin-Frankfurt-Zürich 1964, S. 124ff.
- ²² OKW KTB, S. 1467, und Günther W. Gellermann, a.a.O., S. 180f.

²³ Siehe dazu insgesamt DZWK, a.a.O., S. 659ff.

²⁴ Siehe Joachim Brückner, Kriegsende in Bayern. Der Wehrkreis VII und die Kämpfe zwischen Donau und Alpen, Freiburg i.Br. 1987, S. 47ff., u. OKW KTB, S. 1465.

²⁵ Walter Lüdde-Neurath, a.a.O., S. 133.

²⁶ OKW KTB, S. 1479ff.

²⁷ Siehe dazu: Kurt Pätzold, Ihr waret die besten Soldaten. Ursprung und Geschichte einer Legende, Leipzig 2000.

3. Die Vereinbarungen der Siegermächte des II. Weltkrieges zur Nachkriegsentwicklung Deutschlands

3.1 *Der Hintergrund der alliierten Vereinbarungen*

Zum Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 war die politische und militärische Organisation des 1871 gegründeten deutschen Reiches praktisch nicht mehr vorhanden. Die deutschen Faschisten hatte sie mit dem von ihnen inszenierten Weltkrieg, der dem deutschen Monopolkapital vor allem die Vorherrschaft in Europa und damit dessen ökonomischen Ressourcen sichern sollte, zugrunde gerichtet. In den meisten europäischen Ländern waren darüber hinaus Millionen Menschen in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Zahl der Toten konnte oft nur annähernd ermittelt werden. Insgesamt ging man von 60 Millionen in der Welt aus. In der damaligen Sowjetunion waren es über 27 Millionen, in Polen mehr als 6 Millionen, im ehemaligen Jugoslawien 1,7 Millionen. Die USA(405.000), Großbritannien (375.000) und Frankreich (800.000) hatten insgesamt etwa 1,6 Millionen Tote zu beklagen.

Deutschland, auf das der von ihm begonnene Krieg mit unverminderter Wucht zurückschlug, verlor 6,5 Millionen Menschen. Den mit Hitlerdeutschland verbündeten Ländern kostete der Krieg 1.5 Millionen Tote. Ungefähr 11 Millionen Menschen wurden in den faschistischen Konzentrationslagern, Vernichtungslagern und Zuchthäusern ermordet. Darunter Millionen Juden, Sinti und Roma, hunderttausende Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter sowie andere christliche, adlige und bürgerliche Antifaschisten.

Diese Fakten charakterisieren nur grob die barbarische Kriegsführung und Herrschaftsform der deutschen Faschisten. Sie waren der Hintergrund der Überlegungen und Vereinbarungen der Antihitlerkoalition seit 1941, hinsichtlich des Schicksals Deutschlands nach einem Sieg über dessen faschistische Machthaber. Europa und letztlich auch das deutsche Volk von ihnen nicht nur militärisch, sondern auch politisch, ökonomisch und geistig zu befreien, war der rote Faden der offiziellen Vereinbarungen der Alliierten von der Atlantikcharta 1941 bis zum Potsdamer Abkommen 1945. Die materiellen Kriegsschäden waren unermesslich und ließen sich kaum

schätzen. Die Regierung der UdSSR ermittelte bereits 1943 (Konferenz in Teheran) detailliert einen direkten Schaden von 128 Md Dollar. 18 europäische Staaten sowie die USA und Kanada konstatierten 1945 im Rahmen der Pariser Reparationskommission für sich Kriegsschäden in Höhe von 53,4 Md Dollar. Polen hatte 38% seines Nationalvermögens eingebüßt.¹

Demgegenüber waren die 1945 an Deutschland erhobenen Reparationsforderungen maßvoll. Auf der Potsdamer Konferenz hatte z. B. die UdSSR Reparationen in der Höhe von 10 Md Dollar gefordert, aber bis 1953 die zu 98% aus der ehemaligen DDR entnommenen um 40% - 60% überzogen.

In Potsdam war im Abschnitt IV der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz 1945 festgelegt: „In Übereinstimmung mit der Entscheidung der Krim-Konferenz, wonach Deutschland gezwungen werden soll, in größtmöglichem Ausmaß für die Verluste und Leiden, die es den Vereinten Nationen verursacht hat, und wofür das deutsche Volk der Verantwortung nicht entgehen kann, Ausgleich zu schaffen, wurde folgende Übereinkunft über **Reparationen** erreicht“:²

1. Die Reparationsansprüche der UdSSR sollten aus der von ihr besetzten Zone in Deutschland und durch angemessene Auslandsguthaben befriedigt werden.

2. In Ergänzung dazu sollte die UdSSR zusätzlich aus den westlichen Zonen 15% der für die deutsche Friedensindustrie unnötige, aber verwendungsfähige und vollständige industriellen Ausrüstung, vor allem der metallurgischen, chemischen und Maschinen erzeugenden Industrien erhalten. Dies sollte im Austausch für einen entsprechenden Wert an Nahrungsmitteln, Kohle, Kali, Zink, Holz, Tonprodukten, Petroleumprodukten und anderen Waren nach Vereinbarung erfolgen. Ferner sollten 10% der industriellen Ausrüstung, die für die deutsche Friedenswirtschaft unnötig war, auf das Reparationskonto der Sowjetregierung ohne Gegenleistung übertragen werden.

3. Die Reparationsansprüche Polens sollten aus dem Anteil der UdSSR an den Reparationen befriedigt werden (15%)

4. Die Reparationsansprüche der USA, Großbritanniens und der anderen berechtigten Länder sollten aus den westlichen Zonen und den entsprechenden deutschen Auslandsguthaben befriedigt werden.³

Die Bestimmung des Umfangs und der Art der für die deutsche Friedens-

industrie unnötige industriellen Ausrüstung, die der Reparation unterlag, sollte der alliierte Kontrollrat auf der Grundlage der Richtlinien der in Jalta gebildeten alliierten Kontrollkommission für Reparationsfragen vornehmen. Allerdings hatte der jeweilige Kommandierende der Zone das letzte und entscheidende Wort. Dieses komplizierte Verfahren bot die Möglichkeit, die Reparationslieferungen an die UdSSR aus den Westzonen, die innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein sollte, zu verzögern und schließlich ganz einzustellen. Sie dienten letzten Endes den Westmächten zur Begründung ihrer Abkehr von Potsdam. (Stopp der Reparationsleistungen aus den Westzonen an die UdSSR am 28.5. 1946 durch General Clay, erste offene verbale Angriffe auf die Sowjetunion in der Stuttgarter Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes am 6.9. 1946 vor den Ministerpräsidenten der Länder in der britischen und amerikanischen Zone.)

3.2 Von der Atlantik-Charta bis zum Potsdamer Abkommen

Die Reparationsfrage spielte in den Überlegungen der Alliierten über die materiellen Sanktionen gegen Deutschland und seine Verbündeten von Anfang an eine zentrale Rolle.

Das Bestreben der Verbündeten, nach dem Sieg, eine friedliche europäische Nachkriegs-Entwicklung auf den Weg zu bringen, ging allerdings weit darüber hinaus.

Am 14.8. 1941 wurde an Bord des britischen Schlachtschiffs „Prince of Wales“ in nordöstlichen Atlantik eine britisch-amerikanische Erklärung zur künftigen friedlichen Gestaltung der Beziehungen zwischen den Völkern unterzeichnet, die **Atlantik-Charta**.

Sie wurde am 24.9.1941 auf der ersten interalliierten Konferenz der Sowjetunion mit Großbritannien und den Exilregierungen der vom Faschismus besetzten Ländern in London zustimmend zu Kenntnis genommen. Anwesend waren neben Großbritannien und der UdSSR, die Regierungen Belgiens, der Tschechoslowakei, Griechenlands, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Polens, Jugoslawiens und Vertreter General de Gaulles, der als Führer der „Freien Franzosen“ bezeichnet wurde.

Bis Ende des zweiten Weltkrieges hatten sich 43 Staaten der Atlantik-Charta angeschlossen.

In ihren Grundsätzen hieß es u. a.:

„Nach der endgültigen Vernichtung der nationalsozialistischen Tyrannei

hoffen sie, einen Frieden aufgerichtet zu sehen, der allen Nationen die Möglichkeit geben wird, in Sicherheit innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu leben und der Gewähr dafür bieten wird, dass alle Menschen in allen Ländern ihr Leben frei von Furcht und Not leben können.

Ihre Länder achten das Recht aller Völker, sich diejenige Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und sie wünschen, dass Souveränitätsrechte und Selbstverwaltung denen zurückgegeben werden, denen sie gewaltsam entrissen worden sind“⁴

Der Vertreter der UdSSR auf der Londoner Konferenz, J. M. Maiskij, betonte in seiner Zustimmung zur Atlantikcharta, dass nur durch einen vollständigen Sieg über Deutschland und seine Verbündeten die Fundamente für eine internationale Zusammenarbeit und Freundschaft entsprechend der Ideale der freiheitsliebenden Völker gelegt werden könne. Die Sowjetunion, sagte er, verteidige das Recht einer jeden Nation auf Unabhängigkeit und ihre territoriale Integrität sowie auf Selbstbestimmung ihrer Gesellschafts- und Regierungsform. Sie verurteile jegliche Verletzung der Souveränität der Völker und Versuche der Angreiferstaaten, anderen Völkern ihren Willen aufzuzwingen. Die Sowjetunion sei auch gewillt, den Völkern, die Opfer der Aggression geworden seien, und die für die Unabhängigkeit ihrer Heimat kämpften, jede mögliche Hilfe zu geben.⁵

Auf der Grundlage der Atlantikcharta fand in der Zeit vom 29.9.-1.10.1941 in Moskau die erste Dreimächtekonferenz der UdSSR, der USA und Großbritanniens statt. In einer EntschlieÙung betonten sie: „Der nach der endgültigen Beseitigung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft kommende Friede soll so organisiert werden, dass die ganze Welt in die Lage versetzt werde, in den entsprechenden Gebieten in Sicherheit und unter Bedingungen zu leben, bei denen Furcht und Not nicht mehr bestehen“⁶

In diesem Sinne verpflichteten sich am 1. Januar 1942 26 Staaten, neben den bereits genannten auch China und Indien, „alle ihre militärischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel gegen die Mitgliedsstaaten des Dreimächtepaktes (Deutschland, Italien und Japan D.S.), mit denen sie im Kriege stehen, einzusetzen; mit den Regierungen, die diese Erklärung unterzeichnen, zusammen zu wirken und keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden abzuschließen“⁷

Dieser Verpflichtung schlossen sich im weiteren Verlauf des Krieges noch weitere 17 Staaten an. Auf ihrer Grundlage forcierten insbesondere die USA, Großbritannien und die UdSSR ihr gemeinsames militärisches, po-

litisches und ökonomisches Vorgehen gegen den Faschismus.

Neben den militärischen Aktionen, ihrer Einschätzung, Koordinierung und situations- gerechten Planung wurden in den Zusammenkünften der Alliierten mehr und mehr Überlegungen zur internationalen, insbesondere zur europäischen Nachkriegsentwicklung vorgetragen und diskutiert. So nahm allmählich auch die *Charta der Vereinten Nationen* Gestalt an, sodass sie noch unmittelbar nach der Beendigung des Krieges in Europa am 26. Juni 1945 in San Francisco von den Delegierten aus fünfzig Ländern verabschiedet werden konnte. Auf den Konferenzen in Moskau (Oktober) und Teheran (Dezember) 1943 sowie im Februar 1945 in Jalta wurden nicht nur die Weichen in Richtung UNO gestellt, sondern auch die Grundrichtung der europäischen und damit auch der deutschen Nachkriegsentwicklung debattiert. Die Ergebnisse dieser Debatte nahmen schließlich unmittelbar nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945, die die Befreiung der Völker Europas von der Geisel des Faschismus symbolisierte, in den Potsdamer Vereinbarungen der Alliierten Gestalt an.

Diese wird allerdings nur durch eine differenzierte Betrachtung der alliierten Debatte sichtbar.

Die **Teheraner Konferenz** vom 28.11. – 1.12.1943 bekräftigte die Entschlossenheit der Alliierten, die deutschen Streitkräfte und die ihrer Verbündeten zu vernichten, Tyrannei und Sklaverei auszurotten und einen dauerhaften Frieden zu sichern. In ihrer Erklärung wiesen sie darauf hin, dass sie (Churchill, Stalin und Roosevelt) mit ihren diplomatischen Beratern die Probleme der Zukunft geprüft hätten. Zu diesen gehörten z.B. die Absicht, Österreich in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, die prinzipielle Zustimmung der Westmächte zu der von der UdSSR geforderten neuen Ostgrenze Polens (Curzon-Linie) und – wie schon erwähnt - die Reparationsfrage.

Es wurde auch über eine mögliche Zerstückelung Deutschlands nach der Beendigung des Krieges diskutiert. Präsident Roosevelt legte einen Vorschlag vor, der in den heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufteilung in die Länder Hannover, Preußen, Sachsen, Bayern und Hessen sowie zwei von den Vereinten Nationen kontrollierte Zonen vorsah. Die eine Zone sollte das Ruhr- und das Saargebiet und die andere Hamburg und das Gebiet des Nord-/ Ostsee- Kanals (Kieler Kanal genannt) umfassen.

Vorausgegangen war diesem Vorschlag eine seit 1941 vor allem in den

USA und Großbritannien intensiv geführte Diskussion zur Teilung Deutschlands nach dem Krieg. Die Vorstellungen reichten von der vollständigen Aufteilung des deutschen Staatsgebietes und die Angliederung seiner Teile an Holland, Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei (Plan des amerikanischen Journalisten Kaufman) bis zur Teilung Deutschlands in einen west-, ost- und süddeutschen Staat sowie eine interalliierte Zone, die das Ruhrgebiet und das Saarland umfassen sollte. Diesen Plan hatte 1942 der Unterstaatssekretär Welles dem State Department unterbreitet.

Auf einer bilateralen Konferenz der Regierungen der USA und Großbritanniens im August 1943 in Quebec, die der Vorbereitung der Teheraner Konferenz diente, wurde nicht nur die Eröffnung der zweiten Front in Frankreich im Mai 1944 erörtert und ein Geheimabkommen zur Herstellung der Atombombe in den USA unterzeichnet, sondern ein besonders brisanter Plan zur Gestaltung der politischen und ökonomischen Strukturen Nachkriegsdeutschlands diskutiert. Der amerikanische Finanzminister Morgenthau unterbreitete folgenden Vorschlag: Zerstörung bzw. Demontage der wichtigsten Industrie, Schließung der meisten Bergwerke und die Umwandlung Deutschlands zu einem Agrarstaat. Das linke Rheinufer, einschließlich des Saargebietes sollte an Frankreich abgetreten werden. Eine internationale Zone sollte das Rheinland, den Kieler Kanal und die nördlich davon liegenden Gebiete umfassen. Das restliche deutsche Territorium sollte in einen süddeutschen (Bayern, Württemberg und Baden) und norddeutschen Staat (ehemalige preußische Provinzen, Sachsen, Thüringen und einige kleinere Gebiete) geteilt werden. Die nazistische Propaganda nutzte diesen „Kartoffelplan“, wie er bald genannt wurde, um den erlahmenden Widerstandswillen des deutschen Volkes neu zu entfachen. Churchill und Roosevelt ging dieser Plan offensichtlich zu weit. Aber der von Roosevelt in Teheran vorgelegte Plan enthielt Elemente der Vorstellungen Morgenthaus.

In der Diskussion des Rooseveltplanes in Teheran trat Churchill mit dem Vorschlag auf, das ehemalige Land Preußen von Deutschland zu trennen und die süddeutschen Länder in eine von ihm projektierte Donauföderation einzuverleiben. Er zog aber später seinen Vorschlag zurück und stimmte dem Rooseveltplan zu. Stalin war, das kann man den Notizen des amerikanischen Teilnehmers Hopkin entnehmen, von keinem der Vorschläge begeistert. Er betonte, seitens der Deutschen würde immer ein starkes Bestreben nach Vereinigung bestehen. Die sowjetische Delegation stimm-

te dem Vorschlag Roosevelts nicht zu. Die Konferenz beendete die Diskussion mit dem Beschluss, die weitere Erörterung der deutschen Frage der Europäischen Konsultativkommission zu übertragen.

Die Diskussion über die territoriale Struktur Nachkriegsdeutschlands ging weiter.

Im Oktober 1944 wollte Churchill in einem Gespräch mit Stalin und Molotow eine Einigung über eine Abgrenzung der Interessensphären der UdSSR und Großbritanniens in Süd- und Südosteuropa erreichen. Er tat dies ohne Absprache mit den USA. Im Verlauf der Zusammenkunft legte er, trotz seiner Bedenken in Quebec, den Vertretern der UdSSR den Morgenthau-Plan vor. Nachdem Stalin und Molotow diesen Plan abgelehnt hatten, zog er ihn wieder zurück.

Die zwischen Churchill und Stalin getroffenen Absprachen wurden von den USA nicht anerkannt. In Bezug auf eine mögliche Entwicklung Nachkriegsdeutschlands basierte die offizielle Politik der USA 1944 noch auf den Vorstellungen Morgenthaus.

In der Geschichtsschreibung der DDR wurde diese Aufteilungs- und Zerstückelungspolitik gegenüber Deutschland als negativ und typisch imperialistisch gekennzeichnet. „Es trat völlig aus dem Blickfeld, dass Aufteilung, Zerstückelung und Verkleinerung des offenbar übermächtigen europäischen Zentralstaates Preußen–Deutschland, der auf seinem hegemonialen Sonderweg das europäische Gleichgewicht und die Sicherheit der europäischen Völker wiederholt gefährdet hatte, Bestandteil einer europäischen Lösung der deutschen Frage sein konnte. In diesem Kontext erschienen diese Überlegungen als eines oder letztes Mittel zur Erlangung dauerhafter Sicherheit vor Deutschland im Interesse europäischer Friedensgestaltung“⁸

Dieser Sicht konnte sich die Politik der UdSSR nicht verschließen. Sie musste sich zu den Vorstellungen der westlichen Alliierten positionieren. Die Teilungsproblematik war daher auch Bestandteil geheimer Planungen und Aktivitäten des sowjetischen Außenministeriums, insbesondere seiner Kommission zu Fragen der Friedensverträge und der Nachkriegsordnung, die vom stellvertretenden Außenminister Litwinow geleitet wurde.

Die Auffassung, dass die sowjetische Führung eine von den Westmächten zeitweilig beabsichtigte Zerstückelung Deutschlands prinzipiell abgelehnt und einen deutschen Nationalstaat verteidigt hätte, erweist sich aus der Sicht der inzwischen bekannt gewordenen Quellen als eine im Kalten Krieg

geborene Legende.

Am 12.1.1945 favorisierte die Litwinow–Kommission aus ihrem Vorschlagskatalog eine Aufteilung Deutschlands in fünf unabhängige Staaten: 1. Restpreußen; 2. Sachsen/Thüringen; 3. ein süddeutscher Staat mit Bayern, Württemberg und Baden; 4. Rheinland–Westfalen; 5. Hannover/Oldenburg/Bremen. Mit diesem Konzept gingen Stalin und Molotow offensichtlich in die Konferenz von Jalta. Das erklärt zumindest ihr von Teheran und der Zeit danach abweichendes Verhalten. Aber sie versuchten auch hier so zu taktieren, dass nicht die UdSSR, sondern die britisch–amerikanische Seite als Inspirator der Zerstückelung erscheinen sollte.

Einen vorläufigen Abschluss fanden die Vorstöße zur Teilung Deutschlands Ende März 1945, wo sich wahrscheinlich angesichts des Widerstands Churchills gegen die Teilungspläne auf der Konferenz in Jalta die Alliierten darauf einigten, Deutschland in veränderten Grenzen und unter den Bedingungen der Existenz von Besatzungszonen als einheitliches Ganzes zu behandeln. Dieser Konsens wurde schließlich auf der Potsdamer Konferenz bekräftigt. Was allerdings Truman, den konservativen Nachfolger des am 12. April 1945 verstorbenen Roosevelt, nicht daran hinderte, noch einmal einen Teilungsplan vorzulegen. Dieser sah vor, einen süddeutschen Staat mit der Hauptstadt Wien zu bilden, zu dem Baden, Württemberg und Bayern sowie Österreich und Ungarn gehören sollten. Weiterhin sollten ein norddeutscher Staat mit der Hauptstadt Berlin sowie ein westdeutscher Staat mit dem Ruhr– und Saargebiet und Essen als Hauptstadt entstehen. Dieser Plan scheiterte am gemeinsamen Widerstand der UdSSR und Großbritanniens.

Die auch in den Vorstellungen von einer Teilung Deutschlands sichtbaren machtpolitisch bestimmten *Interessengegensätzen zwischen den Alliierten* bestanden seit 1941. In den USA gab es nach dem Kriegseintritt in konservativen Kreisen (z.B. der Senator Truman) die Auffassung, sich im Aggressionskrieg Hitlerdeutschlands gegen die UdSSR jeweils auf die Seite des Verlierers zu stellen, um eine Schwächung beider Seiten zu erreichen. Eine antifaschistische Grundstimmung der Mehrheit der Bevölkerung und der anfängliche erfolgreiche militärische Verlauf des faschistischen Überfalls auf die UdSSR veranlasste schließlich das Engagement der USA bei der Gründung der Antihitlerkoalition, um die Bedrohung ihrer Vormachtstellung durch Deutschland abzuwenden. Großbritannien wollte seinen Einfluss in Süd- und Südost-Europa gewahrt wissen und die von den USA

im Zusammenhang mit der Atlantik-Charta ins Spiel gebrachte Befreiungsmission der Alliierten nicht für sein Kolonialreich gelten lassen. Die UdSSR wollte in Mittelasien einen für sie bedrohlichen Machteinfluss der Türkei verhindern, seine Westgrenze mit Polen endgültig sichern, die Reparationsfrage und das Besatzungsregime in Deutschland geregelt sehen. Mit der Wahrung dieser und anderer Interessen waren natürlich offene und geheime Absprachen verbunden.

Diese Praxis ist ja generell in der Diplomatie üblich und aus ihrer Geschichte hinreichend bekannt, also keine Besonderheit der Verhandlungen der Alliierten im Zeitraum von 1941 bis 1946/47, dem offenen Ausbruch des Kalten Krieges zwischen ihnen.

„Erst am 24. März 1947, nicht ganz zwei Wochen nach der Verkündung der so genannten Truman-Doktrin, wurden in Washington sämtliche Geheimklauseln der Vereinbarungen veröffentlicht, die von den >Großen Drei< in Teheran, Jalta und Potsdam getroffen worden waren. Das war Kampfansage“⁹

Den Auftakt zum offenen Kalten Krieg gab bekanntlich Churchill am 5.3.1946 in Anwesenheit von Truman in einem Vortrag zur Jahresabschlussfeier an der Universität in Fulton (Missouri). Er sprach von einem „Eisernen Vorhang“, der vor Osteuropa niedergehe und forderte die USA und die anderen westlichen Länder auf, der „wachsenden sowjetischen Gefahr“ mit einer Demonstration der militärischen Stärke entgegen zu treten. Hintergrund war der gewachsene internationale Einfluss der UdSSR und der inzwischen entstandenen volksdemokratischen Staaten in Osteuropa. Truman griff am 12.3.1947 in einer Rede vor dem Kongress in Washington die Aufforderung Churchills auf, indem er seine Vorstellung von einer Politik der Stärke zur Eindämmung dieser Entwicklung und der nationalen Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien darlegte. Er kleidete sie in die Formulierung „Hilfe für die in ihrer Freiheit bedrohten Völker“, zu der auch die ökonomische Stabilisierung des kapitalistischen Systems in Europa gehörte. Der im Juni 1947 beschlossene Marshall-Plan war der Weg dazu. Truman entwickelte diese Doktrin zwei Tage nach Beginn der Moskauer Konferenz der Rates der Außenminister, auf der die UdSSR den Vorschlag machte, Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung durchzuführen und zentrale deutsche Verwaltungsorgane zu schaffen.

Eine wesentliche Rolle bei der Demonstration der militärischen Stärke der

Westmächte sollte das Atombombenmonopol spielen. Nachdem in einem Geheimabkommen auf der bilateralen Konferenz der Regierungen Großbritanniens und der USA in Quebec der Bau beschlossen wurde, kam es am Vorabend der Potsdamer Konferenz am 16. Juli 1945 in New Mexiko (USA) zur Zündung der ersten Atombombe. Während der Potsdamer Konferenz unterschrieb Truman in seiner Villa am Griebnitzsee am 24. Juli 1945 den Befehl zum Abwurf von zwei Atombomben auf Hiroshima am 6. und auf Nakasaki am 9. August 1945.

Doch in der Zeit vom 4. bis zum 11. Februar 1945, als im ehemaligen Zarenschloss Liwadija in **Jalta auf der Krim** die zweite größere Konferenz der drei Mächte stattfand, war eine derartige Zuspitzung der Gegensätze zwischen den Alliierten noch nicht voraus zu sehen.

Ihre von Churchill, Stalin und Roosevelt unterzeichnete Abschlusserklärung nannte folgende Beratungsgegenstände:

1. Austausch von Informationen über die zeitliche Folge und Koordinierung der militärischen Pläne zur endgültigen Niederwerfung des nationalsozialistischen Deutschlands;
2. Besetzung und Kontrolle Deutschlands, Errichtung von zunächst drei Besatzungszonen, Frankreich wird aufgefordert, ebenfalls eine Zone zu übernehmen, eine aus den vier Oberbefehlshabern bestehende Zentralkommission mit dem Sitz in Berlin soll die koordinierte Verwaltung und Kontrolle Deutschlands gewährleisten;
3. Größtmögliche Wiedergutmachung durch Deutschland, Einsetzung einer in Moskau tagenden Schadenersatzkommission;
4. Bekräftigung der Atlantik-Charta als Grundlage einer europäischen Nachkriegsordnung;
5. Einigkeit im Frieden wie im Kriege, Gründung der Vereinten Nationen „Wir sind der Ansicht, dass der Sieg in diesem Kriege und die Gründung der vorgeschlagenen internationalen Organisation, die größte Gelegenheit in der Geschichte bieten wird, in den kommenden Jahren die für einen solchen Frieden wesentliche Voraussetzungen zu schaffen“¹⁰

Ziel der unmittelbar nach Beendigung des II. Weltkrieges in Europa in der Zeit vom 17. Juli bis 2. August stattfindenden **Konferenz der Alliierten im Potsdamer Schloss Cecilienhof** war die Realisierung der Krim-Deklaration. Der offiziellen „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ vom 2.8.1945 nach „wurden wichtige Entscheidungen und Ver-

einbarungen getroffen Es fand ein Meinungs­austausch über eine Reihe anderer Fragen statt. Die Beratung dieser Probleme wird durch den Rat der Außenminister, der auf dieser Konferenz geschaffen wurde, fortgesetzt“¹¹

Der Rat sollte in der Regel in London tagen. Seine vordringlichste Aufgabe war die Ausarbeitung von Friedensverträgen mit den ehemaligen verbündeten Deutschlands: Italien, Bulgarien, Finnland, Ungarn und Rumänien. Diese Verträge sollten den Vereinten Nationen vorgelegt und nach erfolgter Bestätigung mit den in den genannten Ländern gebildeten demokratischen Regierungen abgeschlossen werden. Mit dem Abschluss der Verträge sollten diesen Ländern die Möglichkeit eröffnet, Anträge auf Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu stellen Der Rat sollte auch zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland genutzt werden „damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“¹²

Die vorgesehenen Friedensverträgen mit den ehemaligen europäischen Kriegsgegnern boten 1945 diesen Ländern, auch Deutschland, trotz der vorgesehenen Sanktionen, die Möglichkeit, einen friedlichen und antifaschistisch–demokratischen Weg einzuschlagen und wieder ihren Platz in der Völkergemeinschaft zu finden.

Der Rat sollte aus Mitgliedern bestehen, deren Regierungen die dem jeweiligen Feindstaat die Bedingungen in der Kapitulationsurkunde diktiert und diese unterschrieben haben.

Neben der Vorbereitung von Friedensverträgen wurden vom Rat der Außenminister Vorschläge zur Regelung ungelöster territorialer Fragen erwartet, die durch den Krieg entstanden waren.

Die Potsdamer Konferenz behandelte einige *territoriale Veränderungen* von europäischer Bedeutung. Sie betrafen Österreich, Polen und Königsberg. Mit ihnen waren vor allem eine neue Festlegung der Grenzen Deutschlands und die Umsiedlung der außerhalb dieser Grenzen lebenden Deutschen auf das deutsche Territorium verbunden.

Bereits in Teheran hatten sich die Alliierten darauf geeinigt, dass Österreich in den Grenzen von 1937 wieder errichtet werden sollte. Die Potsdamer Konferenz behandelte den sowjetischen Vorschlag, die Autorität der österreichischen provisorischen Regierung auf ganz Österreich zu übertragen. Es wurde beschlossen, diese Frage nach dem Einzug der britischen

und amerikanischen Truppen in Wien zu prüfen.

Auf der Potsdamer Konferenz wurde eine Delegation der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit empfangen, die sich mühevoll aus dem pro sowjetischen Lubliner Komitee, das sich am 1.1.1945 in Warschau zur provisorischen Regierung erklärt hatte und der pro westlichen und antisowjetischen Londoner Exilregierung gebildet hatte. . Als Ergebnis der Anhörung der polnischen Delegation wurde festgelegt:

- Die Konferenzteilnehmer begrüßen die Bildung der Polnischen Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit, erkennen sie an und nehmen diplomatische Beziehungen mit ihr auf. Damit wird die Anerkennung der früheren polnischen Regierung in London zurückgezogen.
- Die drei Mächte sind der polnischen Regierung bei der Rückkehr aller Polen im Ausland behilflich.
- Die Absicht der polnischen Regierung, auf der Grundlage der Beschlüsse der Krim-Konferenz allgemeine, freie und geheime Wahlen durchzuführen, wird zur Kenntnis genommen.
- Bezüglich der *Westgrenze Polens* wurde folgendes Abkommen erzielt:

In Übereinstimmung mit dem auf der Krim-Konferenz erzielten Abkommen und den Auffassungen der polnischen Delegation werden bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens auf einer Friedenskonferenz die früheren deutschen Gebiete östlich der Linie Ostsee/ westlich von Swinemünde-Oder - westliche Neiße- tschechoslowakische Grenze, die nicht von der UdSSR verwalteten Gebiete Ostpreußens und das Gebiet der früheren Freien Stadt Danzig unter Verwaltung des polnischen Staates gestellt. Diese Gebiete sind nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland zu betrachten.

Die UdSSR unterbreitete der Potsdamer Konferenz den Vorschlag, ihr *Königsberg* und das umliegende Gebiet vorbehaltlich einer endgültigen Bestimmung territorialer Fragen bei einer Friedensregelung zu überlassen. Damit war auch eine neue Grenzziehung südwestlich von Königsberg zwischen Ostsee und der Curzon-Linie verbunden. Die USA und Großbritannien stimmten diesem Vorschlag grundsätzlich zu. Der genaue Grenzverlauf sollte aber von Sachverständigen geprüft werden. Der Präsident der USA und der britische Premierminister erklärten, dass sie den Vorschlag bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen würden. Im Zusammenhang mit den vorgesehenen territorialen Veränderungen, die

vorwiegend zu den Sanktionen gegenüber Deutschland gehörten, wurde auf der Potsdamer Konferenz ein von Churchill vorgeschlagenes Abkommen über die „**Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn**“ erzielt.

„Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll.“¹³

Die Alliierten beauftragten ihre Vertreter im Kontrollrat, diese Überführung zu organisieren und dabei die gerechte Verteilung der Betroffenen auf die einzelnen Besatzungszonen zu beachten sowie darüber ständig zu berichten.

Die Übereinkunft der drei Mächte über das weitere Schicksals Deutschlands in Potsdam ging unmittelbar von der Krim-Deklaration aus und trug im wesentlichen die Handschrift der USA.

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.“ Wie in Jalta wurde noch einmal bekräftigt:

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“¹⁴

Die ersten Schritte auf diesem Weg wurden in der Übereinkunft der Alliierten über „Politische und wirtschaftliche Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsperiode der Kontrolle bedienen muss“ vorgegeben: Die **höchste Regierungsgewalt in Deutschland** wird im Auftrag der Regierungen der drei Mächte durch die Oberbefehlshaber ihrer Armeen in den von ihnen verwalteten Besatzungszonen und in

ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen ausgeübt. Die Behandlung der deutschen Bevölkerung sollte - soweit durchführbar - gleich sein. Während der Besatzungszeit sollte Deutschland als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden. Im Mittelpunkt der Tätigkeit des alliierten Kontrollrates sollten die **völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands** stehen. Die deutsche Kriegsproduktion sollte mit dem Ziel ausgeschaltet werden, eine künftige Produktion von Kriegsausrüstungen zu unterbinden. Um dies zu gewährleisten wollte man, einem amerikanischen Vorschlag folgend, in kürzester Frist das deutsche Wirtschaftsleben dezentralisieren und die übermäßige Konzentration an Wirtschaftskraft in Gestalt von Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen Monopolvereinigungen beseitigen. Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens sollte besonderer Wert auf die dem Innenbedarf dienende Landwirtschaft und Friedensindustrie gelegt werden.

Mit der sofortigen völligen Auflösung aller Verbände der deutschen Land-, See- und Luftstreitkräfte, der SS, SA, SD und der Gestapo mit allen ihren Organisationen, Stäben und Ämtern, einschließlich des Generalstabes, des Offizierkorps, der Reservisten, der Kriegsschulen und anderer militärischen und halb-militärischen Organisationen, Vereinen, die der Erhaltung der militärischen Traditionen dienen, sollte für immer der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus vorgebeugt werden.

Der **Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage** sollte mit der Überzeugung des deutschen Volkes beginnen, dass es „eine totale militärische Niederlage erlitten hat, und...es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben¹⁵

Mit der **Vernichtung der nationalsozialistischen Partei und der Auflösung ihrer Ämter** „sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen“¹⁶

Alle Mitglieder der NSDAP, die mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen hatten, sollten aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen entfernt und durch Personen ersetzt werden, die politisch und moralisch

fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mit zu wirken. Diejenigen, die an der Planung und Realisierung nazistischer Maßnahmen beteiligt waren, die Gräueltaten oder Kriegsverbrechen nach sich zogen, sollten verhaftet und den Gerichten übergeben werden. Nazistische Parteiführer, einflussreiche Nazianhänger und Leiter nazistischer Ämter und Organisationen waren zu verhaften und zu internieren.

Die *Überwachung des Erziehungswesens* sollte die Entwicklung demokratischer Ideen ermöglichen, indem nazistische und militaristische Lehren entfernt werden.

Das *Gerichtswesen* sollte entsprechend den Grundsätzen der Demokratie, Gerechtigkeit und der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz reformiert werden. Alle nazistischen Gesetze, die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert hatten und eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder der politischen Überzeugung ermöglichten, sollten abgeschafft werden.

Die Verwaltung Deutschlands sollte auf der Grundlage der Dezentralisierung der politischen Strukturen und der Entwicklung der örtlichen Selbstverwaltung (Gemeinden, Kreise, Provinzial- und Landesebene) erfolgen. Bis auf weiteres sollte es keine zentrale deutsche Regierung geben.¹⁷

Aber unter Leitung des Kontrollrates sollten jedoch wichtige deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen sollten. Vorgesehen waren Abteilungen auf den Gebieten Finanzen, Transport, Verkehrswesen, Außenhandel und Industrie.

In ganz Deutschland sollten demokratische Parteien erlaubt und gefördert werden, die Versammlungen einberufen und öffentliche Diskussionen führen können. Unter Berücksichtigung der militärischen Sicherheit waren die Freiheit der Rede, der Presse und Religion garantiert und die Gründung freier Gewerkschaften gestattet.

Zusammenfassend betrachtet, war in diesen in Potsdam von den Alliierten vereinbarten politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen für die Behandlung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg eine antifaschistisch-demokratische Ordnung vorprogrammiert, die der Alliierte Kontrollrat gemeinsam mit willigen Deutschen auf den Weg bringen und der Rat der Außenminister in einem künftigen Friedensvertrag verankern sollte.

3.3 Die Errichtung der Besatzungszonen und die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates

Am 5. Juni 1945 verabschiedeten die Alliierten eine „*Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands durch die Regierungen des Vereinigten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Provisorische Regierung der Französischen Republik*“. Ergänzt wurde diese Erklärung durch die Feststellungen dieser Regierungen über das Kontrollverfahren, die Besatzungszonen in Deutschland und ihrer Beratung mit den anderen Regierungen der Vereinten Nationen. Diese Dokumente knüpften unmittelbar an die Vereinbarungen von Jalta vom Februar 1945 an. Sie berücksichtigten ferner die Abkommen zwischen der UdSSR, der USA und Großbritannien vom 12.9.1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin, die Kontrollverfahren in Deutschland vom 14.11.1944 und die Änderung dieser Abkommen am 1. Mai 1945, die sich durch die Beteiligung der Provisorischen Regierung Frankreichs an diesen Abkommen ergab.¹⁸

Die Feststellungen vom 5.6.1945 legten die vier **Besatzungszonen** fest und zwar eine östliche (UdSSR), nordwestliche (Großbritannien), südwestliche (USA) sowie eine westliche Zone Frankreich). Die Veränderungen gegenüber der ersten Festlegung der Besatzungszonen im Abkommen vom 12.9.1944 ergaben sich zum einen aus der Beteiligung der inzwischen gebildeten Provisorischen Regierung Frankreichs an der Besetzung Deutschlands und zum anderen aus der sich inzwischen herausgebildete einheitliche Auffassung der drei Mächte über die künftige Ostgrenze Deutschlands, der Oder-Neiße-Linie, die zwei Monate später in der „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin“ unter Zustimmung der anwesenden polnischen Delegation fixiert wurde. Das bedeutete, dass die Oder-Neiße-Linie auch die östliche Grenze der Ostzone bildete. Im Abkommen vom 12.9.1944, das von den Grenzen Deutschlands vom 31.12.1937 ausging, umfasste die Ostzone auch noch die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie. Diese wurden, bis auf das Gebiet der Stadt und Umgebung Königsberg, bekanntlich in Potsdam bis zur endgültigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze in einem Friedensvertrag, unter polnische Verwaltung gestellt.

Der jeweilige Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen übte im Auftrag seiner Regierung die oberste Gewalt in seiner Zone aus. Jeder der vier Befehlshaber durfte nach eigenem Ermessen Hilfsverbände aus Streitkräften irgendeines anderen alliierten Landes, das an militärischen Operationen gegen Deutschland aktiv beteiligt war, anfordern und einsetzen. Außerdem bildeten die vier Oberbefehlshaber mit ihren politischen Beratern den **Kontrollrat** der Alliierten. Die Entscheidungen des Kontrollrats, die Deutschland als Ganzes betrafen, mussten einstimmig getroffen werden. Sie sollten eine angemessene Einheitlichkeit des Vorgehens der einzelnen Oberbefehlshaber in ihren Besatzungszonen gewährleisten.

Am 9.6.1945 konstituierte sich in der Ostzone die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), Mitte Juli wurde das gemeinsame westalliierte Oberkommando aufgelöst. An seine Stelle trat in der amerikanischen Zone die Organisation der amerikanischen Militärregierung (OMGUS), in der britischen Zone die britische Kontrollkommission für Deutschland (CCG) und die Verwaltung der französischen Militärregierung.

Am 30. Juli 1945 wurde der Alliierte Kontrollrat in Berlin (ehemaliges preußisches Kammergericht in Schöneberg) ins Leben gerufen, nachdem – wie 1944 und 1945 vereinbart – Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den westlichen Verwaltungsbezirken Berlin stationiert wurden und eine Alliierte Militärkommandantur für Berlin gebildet wurde. Zuvor hatten sich amerikanische und britische Truppen, die im Verlauf der Kampfhandlungen in westlichen Teilen des vorgesehenen sowjetischen Besatzungsgebietes vorgedrungen waren, in ihre Besatzungszonen zurückgezogen.

Der Kontrollrat bildete einen Koordinationsausschuss, der aus vier Vertretern der Oberbefehlshaber bestand und einen Kontrollstab mit Abteilungen für Heer, Marine, Luftstreitkräfte, Transport, Politik, Wirtschaft, Finanzen, Reparationen, Wiedererstattung, Innere Angelegenheiten, Nachrichtenwesen, Rechtswesen, Kriegsgefangene und Zwangsverschleppte und Arbeitseinsatz. Beide Ausschüsse sollten den Kontrollrat beraten und dessen Beschlüsse ausführen. Sie leiteten die Beschlüsse an die entsprechenden deutschen Behörden weiter, kontrollierten und überwachten sie.

In der Zeit seiner Tätigkeit von 1945–48 verabschiedete der Alliierte Kontrollrat 62 Gesetze, 29 Direktiven und 7 Rechtspositionen, die seiner Ar-

beit dienten.

Die meisten Beschlüsse befassten sich mit Maßnahmen zur **Zerschlagung von Faschismus und Militarismus**. So z.B. hob das Gesetz Nr. 1 vom September 1945 die faschistischen Gesetze auf. Die Direktive Nr. 24 vom 12. 1, 1946 leitete die systematische Entfernung von Nazis und Personen, die den alliierten Bestrebungen feindlich gegenüberstanden, aus öffentlichen Ämtern und Führungspositionen der Industrie ein. Die Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens IG Farben sah das Gesetz Nr. 9 vor. Das Gesetz Nr.10 im Dezember 1945 befasste sich mit der Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechen.

Am 20. 11. 1945 beschloss der Kontrollrat den „ **Plan der Umsiedlung der aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen ausgewiesenen deutschen Bevölkerung nach den vier Besatzungszonen Deutschlands**“¹⁹

Dieser Plan sah vor, in der Zeit von Dezember 1945 bis Juli 1946 zeitlich gestaffelt die gesamte aus Polen ausgewiesene deutsche Bevölkerung (3,5 Mill.) in die sowjetische und britische Zone umzusiedeln. Die aus der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn Ausgewiesenen (3,15 Mill.) sollten in der amerikanischen, französischen und sowjetischen Zone aufgenommen werden. Als vorläufige Verteilung der Umsiedler wurde genannt:
Sowjetische Zone: aus Polen 2 Mill.; aus der Tschechoslowakei 750.000;
Englische Zone aus Polen 1,5 Mill.;

Amerikanische Zone aus der Tschechoslowakei 1,75 Millionen;
Französische Zone aus Österreich 150.000, ab 15.4.1946 250.000 aus der amerikanischen Zone.

Am 28.3.1946 veröffentlichte der Kontrollrat einen **Plan über die deutsche Nachkriegswirtschaft**, der eine Übersicht über zugelassene Rohstoffe und Fertigungsindustrien gab. Die Produktionshöhe sollte 50 bis 55% des Maximums von 1938 betragen.

Das Gesetz Nr. 43 beinhaltete das Verbot der Herstellung, der Einfuhr, der Ausfuhr, der Beförderung und Lagerung von Kriegsmaterial (26.12.1946). Am 5.2.1947 fasste der Kontrollrat auf Vorschlag Großbritanniens den Beschluss Nr. 46, mit dem das Land Preußen und seine Regierung endgültig aufgelöst wurden. Die UdSSR enthielt sich der Stimme.

Die Beschlüsse 1945/46 widerspiegelten noch weitgehende Übereinstimmung in einer Reihe wesentlicher Auffassungen bei der Umsetzung der Potsdamer Vereinbarungen, vor allem bei der Zerschlagung des Faschis-

mus und Militarismus. Doch mehr und mehr wurden die latent vorhandenen Gegensätze zwischen den westlichen Alliierten und der UdSSR immer offener sichtbar. Ab 1946/47 wurden antifaschistische Offiziere in den Armeen der USA und Großbritanniens ausgewechselt und durch Kräfte aus der Heimat ersetzt. Als 1947 der Kalte Krieg offen ausbrach und man zunehmend von den alliierten Vereinbarungen von Jalta und Potsdam abrückte, wurde auch das Ende des Alliierten Kontrollrates eingeläutet. Als die USA und Großbritannien zusammen mit Frankreich und den BENELUX- Staaten unter Ausschaltung der UdSSR auf der am 23.2.1948 nach London einberufenen Konferenz offen Kurs auf die Bildung eines separaten westdeutschen Staat nehmen, verlässt der sowjetische Vertreter am 20. März den Alliierten Kontrollrat, der dadurch de facto seine Tätigkeit einstellt.

3.4 Sechzig Jahre danach – ein Resümee

Die Bilanz der alliierten Vereinbarungen von 1941 bis 1945/46 wirkt ernüchternd und desillusionierend.

Der deutsche **Militarismus**, die Verflechtung des seit 1950/51 systematisch wieder aufgebauten Militärs mit Politik, Wirtschaft (vor allem der Industrie), Wissenschaft (Erforschung und Entwicklung neuer Waffen), Bildung, Kunst (Literatur, Musik, Film und Fernsehen, bildende Kunst), Religion (Militärseelsorgevertrag) und Presse, ist wieder erstarkt. Deutschland ist wieder einer der größten Waffenexporteure der Welt. Als Mitglied der NATO war es am völkerrechtswidrigen Krieg in Jugoslawien beteiligt. In Potsdam, aus dessen Mauern 1914 und 1933 die maßgeblichen Anstöße zu den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts kamen, ist nach dem Anschluss der ehemaligen DDR an die BRD das Kommando zu Hause, das weltweit die Einsätze der Bundeswehr lenkt.

Auch der **Neonazismus** erhebt wieder bedrohlich deutschlandweit sein Haupt. Neofaschistische Parteien, wie die NPD und DVU, haben bei den Landtagswahlen 2004 in Sachsen und Brandenburg Erfolge erzielt. Nazi-aufmärsche in deutschen Städten, auch in Potsdam, sind schon zu einem immer wiederkehrenden Ritual geworden. Von Behörden werden sie meistens verboten, aber von Gerichten wird dieses Verbot mit dem Verweis auf das Versammlungs- und Demonstrationsrecht wieder aufgehoben. Das 1949 verabschiedete Grundgesetz enthält im Gegensatz zu den beiden Ver-

fassungen der DDR keine Bestimmung, die eine nazistische Tätigkeit unter Strafe stellt. Nachdem bereits ein Antrag auf Verbot der NPD, als der bedeutendsten deutschen neofaschistischen Partei, gescheitert ist, wird wieder kontrovers über einen erneuten Anlauf diskutiert. Angesichts der 41-jährigen Geschichte dieser Partei erheben sich allerdings Fragen: Wer unter den einflussreichen Kräften in Politik und Wirtschaft hat wieder verdecktes Interesse an einer solchen Partei? Woher bezieht diese ihre Finanzen? Braucht man sie als Alibi für eine rechte Politik etablierter Parteien der Mitte? Für ein Verbot dieser Partei und eine ernste inhaltliche Auseinandersetzung mit ihr hätte es in der Alt- Bundesrepublik genügend Zeit und Gründe gegeben.

Nach ihrer Gründung am 28./29.11.1964, konnte sie bei der Bundestagswahl 1965 in 247 von 248 Wahlkreisen auftreten. Sie gewann bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern jeweils 10% der Stimmen. 1967 verfügten sie über 27 Mandaten in Landes- und 103 Sitze in Kommunalparlamenten. In dieser Zeit gab es auch eine Reihe von Beispielen direkter Zusammenarbeit zwischen CDU/CSU und NPD im Wahlkampf (Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein). So hatte es während der Kommunalwahlen am 13.3.1966 in Kulmbach ein offenes Bündnis zwischen CSU und NPD gegen die SPD gegeben. Geheimbesprechungen der CDU mit der NPD gab es auch in Frankfurt/Main und zum taktischen Vorgehen der Neonazis in den 1967 stattfindenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Westdeutsche Gerichte schufen den Neonazis günstige Bedingungen im Wahlkampf, indem sie die von staatlichen Stellen ausgesprochenen Verweigerungen der Nutzung von Räumen aufhoben (Hildesheim, Darmstadt, Stuttgart).

Nach dem Fall der Mauer 1989 hatten die NPD und andere gleich gelagerte Parteien und Organisationen den Osten als zusätzliches Operationsfeld zur Gewinnung desillusionierter Jugendlicher entdeckt.

Die Entwicklung einer neofaschistischen Szene in den Westzonen und der alten BRD geht in ihren Anfängen schon auf die Zeit von 1945- 1949 zurück. Das zeugte u. a. von der Halbherzigkeit bei der Umsetzung der Potsdamer Vereinbarungen. Sie standen der von westlichen Alliierten und den restaurativen Kreisen um Adenauer 1949 - 1954/55 betriebenen Westintegration der BRD im Wege. Dazu benötigte man die Remilitarisierung und entsprechende Fachleute der Nazizeit. Angekündigt in der ersten Regierungserklärung Adenauers am 20.9.1949²⁰ wurden auf der Grundlage

des § 131 des Grundgesetzes 150.000 Beamte aus dem faschistischen Staatsapparat übernommen, darunter 7.000 Nazirichter und eine Reihe belasteter Nazibeamte wie z. B. der Staatssekretär im Bundeskanzleramt den Kommentator der Nürnberger Rassengesetze Globke, der Bundesvertriebenenminister Oberländer, ein Naziaktivist der ersten Stunde und überführter Kriegsverbrecher.

Angesichts dieser Tatsachen verwundert die Pressenotiz „CIA blockt Nazi-Akten“, die am 1. Februar 2005 erschien, nicht. Eine Arbeitsgruppe des US-Kongresses zur Geschichtsaufarbeitung wurde dadurch in ihrer Arbeit behindert. Die Akten enthalten Dokumente, die Verbindungen zwischen der US-Regierung und 775 Nazikriegsverbrechern beweisen.

Dieser Bruch der Potsdamer Vereinbarungen, die sich nahtlos in alle alliierten Beschlüsse zur europäischen Nachkriegsordnung einordnen und daher völkerrechtlichen Charakter tragen, muss natürlich begründet werden. Man tut es, indem man diesen Charakter leugnet. In dem amtlichen Führer in der Gedenkstätte im Schloss Cecilienhof liest sich das so:

„Das Abkommen, bei dem es sich nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag handelt und im strengen Sinne des Wortes auch nicht um ein Regierungsabkommen, sondern lediglich um ein von den Verhandlungspartnern unterzeichnetes Konferenzprotokoll handelt, hält in vierzehn Punkten die wichtigsten Ergebnisse der gut zweiwöchigen Besprechungen in Schloss Cecilienhof fest“.²¹

Eine Auffassung, die wir auch schon am 13.1.1967 in der NPD-Zeitung „Deutsche Nachrichten“ finden. Dort wird auch behauptet, das Potsdamer Abkommen sei kein völkerrechtliches Vertragswerk und müsse daher nicht respektiert werden. „Der Potsdamer Vertrag, den die drei Großen über und nicht mit Deutschland schlossen, kann für keine souveräne deutsche Regierung verbindlich sein“ heißt es da.

Das geht auf Adenauer zurück, der 1953 gestand, das Potsdam sein Alpdrück sei.²² Er kritisierte auf einem Besuch in der Schweiz am 25.3.1949 erstmalig das Potsdamer Abkommen²³ und er meinte, der vollständige Übergang der Regierungsgewalt an die Alliierten 1945 sei völkerrechtlich bedenklich und ein schwerer Fehler gewesen. „Ich bin überzeugt, dass die Weltgeschichte dereinst über dieses Dokument ein sehr hartes Urteil fällen wird“. Aber Adenauer irrte.

„Die Westmächte vermieden auch nach ihrer Abkehr vom ‚Zeitalter von Jalta und Potsdam‘ bewusst jede offizielle Distanzierung vom Potsdamer

Vertrag und den sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten“.²⁴ Mit dem „*Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland*“ (2- plus-4-Vertrag) haben grundsätzliche Entscheidungen von Potsdam eine friedensvertragähnliche Regelung gefunden. Das betrifft insbesondere die Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze Deutschlands und jeglichen Verzicht auf Gebietsansprüche gegenüber anderen Staaten (Art.1), die Verpflichtung, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird (Art.2) und den Verzicht auf ABC-Waffen und die Reduzierung der deutschen Streitkräfte auf zunächst 370.000 Mann (Art,3).

LITERATURVERZEICHNIS KAPITEL 3

- ¹ Issraelian, Viktor : Die Antihitlerkoalition. Die diplomatische Zusammenarbeit zwischen UdSSR, den USA und England während des zweiten Weltkrieges 1941, Moskau 1975, S. 381ff.
- ² Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, S. 16/17
- ³ S. Küpper, in: Die Endzeit der DDR- Wirtschaft, Opladen 1999, S.102 (Die Existenz eines Überhangs von industrieller Produktionskapazität in den Westzonen wurde erst nach Abschluss der Demontagen 1948 deutlich sichtbar und erklärte die Formulierung „ für die deutsche Friedensindustrie unnötigen industrielle Ausrüstung“. Nach neueren Berechnungen verblieben 1948 in der SBZ 74%-84% des Bruttoanlagevermögens von 1936, während in den westlichen Besatzungszonen der industrielle Kapitalstock mit 111% über dem Stand von 1936 lag)
- ⁴ Die Friedensprinzipien der Alliierten (Atlantik-Charta), in: Die Vereinten Nationen, Dokumentensammlung, Berlin 1958, S. 19f
- ⁵ Ebenda
- ⁶ Ebenda, S.21
- ⁷ Ebenda, S.22
- ⁸ Badstübner, Rolf: Vom „Reich“ zum doppelten Deutschland, Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999, S.44
- ⁹ Jaschinski, Klaus: Vor 60 Jahren: Die Konferenz der >Großen Drei< in Jalta. Zerreißprobe für die Alliierten? In: Neues Deutschland vom 5/6. Februar 2005, S.22
- ¹⁰ Potsdamer Abkommen, Dokumente zur Deutschlandfrage, Berlin 1967, S,40
- ¹¹ ebenda, S.56
- ¹² ebenda, S.57
- ¹³ ebenda, S.73. Vgl. dazu auch W. Poeggel in Dialog in der PDS, H.12, Potsdam 2004, S. 22ff.
- ¹⁴ ebenda, S.59
- ¹⁵ ebenda, S.60
- ¹⁶ ebenda
- ¹⁷ Die UdSSR hatte einen entsprechenden Vorschlag gemacht, der aber abgelehnt wurde, Die Westmächte, insbesondere Frankreich, beharrten auf einer dezentralisierten Struktur. Frankreichs Widerstand gegen einen zentral geleiteten deutschen Staat war auch noch bei der Gründung der BRD 1949 zu spüren.
- ¹⁸ In: Potsdamer Abkommen, Dokumente zur Deutschlandfrage, Berlin 1967, S.25 –28, 29-32, 34/35, 45-51, 52- 54
- ¹⁹ ebenda, S.78/79
- ²⁰ Paul Weymar: Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie, München 1953, S.450/51
- ²¹ Die Konferenz von Potsdam 1945 im Schloss Cecilienhof, Berlin 1995, S. 22/23
- ²² Bulletin des Presse – und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 13.6. 1953, Nr. 103, S.926
- ²³ Weymar, a.O.,S,386; 389/90
- ²⁴ Badstübner a. O., S.52

Manfred Uhlemann

4. Möglichkeiten und Grenzen für die Gestaltung eines antifaschistisch- demokratischen Deutschlands mit sozialistischer Perspektive ¹

4.1. Historische Erfahrungen und neue Anforderungen

Während und nach dem Abschluß der letzten Kampfhandlungen fanden sich überall im Lande Brandenburg Männer und Frauen aus der Arbeiterbewegung zusammen, um Maßnahmen zur Sicherung der dringend erforderlichen Lebensbedingungen und für den Beginn einer antifaschistisch-demokratischen Neugestaltung Deutschlands in die Wege zu leiten. Sie standen in den Traditionen der sozialistischen Bewegung, konnten die Erfahrungen ihres Lebens nutzen, mußten dabei jedoch die gegenwärtigen Bedingungen eines im Ergebnis des faschistischen Krieges und brutaler rassistischer Ausrottungspolitik zerstörten und besetzten Landes beachten.

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts hatte das Verlangen nach einer sozial gerechten sozialistischen Gesellschaft im deutschen Volk Raum gewonnen. Der erste imperialistische Weltkrieg 1914 bis 1918 machte solchen gesellschaftlichen Wandel zum zwingenden Erfordernis. Die von den revolutionären Kräften der deutschen Arbeiterbewegung angetriebene deutsche Novemberrevolution ² brachte unter maßgeblichem Einfluß der Mehrheitssozialdemokratie im Bündnis mit bürgerlichen Kräften des Zentrums und der Nationalliberalen die parlamentarische demokratische Republik hervor. Diese Umgestaltung wurde belastet durch das Zusammenwirken sozialdemokratischer Funktionäre um Ebert und Noske mit konterrevolutionären Militärs und die Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten um Räte- oder parlamentarische Demokratie.

Die Mehrheit der sozialistisch denkenden Deutschen hatte allerdings die im November und Anfang Dezember 1918 erreichten Ergebnisse der Revolution, Beendigung des Krieges, Sturz der Monarchien, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für Männer und Frauen ab 20 Jahren, sowie die Anerkennung der Mitgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch Arbeiterräte als Grundlage zur Gestaltung einer sozialistischen Ge-

sellschaft betrachtet. Wollte man jedoch diese Ergebnisse für eine friedliche Weiterentwicklung eines revolutionären Prozesses nutzen, mußten vor allem entsprechende Machtstrukturen geschaffen werden. Die Träger des imperialistischen Kaiserreiches in Militär, Staatsapparat, Justiz, Großgrundbesitz und Großindustrie waren auszuschalten. Da dies unterblieb gelang es der extremen Rechten im Zeichen der Revanche für Revolution und Versailler Friedensvertrag Massen zu gewinnen und den faschistischen deutschen Imperialismus zu formieren. Dieses Regime stürzte Deutschland und Europa in die bisher größte Katastrophe. Sie machte nunmehr einen revolutionären Umbau der europäischen, insbesondere der deutschen Gesellschaft erforderlich. Der Schwur der Häftlinge von Buchenwald auf ihrer Trauerkundgebung am 19. April 1945, vorgetragen in französischer, russischer, polnischer, englischer und deutscher Sprache, war mahnende Verpflichtung: „Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“

Repräsentanten aus verschiedenen Bevölkerungsschichten, der Arbeiterbewegung sowie des christlichen und demokratischen Bürgertums formulierten sozialistische Ziele. Die Versäumnisse der Novemberrevolution und der Weimarer Republik mußten nachgeholt werden. Die Verantwortlichen für Faschismus und Krieg in allen Teilen der Bevölkerung waren zur Verantwortung zu ziehen und der bestimmende Einfluß der Großbourgeoisie, des Bankkapitals und des Großgrundbesitzes in der Gesellschaft mußte ausgeschaltet werden. Unter dem Schock der Niederlage und der Zerstörung Deutschlands, dem Begreifen der Verbrechen an denen sich das Volk mitschuldig gemacht hatte, wuchs der Wille, ein neues Deutschland zu gestalten. Der 1945/46 vorhandene Konsens zwischen den Besatzungsmächten ermöglichte eine antifaschistisch - demokratische Neugestaltung Deutschlands. Die Gegensätze zwischen den politischen Führungen der Westmächte und denen der UdSSR entwickelten sich speziell im Hinblick auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Kultur, sowie in der Reparations- und Friedensvertragspolitik. Hier waren die Besatzungsorgane im besonderen Maße von eigenen Interessen und den Prägungen ihres gesellschaftlichen Systems bestimmt.

Sehr zu bedenken ist, daß die seit der Novemberrevolution aufgebauten

Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten durch die Erlebnisse mit dem Hitlerfaschismus zwar zurückgedrängt werden konnten, aber im täglichen Handeln und in programmatischen Aussagen weiter wirkten. In der sowjetischen Besatzungszone sah die KPD günstige Bedingungen, um an der Seite der international gestärkten Sowjetunion ihre 1944/45 detailliert ausgearbeitete Konzeption für die Gestaltung des neuen Deutschlands durchzusetzen. Wir finden hier und in den nachfolgenden uns bekannten programmatischen Aussagen von 1945 und 1946 wertvolle Denkansätze, auf die wir später noch eingehen wollen. Dabei kann man annehmen, daß die kommunistische Parteiführung mit Rücksicht auf den Konsens zwischen den Besatzungsmächten und aus ihren Erfahrungen mit Volksfront und Einheitsfront seit der Brüsseler (Oktober 1935) und Berner Konferenz (Januar 1939) die Auffassung der Sozialdemokraten und auch christlich sozialer Kräfte vom Sozialismus als Aufgabe des Tages zurückwies und vielmehr von antifaschistisch demokratischen Erfordernissen sprach. Maßnahmen zur grundlegenden Neugestaltung Deutschlands mußten meines Erachtens jedoch in jedem Fall eine Grundlage für den Weg zum Sozialismus bilden.

Hier sei nochmals an die bereits in der Einleitung zitierte Passage aus dem neuen Parteiprogramm erinnert, wonach wir aufgefordert sind, „unser Verständnis von Sozialismus neu zu durchdenken.“ Ich will versuchen, bei einer allerdings nur partiellen Darstellung wichtiger Vorgänge zum Neubeginn, die Ansätze für eine spätere Gestaltung eines demokratischen Sozialismus und die darauf wirkenden Gegenströmungen aufzudecken. Wesentliche Erfahrungen aus der Novemberrevolution und der Weimarer Republik, die auch gerade durch die Geschichte der DDR bestätigt wurden, sehe ich in der Notwendigkeit eines einheitlichen Handelns der sozialistischen Parteien. Neben der Arbeiterklasse waren alle werktätigen Schichten der Bevölkerung, für die und mit denen die neue Gesellschaft gestaltet werden sollte, in einen revolutionären Prozeß einzubeziehen. Arbeitern, Bauern, Handwerkern, Gewerbetreibenden und der Intelligenz galt es eine lebenswerte Perspektive zu eröffnen. Dabei mußten die Leistungen vergangener Generationen bewahrt und im demokratischen Dialog der beste Weg ermittelt werden.

4.2. Aufbau neuer Verwaltungsorgane

Mit den „Richtlinien des Politbüros des ZK der KPD für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“ vom 5. April 1945 betrieb die Partei im Zusammenwirken mit den jeweiligen sowjetischen Kampfkommandanten den raschen Aufbau neuer Verwaltungsorgane aus bewährten Antifaschisten. Sie konnte sich dabei auf die in vielen Orten der Mark Brandenburg aus der Illegalität hervorgetretenen Angehörigen beider Arbeiterparteien stützen, die sich in Aktionsausschüssen zusammenfanden und selbst aktiv wurden. Mit den Richtlinien lag ein konkreter Maßnahmenplan vor, der jedoch nur unter der Befehlsgewalt der jeweiligen Militärverwaltung realisiert werden konnte. Daher lautete auch eine Aufforderung „in erster Linie die Bevölkerung zu überzeugen, dass die Durchführung der Befehle und Maßnahmen der Militärverwaltung in ihrem eigenen Interesse liegt.“³

Die für Berlin und Brandenburg zuständige Gruppe des ZK der KPD landete am 30. April mit einer sowjetischen Maschine bei Calau. Sie konzentrierte sich auf den Aufbau deutscher örtlicher Verwaltungen als Zentren der neuen Macht. In Brandenburg (Havel) wurde der auf dem Todesmarsch der Häftlinge des KZ Sachsenhausen von der Roten Armee befreite Kommunist Max Herm beauftragt, diese Aufgabe zu übernehmen. Er wurde dabei vom Mitglied der Gruppe Ulbricht, Richard Gyptner, unterstützt. Bernhard Bechler, der 1943 als Major in sowjetische Kriegsgefangenschaft gekommen war, half als Frontbevollmächtigter des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ im April und Mai in mehreren Orten, gleich nach der Befreiung einen neuen Bürgermeister einzusetzen und in die erforderlichen Aufgaben einzuweisen. Er wirkte dann auch in der Gruppe Ulbricht, wo er Ende Mai 1945 mit der Auswahl der Personen für eine neue Regierung der Provinz Brandenburg betraut wurde.

Es verging noch einige Zeit bis nach dem Aufbau der obersten Besatzungsorgane der Alliierten eine deutsche Provinzialverwaltung für die Mark Brandenburg eingesetzt wurde. Am 4. Juli 1945 erfolgte die offizielle Bestätigung des Präsidenten und der vier Vizepräsidenten durch den obersten Chef der am 9. Juni gebildeten Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Marschall Shukow. Erster Vizepräsident wurde der inzwischen in die KPD aufgenommene Bernhard Bechler. Der im Staatsdienst der Weimarer Republik erfahrene sozialdemokratische Verwaltungs-

fachmann, Dr. jur. Carl Steinhoff, erhielt die Position des Ministerpräsidenten. Steinhoff war als langjähriger Vizepräsident des Oberpräsidiums der preußischen Provinz Ostpreußen 1933 von den Nazis aus dem Staatsdienst entfernt worden und in Wilhelmshorst bei Potsdam untergekommen, wo er unter ständiger Aufsicht der Gestapo stand. Nach der Befreiung nahm er am Neuaufbau seiner Partei aktiven Anteil und wirkte in Potsdam als Leiter des Wirtschaftsamt in dem durch die sowjetischen Truppen wieder zugelassenen brandenburgischen Provinzialverband.

In Potsdam waren mit der vollständigen Einnahme der Stadt durch die Truppen der Roten Armee am 30. April 1945 die Kampfhandlungen zu Ende gegangen. Noch am Abend dieses Tages rief der Stadtkommandant Oberst A. Werin den amtierenden Oberbürgermeister Dr. Friedrich Bestehorn zu sich und beauftragte ihn nach einem mehrstündigen Verhör am nächsten Tag mit der Leitung der Stadtverwaltung. Unter der Kontrolle des Kommandanten und seines Stabes bestand zunächst die soweit noch intakte Verwaltung mit Veränderungen in den Leitungsspitzen weiter. Die politischen Größen des 3. Reiches hatten vor Beendigung der Kampfhandlungen die Stadt in westlicher Richtung verlassen. Dr. Bestehorn fühlte sich aber verpflichtet, Sorge für die Zivilbevölkerung zu tragen und seinem Oberbürgermeister General Friedrich nicht zu folgen. Er war seit 1919 in verschiedenen Funktionen des Potsdamer Magistrats tätig, Mitglied der Deutschen Volkspartei und seit 1934 der NSDAP. Ab 1937 stand er dem Kriegs-, Wirtschafts- und Ernährungsamt vor, so dass er sich in den lebenswichtigen Versorgungseinrichtungen gut auskannte. Für die Leitung der einzelnen Ressorts hatte er, nach seiner Aussage, befähigte ältere Berufsbeamte ausgewählt, die „parteilosophisch im nationalsozialistischen Staat nie aktiv hervorgetreten waren.“ Diese für den Stadtkommandanten scheinbar nützliche Zusammenarbeit wurde am 13. Mai abgebrochen. Die „russische Staatspolizei“ verhaftete Bestehorn und einige seiner Mitdezenten. Nach Vernehmungen in Potsdam und Berlin-Zehlendorf kam er am 19. Mai wieder auf freiem Fuß, blieb aber vom Dienst suspendiert.

Bereits während der Tätigkeit der von Bestehorn gebildeten Leitung und der über das Kriegsende hinaus im Amt verbliebenen städtischen Arbeiter und Angestellten gelangten neue Kräfte in die einzelnen Ressorts bzw. wurden wichtige Positionen umbesetzt. Der am 3. Mai aus je 5 Funktionären der SPD und KPD für den Bereich von Groß-Potsdam gebildete „Antifaschistische Vollzugsrat“ nahm Einfluss auf das Geschehen. Die am Ort

anwesenden Mitglieder beider Arbeiterparteien waren noch während der Kampfhandlungen untereinander in Verbindung getreten. Aus eigenem Antrieb fanden sich Sozialdemokraten und Kommunisten in Aktionsausschüssen zusammen. Zuerst waren es diejenigen, die in Babelsberg schon vor dem 30. Januar 1933 zusammen gewirkt hatten. Der revolutionäre Vollzugsausschuss besetzte das Babelsberger Rathaus und begann mit der Überwachung der bisherigen und dem Aufbau einer neuen Stadtteilverwaltung. In seinen Aufrufen forderte er die „durch die Schule des Sozialismus gegangenen Genossen“ der beiden Arbeiterparteien auf, sich zur Mitarbeit einzufinden.

Besonderen Einfluss auf das gemeinsame Handeln Potsdamer und Babelsberger Kommunisten und Sozialdemokraten und die Bildung des „Antifaschistischen Vollzugsrats“ für Groß-Potsdam übte Georg Spiegel aus. 1929 war er als Lokalredakteur nach Potsdam gekommen, wo er bald Stadtverordneter und Kreisvorsitzender der SPD wurde. Die Nazis schleppten ihn ins KZ Oranienburg und überwachten ihn nach seiner Entlassung. Dennoch wurde er das Haupt des sozialdemokratischen Widerstandes in Potsdam, galt als Bevollmächtigter der Gruppe Leuschner – Maaß und war entsprechend in die Vorbereitungen der Aktion zur Beseitigung der Hitlerdiktatur im Jahre 1944 einbezogen. Nach erneuter Verhaftung konnte der nunmehr 50-jährige wieder frei kommen und noch vor Abschluss der Kampfhandlungen Kontakt mit seinen sozialdemokratischen Genossen, aber auch zu Kommunisten wie Gustav Mauritz aufnehmen. Spiegel wurde dann bei Neugründung der SPD Kreisvorsitzender der Potsdamer Sozialdemokraten und Vorsitzender des SPD Bezirksvorstandes Mark Brandenburg.

Die Bildung und die Tätigkeit des antifaschistischen Vollzugsrates ging nicht konfliktlos vor sich. Obwohl in Potsdam unter den Vertretern beider Arbeiterparteien der Wille zum gemeinsamen Handeln stark war, behinderten doch alte Gegensätze und die Politik der KPD Führung auf schnellen Aufbau und führenden Einfluss ihrer Partei ein einheitliches Vorgehen. Man kann den hohen Einsatz der Kommunisten, sich an die Spitze des Neuaufbaus zu stellen, nicht gering schätzen, muss aber die vielfach belegte Distanz zu den Sozialdemokraten kritisch sehen. Bevor der „antifaschistische Vollzugsrat“ gebildet wurde, bestand bereits eine kommunistische Fünfergruppe unter Leitung des 69-jährigen Adolf Hausmann. Von Beruf Schneider befand sich Hausmann seit 1894 in den Reihen der Pots-

damer Arbeiterbewegung. Er wurde Mitglied der KPD, Abgeordneter im Potsdamer Stadtparlament und übernahm verschiedentlich alternierend mit dem von den Nazis ermordeten Hermann Elflein die Leitung des Ortsverbandes. Die Faschisten verhafteten ihn gleich 1933, danach erneut und verurteilten ihn wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Wie auch Georg Spiegel war er nach dem 20. Juli 1944 wiederum verhaftet worden und gehörte jetzt zu denen, die auf gemeinsames Handeln der Genossen beider Parteien hin wirkten.

Diese Fünfergruppe hatte bereits von der sowjetischen Kommandantur den Auftrag erhalten, eine neue Stadtverwaltung zu bilden, als am 3. Mai die 5 Sozialdemokraten hinzu kamen. Jetzt wurde die Aufgabe gemeinsam beraten und dabei der Gedanke erörtert, gleich eine sozialistische Einheitspartei zu bilden. Rückblickend stellte Georg Spiegel am 10. August 1945 verärgert fest, dass diese beabsichtigte „gemeinsame Front“ scheiterte, weil „die Kommunisten eine eigene Organisation aufzogen“.

Nach der Verhaftung Bestehorns erhielten am 14. Mai Mitglieder des Vollzugsrates führende Positionen in der Stadtverwaltung. An die Spitze als Oberbürgermeister stellte die Kommandantur jedoch einen weitgehend unbekanntem 27-jährigen Potsdamer, der ihr von der Zentrale der KPD empfohlen worden sein soll. Er nannte sich Dr. Heinz Zahn und erwies sich als Betrüger. Nach seiner Verhaftung wurde dann am 18. Juli der ebenfalls in der Potsdamer Arbeiterbewegung unbekannt Walter Paul als Oberbürgermeister eingesetzt. Der 44-jährige stammte aus Westpreußen, arbeitete als Schneider in Berlin, wohnte aber in Babelsberg. Er bezeichnete sich als Kommunist und wurde Mitglied der KPD. Wegen einer Verletzung vom Militärdienst befreit, konnte er Ende April am Ort tätig werden. Bei der Inhaftierung von Nazis kam er mit den Besatzungsorganen in Verbindung, so dass diese ihn am 7. Mai als Bürgermeister einsetzten. Er besaß somit das Vertrauen der Militärverwaltung als ihn Oberst Werin nach Potsdam holte, wo er dann bis 1950 als OB an der Spitze der Stadtverwaltung blieb. Der sicherlich befähigtere Sozialdemokrat Georg Spiegel wurde auf die Stelle des 1. Bürgermeisters verwiesen. Neben ihm wirkten jedoch weitere erfahrene Potsdamer Arbeiterfunktionäre in leitenden Positionen. Obwohl sie im Auftrag und unter der Kontrolle der Besatzungsmacht arbeiteten, konnten sie manches an eigenen Erfahrungen und Zielvorstellungen in ihre neue Tätigkeit einbringen. Die vielseitige angestrengte Arbeit führte Kommunisten und Sozialdemokraten weiter zusammen. Volle Übereinstimmung

bestand in der Forderung, alle Nazis aus verantwortlichen Positionen zu entfernen und dafür anerkannte Antifaschisten einzusetzen.

4.3. Kommunistische und Sozialdemokratische Programmklärungen

Anders als in den Westzonen, wo die Besatzungsmächte zunächst für Deutsche eine politische Quarantäne verordneten, war die Sowjetunion bemüht, antifaschistische Aktivitäten zu befördern. In diesem Sinne erließ der Chef der Sowjetischen Militäradministration bereits am zweiten Tag ihrer Existenz, dem 10. Juni 1945, den Befehl Nr. 2, mit dem „die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien“ und „freien Gewerkschaften“ ermöglicht wurde. Dabei bestimmte er, „dass für die ganze Zeit des Besatzungsregimes“ deren Tätigkeit „unter der Kontrolle der sowjetischen Militärverwaltung und entsprechend den von ihr gegebenen Instruktionen vor sich gehen wird.“⁴

Vorbereitet auf dieses Signal trat die KPD gleich am 11. Juni mit ihrem viel beachteten Aufruf an die Öffentlichkeit. Dieses Dokument wurde als Aktionsprogramm und Grundlage für einen Block der antifaschistischen, demokratischen Parteien verkündet.. Es entsprach den Grundlinien der derzeitigen sowjetischen Deutschlandpolitik und war wenige Tage zuvor in Moskau mit Stalin und anderen Mitgliedern des Politbüros der KPdSU beraten worden.

Dieses Programm wich wesentlich von früheren kommunistischen Positionen aus der Zeit vor der Verkündung des „Neuen Weges“ auf der Brüsseler Parteikonferenz im Oktober 1935 ab. Rolf Badstübner benennt in seinem letzten sehr sachkundigen Buch „Vom ‚Reich‘ zum doppelten Deutschland“, Karl Dietz Verlag Berlin 1999, taktische Überlegungen Stalins, die dem Programm zugrunde lagen. „Offensichtlich hatte die sowjetische Führung ein vielfältiges Interesse an der Fortsetzung des Kooperationskurses mit den westlichen Verbündeten, insbesondere auch in Deutschland, und verfolgte eine ambivalente Politik von Machtabsicherung und Kompromissbereitschaft... Die Sowjetunion erklärte dezidiert ihre Absicht, nicht das Sowjetsystem einführen zu wollen, und das bekräftigte sie in den Anfängen ihrer Besatzungspolitik.“(S.71)

Im Aufruf der KPD wurde in Abkehr von ihrer Position in den Jahren der Weimarer Republik proklamiert: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser

Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch – demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“⁵ Hier erkenne ich eine bedenkenswerte Aussage zu einer Vorphase der sozialistischen Umgestaltung, die durch die „gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“ bestimmt worden sein soll. Zielstellung und das entsprechende 10 Punkte umfassende Aktionsprogramm wurden unter Beendigung der 1848 begonnen „bürgerlich - demokratischen Umbildung“ eingeordnet. Da aber die jetzt zu ergreifenden Maßnahmen sicher zu einem Prozess für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft gehörten, sind nach meiner Sicht in diesem Aufruf wichtige Ansatzpunkte für die Gestaltung eines demokratischen Sozialismus enthalten. Hier war man, ohne es verbal einzugestehen, sozialdemokratischen Positionen nahe gekommen und konnte auch auf Übereinstimmung mit den erwarteten Entscheidungen der Potsdamer Konferenz rechnen.

Die Forderung nach vollständiger Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes, Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher, Liquidierung des Großgrundbesitzes und Übergabe aller Betriebe, die lebenswichtigen öffentlichen Bedürfnissen dienen, sowie jener die von ihren Besitzern verlassen wurden in die Hände der Selbstverwaltungsorgane der Gemeinden oder Provinzen bzw. Länder ermöglichte eine neue demokratische Wirtschaftsstruktur. Dem entsprach auch die Forderung nach Schutz der Werktätigen gegen Unternehmerwillkür und unbotmäßige Ausbeutung, freien demokratischen Wahlen der Betriebsvertretungen und tarifliche Regelung der Lohn und Arbeitsbedingungen. Aus dem Rahmen bisheriger kommunistischer und sozialdemokratischer Auffassungen fiel der Passus: “Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums.“ Bezogen auf Klein- und mittelständische Betriebe konnte unter den gegebenen Umständen solch eine Festlegung für die Versorgung der Bevölkerung jedoch nützlich sein.

Die Forderungen nach demokratischen Rechten und Freiheiten des Volkes, Umbau des Gerichtswesens, Säuberung des gesamten Erziehungs- und

Bildungswesens und Pflege eines wahrhaft demokratischen, fortschrittlichen und freiheitlichen Geistes in allen Schulen und Lehranstalten dienten der Ausbildung eines Bürgers, der die neue Gesellschaft aus eigenem Antrieb bewusst mit gestaltete. Die Empfehlung zur Schaffung eines „Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien“ bot die Möglichkeit, politische Strukturen zu gestalten, in denen Erfahrungen und Interessen breiter Bevölkerungsschichten zusammengeführt und gemeinsame Entscheidungen durch gemeinsamen Willen zum Gesetz erhoben werden konnten. Kritisch sehe ich den auch hier dominierenden alleinigen Führungsanspruch der Kommunisten und die Missachtung sozialdemokratischer Leistungen in den Jahren seit der Novemberrevolution. Der Aufruf enthielt kein Angebot zur Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten, geschweige denn zur Vorbereitung einer sozialistischen Einheitspartei. Die Sicht auf Novemberrevolution und Weimarer Republik enthielt wichtige Lehren. Speziell dazu, „dass sich die faschistische Pest in Deutschland nur ausbreiten konnte, weil 1918 die Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher ungestraft blieben, weil nicht der Kampf um eine wirkliche Demokratie geführt wurde, weil die Weimarer Republik der Reaktion freies Spiel gewährte“. Dabei wurde allerdings indirekt die gesamte Politik der sozialdemokratischen Partei verurteilt und die eigene Position bekräftigt. Die Forderung, „Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion“ entsprach den Ansprüchen der gegebenen Situation, behinderte aber über die ganze nachfolgende Zeit eine realistische Bewertung der Geschichte der UdSSR.

Vier Tage nach dem Zentralkomitee der KPD veröffentlichte der in Berlin gebildete Zentralausschuss der SPD eine erste programmatische Erklärung. Die sozialdemokratischen Funktionäre standen unter Zugzwang, waren sie doch überrascht von der frühzeitigen Zulassung politischer Parteien. Innerhalb weniger Tage arbeitete eine Gruppe unter Leitung von Erich W. Gniffke ein entsprechendes Dokument aus. Dies wurde am 15. Juni als Aufruf des Zentralausschusses der SPD mit den Unterschriften von Max Fechner, Erich W. Gniffke und Otto Grotewohl veröffentlicht. Der Zentralausschuss begrüßte den Aufruf des ZK der KPD und bewertete als besonders zutreffend dessen Aussage: „dass die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Situation die Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes und einer parlamentarisch- demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und

Freiheiten für das Volk erfordern.“⁶

Anders als beim ZK der KPD enthält der Aufruf ein eindeutiges Bekenntnis zur Einheit der Arbeiterbewegung und zum Sozialismus als aktuelle Aufgabe. Der Weg des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft wird vorgezeichnet mit der Losung: „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft.“ Der Kampf um die Neugestaltung sollte „auf dem Boden der organisierten Einheit der deutschen Arbeiterklasse“ geführt werden.

Die sozialdemokratischen Programmforderungen ergänzten in mancher Hinsicht das Aktionsprogramm der KPD. Beide Konzepte zusammengekommen konnten eine Grundlage sein, um unter Ausnutzung der Krise des Kapitalismus einen demokratischen Sozialismus auf den Weg zu bringen. Von damals aktueller und zukunftsweisender Bedeutung waren die Aussagen über das Genossenschaftswesen in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk, Handel und Versorgung, über den Einfluss der organisierten Arbeiter in der Wirtschaft, die Begrenzung des kapitalistischen Profitstrebens und die sozialen Aufgaben eines demokratischen Staates. Übereinstimmung gab es mit den Kommunisten hinsichtlich der Verstaatlichung von Banken, Versicherungsunternehmungen, Bodenschätzen, Bergwerken und der Energiewirtschaft. Doch wesentlich zurückhaltender als das ZK der KPD waren die Autoren des SPD Aufrufes im Hinblick auf Enteignung großen Land- und Industriebesitzes. Hier wird von „Erfassung des Großgrundbesitzes und der lebensfähigen Großindustrie“ und der „Verpflichtung der Unternehmer zur treuhänderischen Leitung“, aber auch von „Aufteilung des Großgrundbesitzes“ und genossenschaftlichem Zusammenschluss in der Landwirtschaft gesprochen.

Man merkt es dem Aufruf an, dass wir es mit einem noch nicht voll ausgereiften Programm zu tun haben. Es lässt sich jedoch schon hier erkennen, dass nach Auffassung der Autoren der wirtschaftliche Aufbau und die Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft durch private Unternehmerinitiative mit Hilfe und unter Kontrolle des demokratischen Staates, der Gewerkschaften und Betriebsräte erfolgen sollten. Dabei hatten Staatsbetriebe, Genossenschaften und andere Organisationen der Werktätigen eine wichtige Funktion einzunehmen.

Die in Berlin formulierten aktuellen Forderungen von Kommunisten und Sozialdemokraten traten ähnlich auch bei der im Westen neu formierten SPD auf. Von daher bestand durchaus eine Grundlage zum gemeinsamen

Handeln. Wesentliche Unterschiede sehe ich jedoch darin, wie die vielfältigen Maßnahmen durchgesetzt werden sollten. Obwohl auf beiden Seiten neue Möglichkeiten und Erfordernisse erkannt wurden, wirkten doch die alten Gegensätze in der Machtfrage weiter.

Der Zentralkomitee der SPD hatte das Bekenntnis des ZK der KPD zur antifaschistischen, demokratischen, parlamentarischen Republik begrüßt und auch darauf hingewiesen, dass demokratische Freiheiten denen zu versagen sind, „die sie nur nutzen wollen, um die Demokratie zu schmähren und zu zerschlagen“⁷ In der programmatischen Kundgebung der westdeutschen Sozialdemokratie vom Parteitag in Hannover im Mai 1946, auf die ich hier nicht eingehen kann, die wir aber in unsere Diskussion um demokratischen Sozialismus einbeziehen sollten, wird eine „starke und kampfbereite Demokratie“ verlangt, in der „die Mehrheit des Volkes für die Vorstellungen und Begriffe des Sozialismus zu gewinnen“ ist.⁸

Die auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 angenommenen Grundsätze und Ziele, deren Behandlung ich hier ebenfalls aussparen muss, sind um einen Konsens zwischen beiden Parteien bemüht. Sie enthalten relativ ausführliche Gegenwartsforderungen bleiben jedoch hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung des Sozialismus auf grundsätzliche allgemein gehaltene Aussagen begrenzt.

Zur konfliktreichen Machtfrage heißt es: „Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen.“⁹

Zu bedenken ist hierbei die spezielle Situation, in der seit Mitte September 1945 die kommunistische Parteiführung Kurs nahm auf die Gründung einer sozialistischen Einheitspartei. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden programmatische Zugeständnisse gemacht und strittige Fragen möglichst ausgeklammert. Die Formulierung „Eroberung der politischen Macht“ haben sicherlich die meisten Kommunisten als „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ verstanden. Für diese Umschreibung spricht nach meinen Erkenntnissen die Tatsache, dass das im KPD Entwurf der „Grundsätze und Ziele“ enthaltene Bekenntnis zum Leninismus in der Endfassung nicht aufgenommen wurde und ebenso die von der KPD vorgeschlagene Kennzeichnung der Ursachen für die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und der Rolle der Arbeiterparteien in der Novemberrevolution und der Weimarer Republik zurückgezogen werden mußte.¹⁰

Trotz wichtiger Erkenntnisse für einen neuen Weg wirkten in der KPD die seit Mitte der Zwanziger Jahre fest verankerten Prinzipien der „Partei neuen Typus“ und der sozialistischen Revolution nach sowjetischem Vorbild. Hier sehe ich eine wesentliche Ursache für andauernde Gegensätze zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Kurt Schumacher, der sich als ein ausgesprochener Gegner der Kommunisten und der Einheitsfront mit ihnen im Verlaufe der Nachkriegsmonate an die Spitze der westdeutschen Sozialdemokratie setzen konnte, sprach schon in seiner ersten Rede am 6. Mai 1945 von einer inneren „Logik der Entwicklung gegen eine Einheitspartei.“ Er sagte: „Die Trennungslinie ist dadurch gezogen, dass die Kommunisten fest an eine einzige der großen Siegermächte und damit an Russland als Staat und an seine außenpolitischen Ziele gebunden sind.“¹¹

Über den Sinn und Zweck einer sozialistischen Einheitspartei werden wir sicherlich zum 60. Jahrestag der Gründung der SED erneut streiten. Eine Frage ist schon, wie man die beiden Ströme zusammenführen konnte und welches die dominierende Richtung für die Gestaltung eines demokratischen Sozialismus sein sollte? So wie auch Schumacher bestrebt war, der SPD eine bestimmende Position zu sichern und in der nachfolgenden Zeit ein Zusammenwirken mit der SED ablehnte, so hatte das Zentralkomitee der KPD darauf hin gewirkt, seinen Führungsanspruch wenigsten in der sowjetischen Besatzungszone durchzusetzen. Die Entstehung der Sozialistischen Einheitspartei gab der Arbeiterbewegung im Osten starken Auftrieb. Dem lag zweifellos der ausgeprägte Wille zum einheitlichen Handeln zugrunde. Sogar bei der Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten vom 31. März 1946 ergab sich, dass zwar 82 Prozent der in den drei Westsektoren unbehindert abstimmenden Sozialdemokraten einen sofortigen Zusammenschluss beider Parteien ablehnten, aber doch immerhin 61,5 Prozent für ein Bündnis mit den Kommunisten stimmten, „welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt“.¹² Mit Beginn des kalten Krieges zwang dann die Kommunistische Führung in Moskau und Berlin ab 1948 die SED zur Umwandlung in eine „Partei neuen Typus Stalinscher Prägung“. Es begann erneut ein Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ und Hoffnungen auf einen nationalen besonderen Weg zu einem demokratischen Sozialismus wurden begraben.

4.4. Widersprüchliche gesellschaftliche Neuansätze

Wenn wir über Ansätze zur Gestaltung einer neuen Gesellschaft im Jahre 1945 sprechen, müssen wir natürlich stets die besonderen Bedingungen der Kriegs- und Nachkriegszeit bedenken. Nach den Aussagen zum Aufbau der Verwaltung und zu den politischen Führungskräften sollen in aller Kürze einige wichtige Lebensbereiche erfasst werden.

Eine grundsätzliche Frage revolutionärer Umgestaltung ist bekanntlich die nach der politischen Macht. Wenn im Chemnitzer Programm der PDS vom Oktober 2003 ausgeführt wird, dass wir jeden Versuch ablehnen „mit Mitteln der Diktatur Fortschritt zu erreichen“, so kann ich das nur als Abkehr von der Theorie und Praxis betrachten, die mit dem Begriff „Diktatur des Proletariats“ verbunden wurde. Macht ist in jedem Fall zur Durchsetzung politischer Forderungen zu gebrauchen, und das galt im besonderen Maße bei der Gestaltung eines neuen demokratischen Deutschlands mit sozialistischer Orientierung auf dem Boden des vom faschistischen Imperialismus geprägten Landes. Darüber bestand damals auch unter den Sozialisten verschiedener Strömungen Übereinstimmung. Gegensätze und Unterschiede bestanden aber in den grundlegenden Fragen wofür, für wen, mit wem und mit welchen Mitteln und Methoden die Macht auszuüben war.

Um hier größere Klarheit zu erhalten hätte man sicher die Ereignisse der russischen Oktoberrevolution genauer erkunden müssen. Dazu wären die Aussagen von Rosa Luxemburg und auch von Karl Kautsky aus dem Jahre 1918 hilfreich gewesen. In der SED Parteipropaganda wurden jedoch die kritischen Anmerkungen Rosa Luxemburgs zur Oktoberrevolution übergangen und Karl Kautzky als Renegat abgestempelt. Die bedenkenswerten Ausführungen Kautskys zu der wichtigen Problematik Demokratie oder Diktatur bei der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, wie er sie in der im Sommer 1918 erschienenen Schrift „Die Diktatur des Proletariats“ darlegte, wurden von der SED Führung negierte. Stattdessen galt die Antwort Lenins vom November 1918 zur Verteidigung seiner Vorgehensweise unter dem Titel „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ als ein wichtiges Lehrmaterial in der Parteischulung, ohne dass dabei die Meinung Kautskys zur Kenntnis genommen wurde. Diese Schrift diente der Durchsetzung Leninscher Auffassungen von der Diktatur des Proletariats als „das Wesen der Marxschen Lehre“.¹³

Das Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats und der damit verbundenen führenden Rolle der kommunistischen Partei konnte man schon beim Neuaufbau der KPD mit einem recht starken Parteiapparat und der straffen Unterordnung der Mitglieder unter die vom Zentralkomitee eingesetzten Leitungen feststellen. Am Parteistatut der SED kritisierten Potsdamer Sozialdemokraten einen „übermäßigen Zentralismus“ und die Gefahr einer „Sekretärsoligarchie“. Sie befürchteten, wie Georg Spiegel, ihre demokratischen Errungenschaften zu verlieren und wollten wenigstens in der Partei ein offenes Wort sprechen dürfen. Der Weg der SED führte zum Ausbau von Machtzentralen in den Kreisen und Ländern und bald zu einer bestimmenden Position der jeweils ersten Parteisekretäre.

Die Machtverhältnisse können nicht ohne die beherrschende Stellung der sowjetischen Organe verstanden werden, auf die ich hier jedoch nicht eingehen kann. Die gemeinsame Basis von sowjetischer Militäradministration und kommunistischer Parteiführung war durch die ideologische Grundlage, den „Marxismus Leninismus“, gegeben.

Eine wesentliche Aufgabe zur Gestaltung eines neuen Deutschlands bestand in der Veränderung der Agrarverhältnisse, ein seit Jahrzehnten bestehendes Erfordernis. Eine demokratische Bodenreform war mit der Zerschlagung des faschistischen Regimes unabdingbar geworden und wurde von allen Antifaschisten in Deutschland und von den Siegermächten gefordert. Sie galt als wichtige Aufgabe, womit auch Kriegs- und Naziverbrecher unter den Agrariern bestraft und behindert werden sollten, erneut an deutscher Revanchepolitik mitzuwirken. Die sowjetische Besatzungsmacht drängte auf eine Veränderung der Agrarstruktur und die entschädigungslose Enteignung aller Kriegs- und Naziverbrecher in der Landwirtschaft sowie aller Besitzer von Gütern mit einer Bodenfläche von mehr als 100 ha. Damit ging sie selbst über die Vorstellungen der KPD hinaus, deren Agrarexperte Edwin Hoernle ein längerfristiges und wesentlich differenzierteres Vorgehen empfohlen hatte. Hier befanden sich Überlegungen, rechtsstaatliche Mittel anzuwenden, Entschädigungen zu gewährleisten und denen, die sich antifaschistisch betätigt hatten, ein Restgut zu belassen. Hoernle hatte auch durch die Übergabe größerer Flächen an die Neubauern und die genossenschaftliche Bearbeitung des enteigneten Bodens eine höhere Wirtschaftlichkeit angestrebt. Damit war ein antifaschistisch demokratischer Wille zu erkennen, der auch von Sozialdemokraten und bürger-

lichen Demokraten in der CDU akzeptiert werden konnte.

Stalin setzte jedoch seine radikale Konzeption mit Hilfe der disziplinierten KPD gegen eine starke Opposition in SPD, CDU und LDPD durch. Die Besatzungsorgane konnten sich auf den Apparat des Brandenburgischen Innenministerium, besonders die Ortsbürgermeister, stützen und die Hilfe von 2204 Gemeinde-, 22 Kreis- und 4 Bezirks- Bodenkommissionen nutzen. Die Bodenreform bildete den ersten grundlegenden Eingriff in die bestehende Besitzstruktur. Die Gutsbesitzer wurden vollständig entmachtet. Die Neubauern entstanden als neue soziale Gruppe aus Umsiedlern und Landarbeitern. 1949 bearbeiteten in Brandenburg 52 000 das ihnen übereignete Land von über 416 000 ha.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform haben wir es mit einem komplizierten aber bedeutungsvollen Vorgang zu tun, der hier leider nicht entsprechend dargestellt werden kann. Ich muss auf einige Literatur verweisen. Zuerst auf das sehr informative Dialogheft 2 von Fritz Reinert, Bodenreform 1945 in Brandenburg, August 1995, weiter auf das schon erwähnte Buch von Rolf Badstübner und schließlich auf eine Studie von Arndt Bauerkämper, Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Brandenburg im Jahre 1945, Studien, herausgegeben von Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam 1995 .

Man braucht nicht speziell nachzuweisen, dass bei einer antifaschistisch demokratischen Umgestaltung die Schul- und Kulturpolitik einen besonderen Stellenwert hatte. Ich konzentriere mich hierbei mit einigen Aussagen auf die Landeshauptstadt. Das Potsdamer Schulamt lag seit Mai 1945 in den Händen des Kommunisten Hans Riebau. Von den Nazis verfolgt und zeitweise inhaftiert, illegal in Berlin und Potsdam wirkend, kam der studierte Philologe und Kunsthistoriker am 2. Mai nach Desertion aus der Wehrmacht in seine Heimatstadt zurück. Nur knapp zwei Stunden bei seiner Familie, wurde er von seinen Genossen zur Beratung des kommunistischen Fünferausschusses gerufen und mit dem Aufbau eines antifaschistischen Schulwesens beauftragt. Am 18. Mai übertrug ihm dann der in der Stadtkommandantur zuständige Oberstleutnant Klujew diese Aufgabe. Für das von Riebau als längerfristiges Vorhaben angesehene Unternehmen wurden ihm lediglich 4 Tage bewilligt, so dass tatsächlich bereits am 22.

Mai in Potsdam als erstem Ort der SBZ der Schulbetrieb wieder einsetzte. Der frühe Schulbeginn vollzog sich in den noch vorhandenen Schulen und mit den verfügbaren alten Lehrern. Deutsche Antifaschisten und sowjetische Militäradministration drängten jedoch auf Entfernung aller Lehrer, die Mitglieder der NSDAP waren oder sich im Sinne des NS Regimes betätigt hatten. Die Entlassung betraf letztlich fast ausschließlich NSDAP Mitglieder, während parteilose und auch konservative Studienräte leichter den Übergang fanden. Deren fachliches Können und oftmals gelebte humanistische Bildung erschien als erforderlicher Bestandteil eines neuen Lehrkörpers, in den sich auch manche NSDAP Mitglieder schon in den ersten Nachkriegsmonaten hätten einordnen können. Zunächst aber wurde angesichts der NS-Hinterlassenschaft eine radikale Lösung durchgesetzt. Von den früher vorhandenen etwa 500 Lehrkräften an den 25 Volksschulen, 3 Mittelschulen, 8 Oberschulen für Jungen und Mädchen sowie den Berufsschulen wurden bis 1. Dezember 1945 267 Lehrer entlassen. Um die entstandenen Lücken zu füllen und zugleich einen neuen antifaschistischen Lehrkörper heranzubilden richtete man bereits im Sommer 1945 Neulehrerkurse ein. Sie standen unter der Leitung der durch das Christentum geprägten sozialdemokratischen Studienrätin Hanna Zeitschel und bereiteten in 2-, 8- und später 12- wöchigen Kurzlehrgängen die ersten Neulehrer auf die Schule vor. Bis zum 1. 12. 1945 konnten 131 Neulehrer in den Potsdamer Schuldienst aufgenommen werden. Diese entstammten fast ausschließlich dem Potsdamer Bildungsbürgertum und besaßen meist vor dem Neulehrerkurs schon eine Oberschulbildung. Mit der längeren Ausbildungszeit ab 1946 und der Einrichtung von Vorstudienanstalten erhielten auch mehr Arbeiter- und Bauernkinder die Möglichkeit in dem schöpferischen Beruf als Lehrer tätig zu werden. Die Neulehrer entwickelten sich durch ständige Weiterbildung und die spätere Aufnahme eines Direkt- oder Fernstudiums in der Mehrheit zu anerkannten Pädagogen. Sie wurden durch die Auseinandersetzung dieser Zeit geprägt. Sie stießen vielfach auf Ablehnung bei Altlehrern und Eltern, mussten sich durchsetzen und gewannen dabei das Bewusstsein, Wegbereiter einer neuen Zeit zu sein. Die Arbeiterparteien nahmen auf sie Einfluss und nutzten ihr Engagement zur Bewältigung vielfältiger Aufgaben innerhalb und außerhalb der Schule.

In Verbindung mit dem Schulwesen muss man an den Kulturbund und die Maßnahmen zur Entwicklung des kulturellen Lebens erinnern. Ich ver-

weise hier auf die Studie von Christa Schneider, „Kultureller Neubeginn in Potsdam“ in dem Sammelband „Brandenburg im Jahre 1945“. Der von kommunistischen Intellektuellen und sowjetischen Kulturoffizieren inspirierte „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ kam dem Anliegen vieler Wissenschaftler und Künstler nach Mitgestaltung entgegen. Bedeutende Persönlichkeiten, wie der in Werder untergetauchte linksbürgerliche Schriftsteller Bernhard Kellermann, der in Potsdam beheimatete Arbeiterastronom Bruno H. Bürgel, der in Potsdam untergekommene kommunistische Berliner Maler Otto Nagel standen an führender Stelle und fanden mit den etwa 900 in der Stadt als Kulturschaffende bezeichneten Bürgern hier eine Stätte der Begegnung, des Gesprächs und kulturpolitischen Handelns.

Auf den umfangreichen Komplex zur Herstellung einer neuen wirtschaftlichen Basis in Industrie, Handel, Gewerbe und Bankwesen kann ich nur kurz eingehen. Zur Enteignung der großkapitalistischen Kriegsverbrecher bestand, wie wir bereits gesehen haben, eine breite Basis unter den antifaschistischen Kräften im Volk und auch ein gewisser Konsens mit den Siegermächten. Dies bestätigten dann auch 1946 die Volksentscheide in Sachsen vom 30. Juni und in Hessen vom 1. Dezember. Bereits 1945 wurde ein vielschichtiger Prozess zur Bildung „Volkseigener Betriebe“ und einer „sozialistischen Planwirtschaft“ mit zukunftssträchtigen aber auch hemmenden Faktoren in Bewegung gesetzt. Dieser Vorgang wurde beeinträchtigt durch die großen Kriegsschäden, den Zwang zur Gewährleistung von Reparationen und zur Sicherung der unbedingten Lebensbedürfnisse der Menschen sowie durch gegensätzliche, teils recht willkürliche Verhaltensweisen der Besatzungsorgane. Wichtige Entscheidungen wurden im Sommer und Herbst 1945 getroffen. Im Juli erfolgte die Beschlagnahme von Großbanken und Versicherungen. Ende Oktober wurden mit den Befehlen 124 und 126 alle Konzerne und Monopolvereinigungen sowie das Eigentum der Großkapitalisten, der Staats-, Partei- und Militärorgane sequestriert.

Große Schwierigkeiten und wachsende Unzufriedenheit bei den Arbeitern gegenüber der Besatzungsmacht entstanden durch die umfangreichen Demontagen. Aus Brandenburg wird berichtet, dass die großen Betriebe – Opel, Arado, Brennabor, Havelwerk und Stahl- und Walzwerk – durch die Rote Armee besetzt und demontiert wurden. 70 Prozent der ehemaligen

Industrieanlagen der Stadt waren so Ende 1945 durch die Kriegszerstörungen oder die Demontage nicht mehr zu nutzen.

In Potsdam erkenne ich 1945 Veränderungen, die einer neuen sozialökonomischen Basis mit antifaschistischer und antimilitaristischer Zielstellung durchaus gerecht werden konnten. Die großen Rüstungsbetriebe Arado (Flugzeugbau), Friesecke und Höpfner (Flugfunkwerk) sowie Orenstein & Koppel (Lokomotivbau) wurden demontiert. Der Babelsberger Lokomotivbau Betrieb wurde jedoch bald wieder aufgebaut, um Reparationen für die Sowjetunion zu leisten. Einige Betriebe, die sich im Besitz von früheren NSDAP Mitgliedern befanden, wurden nicht wieder zugelassen, andere unter Treuhand gestellt. Doch konnten auch Betriebe weniger belasteter NSDAP-Mitglieder unter deren Leitung weitergeführt werden. Mittelständische Unternehmen, wie der stark zerstörte und danach völlig demontierte Betrieb von Kaltenbach und & Voigt, der zahnärztliche Instrumente herstellte, erhielten eine Chance, sich zu entwickeln. Es entstanden auch mehrere neue kleinere Betriebe oder genossenschaftliche Unternehmen mit je 11 bis 100 Beschäftigten. Das Handwerk erhielt günstige Entwicklungsbedingungen: Waren Ende der Jahres 1945 insgesamt 1 675 Betriebe registriert, so waren es 1946 schon 2 060 und Mitte 1948 2 380.

Zu einem kurzen Resümee möchte ich folgendes bemerken:

Mit den Maßnahmen der Besatzungsmacht und der deutschen Antifaschisten wurde im Verlaufe des Jahres 1945 eine tief greifende Umgestaltung der Gesellschaft im Osten Deutschlands eingeleitet. Neue Machtstrukturen und Produktionsverhältnisse entstanden.

Beim Aufbau wurden viele in die Zukunft weisende Maßnahmen bewältigt, aber auch engstirnige dogmatische Zielstellungen verfolgt. Die schon 1945 erkennbare Ausgrenzung sozialdemokratischer und bürgerlich sozialer Ideen und Personen engte das Kräftepotential für die Gestaltung eines antifaschistisch- demokratischen Deutschlands mit sozialistischer Perspektive ein. Besonders negativ wirkte die Bedrohung durch Organe des sowjetischen Innenministeriums, der sich viele Bürger ausgesetzt sahen, die nicht der offiziellen Linie folgen wollten und leicht als „Feinde der Besatzungsmacht“ verhaftet werden konnten. Durch den Befehlsnotstand, den teils erforderlichen aber auch willkürlichen Druck der

Besatzungsorgane wurden einerseits Anhänger des Faschismus niedergehalten, andererseits aber selbständige Handlungen und schöpferisches Mitgestalten behindert.

Während ein großer Teil der Bevölkerung sich reserviert verhielt, war eine starke Minderheit aus allen Schichten des Volkes, vor allem aus der organisierten Arbeiterschaft, gewillt, einer neuen Zeit zum Durchbruch zu verhelfen. Den alten Sozialisten gesellten sich viele junge Menschen hinzu, die aus dem Schrecken des faschistischen Krieges zu einem neuen friedlichen Leben strebten. Sie wurden besonders durch den Geist der Zeit geprägt und vielfach unter dem Einfluss antifaschistischer Widerstandskämpfer zu Wegbereitern einer als sozialistisch verstandenen Gesellschaft. Negativ wirkte sich der Mythos über die Sowjetunion als allgemeingültiges Beispiel eines sozialistischen Staates und die Erzeugung entsprechender Feindbilder aus. Dennoch wirkten in der DDR deutsche und westeuropäische demokratische sozialistische Traditionen und es gab m. E. Situationen, wie 1953, 1956, 1961, 1968, wo im Verbund mit Reformkräften in anderen sozialistischen Ländern und den Sozialisten und Kommunisten Westeuropas sich neue Möglichkeiten für einen demokratischen Sozialismus hätten auf tun können.

Es entstanden in der Geschichte Ostdeutschlands bleibende Werte. Diese sind bewusst zu machen und als wichtige Traditionen zu bewahren.

LITERATURVERZEICHNIS KAPITEL 4

- 1 Auf Belege für die Aussagen muss aus Platzgründen weitgehendst verzichtet werden. Sie befinden sich aber in der Hand des Autors. Zu Potsdam kann ich mich auf eigene Untersuchungen stützen. Ich verweise auf: Manfred Uhlemann, Hoffnungen Wege Irrwege, Potsdam 1945 – 1989, Potsdam 1994. Derselbe, Entstehung der SED in Potsdam, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1996. Derselbe, Neubeginn in Potsdam. Politische und soziale Verhältnisse, in: Brandenburg im Jahre 1945, Studien Herausgegeben von Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung 1995. Im gleichen Band verweise ich auf die Studien anderer Autoren über das Land Brandenburg im Jahre 1945. Debatten im Potsdamer Linken Boten zu Potsdamer Erbe und Traditionen wurden in der Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg e. V., Land Brandenburg in Geschichte und Gegenwart Bd.6, zusammengefasst unter dem Titel: Der „neue Geist“ von Potsdam, Herausgegeben von Manfred Uhlemann, GNN Verlag 2002.
Wertvolle Untersuchungsergebnisse zur Geschichte Brandenburgs in dem von mir behandelten Zeitraum enthalten die Publikationen von Fritz Reinert. Siehe u. a.: Blockpolitik im Land Brandenburg 1945 bis 1950, zwei Hefte des Brandenburger Vereins für politische Bildung „Rosa Luxemburg“ e.V, 1992, sowie Brandenburgs Parteien 1945 – 1950, Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 1995.

- 2 Siehe dazu folgende Beiträge von Manfred Uhlemann im Potsdamer Linken Boten: Die deutsche Novemberrevolution und unsere Tradition (Teil 1), 28. 10. 2003. (Teil 2), 11. 11. 2003. Revolution 1918 bot auch sozialistische Entwicklungs - Option für Deutschland – Historische Aspekte des neuen Parteiprogramms der PDS, 11. 5. 2004.
- 3 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S.621.
- 4 Dokumente und Materialien zu Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III: ab 1945, Bd.1, Berlin 1959, S. 12.
- 5 Ebenda, S. 18.
- 6 Ebenda, S. 29.
- 7 Ebenda.
- 8 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 6, Berlin 1966, S.416.
- 9 Dokumente der SED, Bd. I, Berlin 1951, S.9.
- 10 Siehe hierzu: Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung? Die Sechziger-Konferenzen von KPD und SPD 1945 und 1946, Mit einer Einführung von Hans-Joachim Krusch und Andreas Malycha, Berlin 1990, S. 29.
- 11 Zitiert bei: Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit, Dietz Bonn 1964, S.19.
- 12 Siehe: Harold Hurwitz, Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und Berlin, Köln 1990, S. 141.
- 13 Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1959, S. 231.

Bisherige Dialoghefte der Arbeitsgemeinschaft Geschichte

Heft 1: „8. Mai 1945 – Tag der Befreiung“, März 1995, Autor: Kurt Finker.

Heft 2: „Bodenreform in Brandenburg“, August 1955, Autor: Fritz Reinert.

Heft 3/1: „Vereinigung von SPD und KPD in der Provinz Brandenburg 1946“, Februar 1996, Autoren: Werner Bethge, Kurt Finker, Kurt Libera.

Heft 3/2: „Vereinigung von SPD und KPD in der Provinz Brandenburg 1946“, Februar 1996, Bearbeiter: Fritz Reinert.

Heft 4: „Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?“, Oktober 1997, Autor: Kurt Libera.

Heft 5/1: „Entwicklung der SED zur ‚Partei neuen Typus‘ Stalinscher Prägung in den Jahren 1948/49, Ereignisse und Problemstellungen“, April 1998, Autor: Manfred Uhlemann.

Heft 5/2: „Entwicklung der SED zur ‚Partei neuen Typus‘ Stalinscher Prägung in den Jahren 1948/49, Beiträge zur Geschichte“, April 1998, Autoren: Kurt Finker, Kurt Libera, Fritz Reinert, Manfred Uhlemann.

Heft 7: „Zur ‚Doppelbiografie der Bundesrepublik‘“, September 1999, Autoren: Werner Bethge, Kurt Libera, Rosemarie Preuß, Fritz Reinert, Manfred Uhlemann.

Heft 8: „Traditionen der Arbeiterbewegung und die PDS Programmatik“, Teil 1 und 2, Oktober 2000, Autoren: Klaus Kinner, Heinz Niemann, Rosemarie Preuß, Siegfried Prokop.

Heft 9: „Preußen 2001 – Tendenzen der Interpretationen seines Bildes“, September 2001, Autor: Hans-Dieter Scheermann.

Heft 10: „Der 17. Juni 1953 in Brandenburg“, Februar 2003, Autor: Hans-Dieter Scheermann.

Heft 10, Zweiter Teil: „Der 17. Juni 1953 in Brandenburg“, Juni 2003, Autoren: G. Rodegast (Wittenberge), J. Theil, Ch. Bruch, B. Broßmann, K. Berkholz, (alle Prenzlau), M. Augustyniak (Guben).

Heft 11: „Zum antifaschistischen Widerstand in Potsdam und der Provinz Brandenburg 1933 – 1945“, Mai 2004, Autoren: Werner Bethge, Kurt Finker.

Heft 12: „Gute Nachbarschaft zwischen Deutschland, Polen und Tschechien – Vergangenheit und Zukunft“, August 2004, Autoren: Walter Poeggel (Güthersdorf), Gerlinde Grahn (Potsdam), Heinz Vietze (Potsdam).